

Stenographisches Protokoll

6. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 17. November 1971

Tagesordnung	Eingebracht wurden
Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972	Anfragen der Abgeordneten
Inhalt	
Personalien	
Krankmeldung (S. 241)	Dr. Reinhart, Horejs, Jungwirth, Egg, Wille, Hanna Hager und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Novellierung des Kriegsopferversorgungsgesetzes (22/J)
Ausschüsse	
Zuweisungen (S. 241 und S. 313)	Dr. Schmidt, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Technische Untersuchungsanstalt der Bundesfinanzverwaltung (TUA) (23/J)
Verhandlungen	
Erste Lesung der Regierungsvorlage (2 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972	Egg, Steinhuber, Kittl und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend die Betreuung deutscher Urlauber in Österreich (24/J)
Redner: Dr. Koren (S. 242), Lanc (S. 250), Peter (S. 256), Bundesminister Dr. Androsch (S. 260 und S. 275), Sandmeier (S. 262), Dr. Tull (S. 267), Dr. Broesigke (S. 271), Horr (S. 275), Koller (S. 279), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 284), Pfeifer (S. 287), Mitterer (S. 288), Dipl.-Vw. Josseck (S. 295), Dr. Gruber (S. 297), Dr. Blenk (S. 302), Dr. Stix (S. 306) und Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr (S. 309)	Wedenig, Suppan, Glaser, Dr. Bauer, Steiner und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Auszahlung der Fahrtkostenzuschüsse an die Beamten der Bundesgendarmerie (25/J)
Zuweisung (S. 313)	Jungwirth, Horejs, Dr. Reinhart, Egg, Wille, Neuhauser und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Errichtung eines neuen Wählamtes in Imst (26/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 20 Minuten

Vorsitzender: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.
Krank gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hauser.

Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

Antrag 5/A der Abgeordneten Dr. König, Dr. Scrinzi und Genossen betreffend Bundesgesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Zusatzstoffen, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen (Lebensmittelgesetz 1971) und

Antrag 7/A der Abgeordneten Dr. Halder und Genossen betreffend 27. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

Antrag 6/A der Abgeordneten Dr. Kranzlmaier und Genossen betreffend Ergänzung des Strafrechtsänderungsgesetzes 1971 dem Justizausschuß;

Antrag 8/A der Abgeordneten Blecha und Genossen betreffend Novellierung des Einkommensteuergesetzes 1967 dem Finanz- und Budgetausschuß.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Vorlagen weise ich wie folgt zu:

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft das

Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 1961 geändert wird (2. Weingesetznovelle 1971) (9 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen von Ansätzen des Bundesfinanzgesetzes 1971 genehmigt werden (2. Budgetüberschreitungsgesetz 1971) (10 der Beilagen),

Präsident

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Abgabenfreiheit für Fernmeldeanlagen im Grenzgebiet (11 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Förderung der Finanzierung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen geändert wird (13 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Zuckergesetz geändert wird (14 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Stärkegesetz geändert wird (15 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabegesetz geändert wird (16 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend eine Abgabe auf bestimmte Stärkeerzeugnisse geändert wird (17 der Beilagen),

Bundesgesetz über Nebengebührenzulagen der Bundesbeamten des Ruhestandes, der Hinterbliebenen und Angehörigen (Nebengebührenzulagengesetz) (20 der Beilagen) und

Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1959 geändert wird (21 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät (12 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Zolltarifgesetz 1958 neuerlich geändert wird (7. Zolltarifgesetznovelle) (18 der Beilagen),

Empfehlung vom 9. Juni 1970 des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens hinsichtlich der Änderung des Zolltarifschemas für die Einreichung der Waren in die Zolltarife (19 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII — Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) abgeändert wird (23 der Beilagen) und

Bundesgesetz, mit dem das Zolltarifgesetz 1958 neuerlich geändert wird (8. Zolltarifgesetznovelle) (24 der Beilagen);

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration wird das

Bundesgesetz, mit dem die deutsche Übersetzung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation abgeändert wird (5. EFTA-Durchführungsgesetz) (22 der Beilagen), zugewiesen;

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Preisregelungsgesetz 1957 geändert wird (25 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Strafvollzugsgesetz geändert wird (Strafvollzugsgesetznovelle 1971) (26 der Beilagen);

dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ über die Einhebung von Flugsicherungsstreckengebühren (27 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Lastverteilungsgesetzes 1952 neuerlich verlängert wird (28 der Beilagen), und

Bundesgesetz betreffend Flugsicherungsstreckengebühren (39 der Beilagen);

dem Bautenausschuß wird zugewiesen das

Bundesgesetz, mit dem das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geändert wird (29 der Beilagen).

**Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972
(2 der Beilagen)**

Präsident: Wir gehen nun in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist die erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (2 der Beilagen).

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir gehen heute in die erste Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1972 ein, und zwar 14 Tage später als in normalen Jahren. Ich brauche hier nicht zu erläutern, was 14 Tage Verspätung bei dem üblichen Gedränge in den Monaten November und Dezember hier im Hohen Haus bedeuten.

Ich habe vor einer Woche hier bei der Debatte über die Regierungserklärung gesagt, daß wir bereit sind, loyal und kooperativ mitzuwirken, um die Arbeit, die hier im Hohen Haus zu leisten ist, zu bewältigen. Ich muß aber heute feststellen, daß uns diese Arbeit unendlich erschwert wird.

Ich habe vor einer Woche bewußt nicht eine Rückblende auf die Jahre 1966 und 1970 vorgenommen, wo damals Ihr Vorgänger, Herr Gratz, sich peinlich bemüht hat, das Arbeitstempo in diesem Haus auf Schongang zu schalten. Ich wollte bewußt keine Ressentiments an damals wachrufen, um in dieser spannungsreichen Zeit für ein erträgliches Klima zu sor-

Dr. Koren

gen. Ich sehe mich aber heute veranlaßt, eindeutig festzustellen, daß die Erklärung eines loyalen Verhaltens kein Freibrief für die Brüskierung und Mißachtung des Parlaments ist, wie sie nun Platz greifen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Seit Wochen habe ich mich bemüht, ein Arbeitsprogramm für diese nächsten Wochen von der Regierung zu erhalten, um die Arbeit bis zum Jahresende in tragbaren Grenzen einzuteilen zu können.

Die „bestvorbereitete Regierung“ aber, die seit eineinhalb Jahren pausenlos arbeitet und die selbst, wie sie sagte, im Wahlkampf weiter gearbeitet hat und tätig war, die ununterbrochen von Schwerpunkten umschwirrt war, hat uns am vergangenen Wochenende wissen lassen, daß heute die notwendigen Gesetze, die noch vor Jahresende beschlossen werden sollen, eingebracht und zugewiesen werden sollen. Es handelt sich fast durchwegs, meine Damen und Herren, um Routinegesetze.

Am Montag, heute vor zwei Tagen, mußten wir erfahren, daß die Mehrzahl dieser Gesetze, die noch vor Jahresende beschlossen werden sollen und müssen, erst im Dezember eingebracht werden wird.

Eine solche Vorgangsweise hat es noch nie gegeben. Damit ist der Arbeitsplan, den wir am Montag in der Präsidialkonferenz ausgearbeitet haben, praktisch zu einem wertlosen Papier geworden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte keine Zweifel daran lassen, daß wir ein solches Verhalten der Regierung, für das es keine erklärbaren und vernünftigen Gründe gibt, nicht hinnehmen werden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es ist Ihre Sache, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn Sie sich von Ihrer Regierung in ein Arbeitsproblem drängen lassen, das nicht lösbar ist. Wir aber stehen auf dem Standpunkt, daß in der parlamentarischen Demokratie vorläufig noch die Regierung dem Parlament verantwortlich ist und nicht umgekehrt. (Beifall bei der ÖVP.) Das schließt die Verpflichtung ein, für einen bewältigbaren Zeitplan bei der Einbringung und Beschußfassung von Gesetzen zu sorgen. Wir sind jedenfalls nicht bereit, einer solchen Schlamperei oder Unfähigkeit geduldig und brav die Mauer zu machen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Nach dem Pomp der großen Reden, die wir in den letzten beiden Wochen von der Regierungsbank gehört haben, hätte kaum ein anderes Beispiel als das eben geschilderte härter demonstrieren können, wie groß der Unterschied zwischen

klingenden Worten auf der einen Seite und der realen Arbeit auf der anderen Seite ist. Und das trifft gerade auf diese Regierung zu. Dabei bin ich bereit zu unterstellen, daß große oder größere Reden von der Regierungsbank aus, wie Regierungserklärungen oder Budgetreden, fast unvermeidlich die Redner mehr oder weniger oft, je nach Veranlagung, dann in eine inhaltsleere Phraseologie treiben, wenn der nüchterne Sachverhalt, der darzustellen ist, zu bescheiden ist, um eine kräftige sachliche Argumentation überzeugend tragen zu können.

Der Herr Finanzminister hat am vergangenen Freitag seine zweite Budgetrede gehalten. Sie war etwas kürzer als die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, aber mit 60 Seiten und eineinhalb Stunden Redezeit doch fraglos nicht so kurz, als daß die Abgeordneten und die österreichische Bevölkerung nicht hätten erwarten dürfen, neben vielen Details auch einiges Grundsätzliches über jene Phrasen hinaus zu hören, welche die Rede einbegleitet haben.

Im Vorjahr haben Sie, Herr Finanzminister, am Beginn Ihrer Rede verkündet — ich darf wörtlich zitieren —: „Will eine Bundesregierung jedoch heute dem politischen Auftrag gerecht werden, so verlangen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, zumindest im Jahrzehnt zu denken.“

Und heuer sagten Sie mit etwas anderen Worten — wieder wörtlich —: Die Bundesregierung „setzt 1972 den mit dem Budget 1971 eingeschlagenen Weg fort, ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen in längerfristigen Zusammenhängen zu sehen“.

Aber weder im Vorjahr noch heuer haben Sie über diese Behauptung von der längerfristigen Orientierung Ihrer Budgetpolitik hinaus auch nur mit einem Wort jene Grundprobleme des Staatshaushalts angedeutet oder zu ihnen Stellung genommen oder Lösungen erkennen lassen, die seit Jahren bekannt sind und die Sie als Oppositioneller seinerzeit in den Mittelpunkt Ihrer Kritik und Ihrer Reformankündigungen gestellt haben. Ganz im Gegenteil: In einer Reihe von Fällen haben Sie schlagend bewiesen, daß nicht konzeptives Denken, sondern rasche Improvisation die Kompaßzahl Ihrer Marschrichtung ist. Ich denke nur an den letzten derartigen Fall, die sogenannte Ehestandsbeihilfe, die als Produkt munterer Lizitation entstanden ist, nachdem wir diese Frage in unser Wahlprogramm aufgenommen hatten. (Abg. Blech a: Fünf Jahre später!)

Dr. Koren

Obwohl Sie sich diese Forderung vor dem 21. September zugeeignet hatten — warten Sie ein bissel — und in Inseraten und im Wahlkampf versprochen haben, findet sich im vorliegenden Budgetentwurf keine Spur von dieser Forderung, das heißt, Sie haben noch bei der Budgeterstellung nicht im entferntesten daran gedacht, einem solchen Anliegen in Wahrheit näherzutreten. Und, Herr Finanzminister, vorsorglich für Ihre Wortmeldung: Berufen Sie sich bitte nicht auf die Bundesverfassung, die bekanntlich vorschreibt, daß nur die in Gesetzen bereits normierten Ansätze in das Bundesfinanzgesetz aufgenommen werden dürfen, denn es entspricht einer — ich würde fast sagen — ewigen Praxis, sehr wohl solche Dinge in das Budget aufzunehmen, und auch Ihr vorliegender Entwurf enthält ja eine ganze Reihe von Ausgaben- und Einnahmenpositionen, für die heute die gesetzliche Grundlage noch nicht vorhanden ist, sondern vielleicht, wenn wir die Gesetze noch bekommen sollten, in den nächsten Wochen zu beschließen sein wird.

Und ich sehe einen weiteren Satz in Ihrer Budgetrede, der da lautet: „Der vor den Wahlen vom 10. Oktober erstellte Budgetentwurf hatte nach den Wahlen unverändert Gültigkeit.“

Ich glaube, daß dieser Satz zwar formal richtig sein dürfte, daß beiden Beschlüssen der gleiche Budgetentwurf zugrunde lag. Aber ebenso unbestreitbar ist, glaube ich, die Feststellung eines bekannten österreichischen Wirtschaftsjournalisten, daß der Entwurf überholt war, ehe er überhaupt eingebbracht worden ist, weil ihm in der nächsten Zeit Veränderungen bevorstehen, über die Sie zwar nach Ihrer Parteiklausur in Vöslau, Herr Finanzminister, sehr bereitwillig Interviews gegeben haben, für die aber in Ihrer Budgetrede hier vor dem Hohen Haus kein Platz mehr gewesen ist.

Bei allem Verständnis für Dramaturgie und Optik einer wirkungsvollen Rede halte ich es dennoch für unvertretbar, daß Sie es offenbar nicht der Mühe wert gefunden haben, in Ihren sogenannten langfristigen Zusammenhängen ein paar Worte über jene neuen und jene zusätzlichen Belastungen zu verlieren, die Sie der österreichischen Bevölkerung in den nächsten Wochen und Monaten auferlegen wollen.

Sie haben in Ihrer Budgetrede kein Wort zur Alkoholsondersteuer beziehungsweise deren Verlängerung verloren, obwohl in Ihrem Entwurf die Einnahmen dazu bereits eingesetzt sind. Sie haben kein Wort zum Schicksal der für ein Jahr ausgesetzten Weinsteuerver-

loren. Sie haben kein Wort über die geplanten Tariferhöhungen bei Bahn und Post verloren. Sie haben kein Wort über die Zigarettenpreise verloren. Sie haben mit keinem Wort zum Problem des Familienlastenausgleichs im Zusammenhang mit den geplanten Tariferhöhungen Stellung genommen. Und Sie haben kein Wort zu Ihren übrigen steuer- und gebührenpolitischen Absichten geäußert, obwohl einige dieser Belastungen von Ihnen verlängert wurden oder im kommenden Budget auslaufen sollen.

Deshalb, meine Damen und Herren, werde ich mich bemühen, dort etwas mehr Licht zu verbreiten, wo die Budgetrede im Dunkel oder orakelhaft geblieben ist, und dort auf den Tageswert zurückzuführen, wo der Glorieschein allzu kräftig angestrahlt worden ist. Mit anderen Worten: Ich möchte die Proportionen dieses Budgetentwurfes sehr nüchtern und sachlich, ganz anders, als Sie das bei ähnlichen Gelegenheiten bis 1970 getan haben, gegen den Hintergrund wirtschaftlicher und budgetstruktureller Sachverhalte darstellen.

Ich darf an die Spitze eine Überlegung stellen, die, glaube ich, Ihnen, Herr Finanzminister, sehr wohl bekannt ist, über die Sie aber bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfes hinweggegangen sind, nämlich die Tatsache, daß dieser Bundeshaushalt Änderungen der wirtschaftlichen Entwicklung, die aller Voraussicht nach im kommenden Jahr eintreten werden und die sich bereits abzeichnen, nicht zur Kenntnis nimmt.

Seit Jahren ist bekannt, daß der österreichische Staatshaushalt trendmäßig, der Tendenz nach sich in einer Schere befindet, daß die Ausgaben in diesem Haushalt die Tendenz haben, stärker zu wachsen als die Einnahmen. Dieser Trend wird lediglich durch die kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen überlagert. Die Tatsache, daß Sie in den letzten zwei Jahren auf der glücklichen Seite waren, nämlich in den Jahren der Hochkonjunktur, in denen sich diese Schere geschlossen hat, war zwar Ihr Vorteil, bedeutet aber, daß nun in einer beginnenden Phase langsameren Wachstums die ursprüngliche Tendenz sehr stark und scharf hervortreten wird.

Ich glaube, meine Damen und Herren: Es steht außer Frage, daß die Hochkonjunkturphase nun zu Ende geht. Ich bin weit davon entfernt, Schwarzmalerei zu treiben. Das Ausmaß der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung beziehungsweise der Wachstumsabschwächung ist auch für die budgetstrukturelle Entwicklung nicht sehr wesentlich. Es genügt, daß sich die Konjunkturtendenz verändert, um die starke Scherenentwicklung wieder

Dr. Koren

zum Vorschein zu bringen, das heißt, jene Phase wieder einzuleiten, in der einem verminderten Wachstum der Einnahmen ein unverändert starkes der Ausgaben gegenübersteht. Das bedeutet: Wir stehen am Beginn jener Phase, in der die budgetstrukturellen Probleme wieder stärker hervortreten werden, die in den Jahren 1967 bis 1969 in der Schwäche und in der ersten Aufschwungphase dieser Konjunktur gegolten haben.

Mit anderen Worten, Herr Finanzminister: Ihre schöne Budgetzeit geht mit dieser Übergangsphase zu Ende. Sie aber haben Ihr Budget so erstellt, als gäbe es dieses Problem nicht. Sie haben einen, wie ich glaube, unangebrachten Optimismus an den Tag gelegt. Deshalb hat auch einer der Kommentatoren in der vergangenen Woche davon gesprochen, daß in diesem Budget der Zeitzünder tickt. Vielleicht darf ich mich — zumindest global — mit ein paar Zahlen aus diesem Voranschlag auseinandersetzen.

Das Charakteristische ist, daß Sie auf der Einnahmenseite sehr optimistisch gewesen sind. Sie haben die Erwartungen, die der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, auf den Zahlen des heurigen Frühjahrs basierend, vorausgeschätzt hat, voll ausgeschöpft. Sie haben aber dabei nicht zur Kenntnis genommen, daß dieser Beirat ausdrücklich gesagt hat, daß diese Schätzungsvariante auf der Voraussetzung einer weiter anhaltenden Vollbeschäftigung, das heißt einer ausgeglichenen Konjunktur in allen Wirtschaftsbereichen, beruht.

Daß heute schon — das hat Ihnen ja vorgestern die Aussprache in der Paritätischen Kommission gezeigt — hier doch da und dort partielle Störungen in dieser Entwicklung vorhanden sind, ist Ihnen ebenso bekannt wie mir. Sie haben deshalb im Voranschlag des kommenden Jahres eine Steigerung auf der Einnahmenseite von rund 12 Milliarden Schilling angesetzt, die stärkste Einnahmensteigerung, die überhaupt jemals in einem Haushalt angenommen worden ist. Mit 8 $\frac{1}{4}$ Milliarden Schilling bei den Steuern, mit 8 Prozent bei den Betriebseinnahmen, obwohl Sie genau wissen, daß dort schon eine echte Trendumkehr stattgefunden hat, und mit 10 Prozent bei den sonstigen Einnahmen.

Es ist Ihre Sache, nun zu überlegen, ob Sie mit diesen Einnahmen tatsächlich werden rechnen können. Ich kann mir nur vorstellen, daß Sie gedanklich und im Geist bereits jene Tariferhöhungen mit einkalkuliert haben, die Sie in den nächsten Monaten auf die österreichische Bevölkerung loslassen wollen.

Auf der Ausgabenseite haben Sie hingegen sehr viel knapper geschätzt, als es der Beirat

in seiner Vorschau getan hat. Insbesondere haben Sie etwa beim Personalaufwand um eineinhalb Milliarden Schilling niedriger präliminiert, als es der Beirat, auf den Zahlen des heurigen Frühjahrs basierend, getan hat. Sie werden mir wahrscheinlich entgegnen, daß Sie über neuere Unterlagen verfügen.

Ich muß dazu allerdings eines feststellen: Sie konnten bis vor wenigen Monaten damit rechnen, daß Sie beim Personalaufwand des heurigen Jahres die Ansätze nicht ganz aus schöpfen werden. Sie wissen aber ebensogut wie ich, daß in den letzten Monaten eine permanente Verringerung dieses scheinbaren Überschusses eingetreten ist und daß wahrscheinlich bis zum Jahresende der Personalaufwand etwa den Rahmen erreichen wird, der auch im heurigen Voranschlag tatsächlich vorgesehen ist.

Aber Sie mußten offensichtlich die Ausgabenentwicklung schwächer einschätzen als der Beirat, weil Sie sonst zu einem Brutto- und zu einem Nettodefizit gekommen wären, das über jenes hinausgeht, das Ihnen der Staatsschuldenausschuß bei der Postsparkasse in der Größenordnung im Netto zwischen 3,8 und 4,5 Milliarden Schilling vorgelegt hat. Sie sind mit 4,1 Milliarden Schilling sehr nahe an die Obergrenze dieses Rahmens herangegangen.

Das Ergebnis dieser wenigen Feststellungen, meine Damen und Herren, ist wohl, daß dieser Haushalt nur negativen Spielraum hat. Das heißt: Sie, Herr Finanzminister, stehen vor einer Wende in der Budgetentwicklung, ohne es im Augenblick wahrhaben zu wollen oder zu dürfen. Darüber, über diese Probleme, wie es weitergehen soll, hätten wir eigentlich gerne in Ihrer Rede etwas gehört.

Diese mangelnde Transparenz, wie man jetzt so schön sagt, haben Sie, Herr Finanzminister, auch für den Konjunkturausgleichsvoranschlag durchgehalten. Sie haben ihm insgesamt sechs Zeilen gewidmet bei einem Ausgabenvolumen von 2,8 Milliarden Schilling.

Ich sehe aber gerade in diesem Konjunkturausgleichshaushalt ein beträchtliches Problem: Wenn die Schwäche der Konjunktur im Jahre 1972 eintritt, für die er gedacht ist, dann fürchte ich, daß dieser Ausgleichshaushalt nicht der geeignete Weg sein wird, um mit dieser konjunkturellen Schwächeentwicklung tatsächlich fertig zu werden. Denn aus allen Vorausschätzungen und Unterlagen, die uns heute zur Verfügung stehen, können wir so viel voraussehen: Wenn es zu dieser Entwicklung kommt, dann wird es zu einem Zustand in der Wirtschaft kommen, den die Konjunkturforscher als gespaltene Konjunktur bezeich-

Dr. Koren

nen, das heißt eine wirtschaftliche Situation, in der neben anhaltend vollbeschäftigte oder vielleicht sogar überbeschäftigte Bereichen andere stehen, in denen Schwächezeichen, Absatzschwierigkeiten und Produktions-einbußen zu verzeichnen sind.

Diese gespaltene Konjunktur ist die fast unvermeidliche Begleiterscheinung einer ersten Abschwungsphase. Deshalb müßten wir uns die Frage Ausgleichshaushalt doch sehr ernstlich überlegen. Denn wenn wir die Ansätze dieses Ausgleichshaushaltes ansehen, dann betreffen Sie in erster Linie Ausgaben, neue Nachfrageimpulse für jene Wirtschaftszweige, in denen aller Voraussicht nach im nächsten Jahr unverändert und anhaltend Hochkonjunktur herrschen wird, wie etwa in der Bauwirtschaft, während diese zusätzlichen Nachfrageimpulse keine Möglichkeit bieten, dort einzugreifen, dort stützend zu wirken, wo aller Voraussicht nach die Schwächezentren sein werden, wie etwa im Bereich des privaten Konsums oder auf der Produktionsseite im Bereich der Grundstoffindustrien und ähnlichen.

Deshalb vertreten wir die Auffassung, daß es sehr viel zweckmäßiger wäre, ein anderes konjunkturpolitisches Instrumentarium im Verlaufe des nächsten Jahres einzusetzen beziehungsweise vorzusehen, und daß es angesichts der kommenden konjunkturellen Probleme viel zweckmäßiger wäre, nicht mit einem auf Hochkonjunkturbereiche zielenden Eventualhaushalt zu operieren, sondern mit einer Konsumstärkung, die auf dem Wege über eine konjunkturpolitische Steuersenkung durchzuführen wäre.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß sich diese Frage einer konjunkturpolitischen Steuersenkung sehr wohl mit den Anliegen vereinen läßt, die heute die österreichische Öffentlichkeit beschäftigen, nämlich die Frage des durch die Inflation permanent verstärkten und wachsenden Druckes der direkten Besteuerung zufolge des Hineinwachsens der Einkommen in immer schärfere Progressionsstufen. Hier könnte das Notwendige mit dem konjunkturell Nützlichen verbunden werden. Ich glaube, daß sich darüber bei dieser breiten Streuung des Interesses in der Öffentlichkeit doch ein Einvernehmen erzielen lassen muß. (Beifall bei der ÖVP.)

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen zu jenen Punkten — meine Kollegen werden später sicherlich noch mehr in diese Fragen eingehen —, wo, wie ich glaube, die Budgetrede des Herrn Finanzministers die Wirklichkeit allzusehr verbogen hat. Man muß in dieser Rede sehr oft zwischen den Zeilen

lesen, um die neue Leerformelsprache verstehen zu können, die in der letzten Zeit üblich geworden ist.

Wenn ich etwa die Aussagen des Herrn Finanzministers zur Bekämpfung des Preisauftriebes heranziehe, so steht in diesem Abschnitt auf den Seiten 4 und 5 der Rede, die uns zur Verfügung gestellt wurde, eigentlich nicht mehr als etwa folgender Satz:

„So erfreulich es ist, daß die Preissteigerungen in Österreich niedriger sind als im Ausland, so erfüllt dieser Zustand die Bundesregierung mit ernster Sorge. 4 bis 5 Prozent Teuerung bedeuten für den österreichischen Konsumenten eine nicht unbeträchtliche Belastung.“

Das hätten wir eigentlich ohne den Herrn Finanzminister gewußt.

„Die Bundesregierung ist sich des außerordentlich unsozialen Charakters einer inflationären Entwicklung bewußt, weil dadurch die Bezieher von kleinen Einkommen am stärksten betroffen werden.“

Auch das haben wir in diesem Hohen Hause schon oft genug gesagt. Aber was folgt auf diese Feststellung? Auf diese Feststellung folgt im gleichen Abschnitt die unverblümte Ankündigung weiterer Tariferhöhungen und Preiserhöhungen durch die öffentliche Hand, und das ist in meinen Augen fast eine Verhöhnung der Angesprochenen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Oder nehmen wir den Abschnitt über die gesunden Staatsfinanzen auf den Seiten 12 und 13 Ihrer Rede. Mehr Leerformeln habe ich wirklich noch nicht gelesen. Der Einleitungssatz lautet:

„Es ist bekannt, daß die Bundesregierung bei ihrer Amtsübernahme den Gesundungsprozeß einleiten mußte.“

Für ein bißchen Polemik kann man Verständnis haben. Aber dann heißt es: „Unter dem Eindruck des erfolgreich eingeleiteten Konsolidierungsprozesses revidierte der Beirat ein Jahr später seine ursprüngliche Prognose“ und — so heißt es weiter — verminderte die Defizitvorausschätzungen.

Herr Finanzminister! Bei aller Wertschätzung für die Budgetpolitik der letzten eineinhalb Jahre darf ich aber vielleicht doch festhalten, daß sich der Beirat nicht durch Ihre Politik zu einer Korrektur seiner Schätzungen veranlaßt gesehen hat, sondern durch die Tatsache, daß sich die Konjunktur ab dem Jahre 1969 viel länger und stärker entwickelt hat, als man ursprünglich vorausgesehen hat. Denn auf diesem Gebiet, auf dem staatsfinanziellen

Dr. Koren

Gebiet, haben Sie in diesen eineinhalb Jahren wirklich nichts anderes getan, als dankbar die Mehreinnahmen aus der Konjunktur zu kasieren und zur Kenntnis zu nehmen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Oder darf ich mich mit dem Abschnitt „Wohlfahrt“ beschäftigen. Diesbezüglich hat schon der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung auf Seite 3 zwar nicht eine neue Politik, aber ein neues Schlagwort geschaffen: den Kampf gegen die Armut. Er hat dann im nächstfolgenden Satz diesen Kampf allerdings stark abgerüstet, indem er feststellte, daß leider die bescheidensten Verbesserungen gewaltige Mehrausgaben bedeuten und deshalb nur schrittweise vorgenommen werden können. Das heißt, er hat jene Politik angekündigt, die die Sozialpolitik in diesem Lande seit 20 Jahren charakterisiert, nämlich den Versuch, das Menschenmögliche aus der Entwicklung der Wirtschaft für die sozial Schwächeren zu schaffen.

Sie, Herr Finanzminister, haben auf Seite 27 zur Wohlfahrt und zur sozialen Sicherheit folgendes ausgesagt:

„Die Bundesregierung mißt der sozialen Sicherheit und der Wohlfahrt unserer Bevölkerung besondere Bedeutung bei.“

Eindrucksvoll wird diese Einstellung zur Sozialpolitik“ auch „durch die dafür 1972 vorgesehenen Budgetmittel dokumentiert. Insgesamt stehen dem Kapitel Soziale Verwaltung ... rund 19,9 Milliarden Schilling zur Verfügung: um nahezu 2 Milliarden Schilling oder 10,7 Prozent mehr als 1971.“

Dann folgen die Detailaufzählungen aller Erhöhungen, die vorgenommen worden sind.

Dennoch, Herr Finanzminister, ist in diesem Haushalt nicht mehr drinnen als die Vollziehung beschlossener Gesetze im Bereich der Sozialversicherung. In den früheren Jahren hatten wir genau die gleichen Zunahmen mit Schwankungen um die 2 Milliarden Schilling herum in den Sozialkapiteln, wie zum Beispiel von 1966 auf 1967. Damals aber haben Sie den Slogan vom „Sozialstopp“ geprägt. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Zweierlei Maß!*) Unter den gleichen Bedingungen haben Sie mit diesen Worten den gleichen Sozialstopp verkündet. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Mit keinem Wort aber, meine Damen und Herren, ist in dieser Rede an die wirklichen Probleme des Systems der sozialen Sicherheit auch nur entfernt erinnert worden: nicht an die finanziellen Probleme, die der weiteren Entwicklung unseres Systems der sozialen Sicherheit sehr große Schwierigkeiten bevorstehen lassen, ebensowenig aber an das Pro-

blem der notwendigen Vermenschlichung dieses Systems, das aus seiner Entstehung heraus den Menschen eher als ein Objekt für das System denn als ein Subjekt ansieht, um das sich die Gemeinschaft zu kümmern hat.

Im Bereich Umwelt haben Sie einen neuen Akzent gesetzt. Sie haben lang und breit den Wasserwirtschaftsfonds erwähnt; es gibt ihn seit langem. Dann sagen Sie, Herr Finanzminister, auf Seite 33:

„Neben den Geldern des Wasserwirtschaftsfonds werden für Umweltschutz und Maßnahmen der Gesundheitspolitik 1972 zusätzlich rund 500 Millionen Schilling bereitgestellt.“

Das klingt gewaltig, überraschend und sehr viel. Ich muß nur leider sagen: Ich finde diese 500 Millionen Schilling zusätzlich in keinem dafür auch nur entfernt in Frage kommenden Ansatz, und vielleicht ist meine Vermutung nicht ganz unrichtig, daß es sich um jene Posten handelt, die auch in den früheren Budgets selbstverständlich im Bereich der Gesundheitsvorsorge als Zuschuß für die Krankenhäuser, für die Tuberkulosebekämpfung und so weiter enthalten waren. Wenn diese meine Auffassung zutrifft, dann war Ihre Feststellung zumindest eine unbeabsichtigte Irreführung der Zuhörer.

Sie beschäftigen sich, Herr Finanzminister, auf Seite 52 mit dem langfristigen Investitionsprogramm. Ich hoffe sehr, daß es dem Hohen Haus zugeleitet werden wird. Wir besitzen es nicht. Ich will dieses Programm nicht herabsetzen, aber, Herr Finanzminister, es ist die Extrapolation, das heißt die Vorausrechnung einer bisherigen Entwicklung! Sie rechnen die bestehende Investitionsstruktur des Bundes einfach für die nächsten Jahre mit den Steigerungsraten, die sich aus den zweckgebundenen Einnahmen ergeben, nach vorne und kommen dann natürlich zu imponierenden Beträgen. Über eines aber werden wir kaum streiten müssen: daß die gegebene Investitionsstruktur nicht die sein wird, die in den nächsten zehn Jahren notwendig ist.

Und ich vermisste völlig in dieser Globalaufstellung Ihres Programms auch nur den entferntesten Ansatz für jene Vorsorge für Gemeinschaftsaufgaben, die im kommenden Jahrzehnt vor uns stehen werden.

Eines der stärksten Schlagworte, das Sie in der Debatte über dieses Programm nicht hier im Hause, aber draußen in der Öffentlichkeit gebraucht haben, war, daß es eine Orientierungshilfe für die Wirtschaft sei. Ich muß hier wirklich die Frage stellen, Herr Finanzminister, wo und wie eine Tabelle über Globalausgaben eine Orientierungshilfe für die Wirt-

Dr. Koren

schaft sein kann. Welcher Unternehmer etwa der Bauwirtschaft kann disponieren, wenn er aus Ihrer Tabelle sieht, daß im Verlauf von zehn Jahren soundso viele Milliarden Schilling in den Straßenbau gepumpt werden sollen? Das weiß er ohne Ihre Tabelle auch. Was er wissen müßte, ist: Was ist in diesen zehn Jahren im Detail vorgesehen? Wo kann ich überhaupt zum Einsatz kommen? Wo kann ich mich vernünftigerweise bewerben? Wo kann mein Unternehmen zum Einsatz kommen? Solange Sie nur mit Globalzahlen, die Sie gar nicht detaillieren können, operieren, ist es wirklich kein Orientierungsbehelf für die Wirtschaft.

Und noch eines: Ich finde ein Kapitel im Budget, in dem Sie positive Akzente für eine Gruppe gesetzt haben, für die Sie anscheinend erst in den letzten eineinhalb Jahren Ihr Herz entdeckt haben, nämlich für die Bauern, für die Landwirtschaft. Ich will jetzt die Motive nicht untersuchen, die Sie dazu veranlaßt haben. Aber ich muß doch ein paar Gedanken zumindest verschwenden an die Überlegung, daß zum ersten Mal von diesen Aufstockungen beziehungsweise von dem Bergbauernprogramm die Rede war, als die Frage Spaltpilze heuer im Frühjahr und im Sommer noch stark in Rede war. Denn im Sommer sind alle diese Dinge entstanden, als wir noch, Herr Finanzminister, mit dem Bundeskanzler und Ihnen über globale Budgetfragen gesprochen haben, Verhandlungen, aus denen wir dann sehr radikal entfernt worden sind.

Aber so erfreulich es ist, daß Sie bei diesem Vorhaben geblieben sind, kann ich dennoch nicht verschweigen, daß dieser Schritt nur möglich gewesen ist, weil die Landwirtschaftspolitik der Jahre bis 1970 Sie von jenen drängenden Problemen befreit hat, die damals die Agrarpolitik überschattet und dominiert haben, nämlich die Produktionsprobleme im Bereich der Milchwirtschaft und der Getreidewirtschaft. Wäre es nicht der Agrarpolitik der letzten sechziger Jahre gelungen, diese Produktionsprobleme in den Griff zu bekommen, wäre es nicht gelungen, der Expansion der Milchwirtschaft Einhalt zu gebieten, wäre es nicht gelungen, die Umstellung vom Getreide auf den Futtermittelanbau so forciert voranzutreiben, dann, Herr Finanzminister, hätten Sie sich in diesen eineinhalb Jahren mit ganz anderen und weniger attraktiven Problemen herumschlagen müssen (*Beifall bei der ÖVP*), und Sie hätten nicht die Chance gehabt, heute einen populären Akzent zu setzen.

Wir dürfen aber, glaube ich, und das werden wir noch ausreichend tun, nicht übersehen, daß Ihre sonstige Politik den gleichen Bereich,

nämlich die Agrarwirtschaft, schwer belastet. Denn eine Inflation von 5 Prozent und darüber, Preissteigerungen, die gerade in diesem Sektor vehement wirksam werden, sind für eine Einkommensgruppe, die in ihrem Haupteinkommen auf stabilisierte Preise angewiesen ist, eine viel, viel größere Belastung als der politische Gag eines Hilfsprogramms. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Hohes Haus! Ich finde dann auf Seite 59 der Budgetrede des Herrn Finanzministers noch eine Feststellung. Er sagt dort: „Die Bundesregierung unterbreitet diesen Bundesvoranschlag in der Erwartung kritischer Analyse und mit der Bereitschaft, alle Alternativvorschläge sorgfältig zu prüfen.“ Ich muß, Herr Finanzminister, die Frage stellen, ob diese sorgfältige Prüfung ähnlich sorgfältig sein wird wie jene Prüfung, die Sie im vergangenen Herbst unseren Vorschlägen zuteil werden ließen. (*Präsident Dr. Maletta übernimmt den Vorsitz*.)

Ich darf in dem Zusammenhang nur an einen Vorschlag erinnern, den wir vor einem Jahr unterbreitet haben. Es war der Vorschlag, die befristeten Sondersteuern — Lohn- und Einkommensteuer und Vermögensteuer — termingerecht auslaufen zu lassen. Wir haben das im Finanz- und Budgetausschuß vorgeschlagen und dazu einen Bedeckungsvorschlag präsentiert.

Herr Finanzminister, Sie haben dann gegenüber der „Sozialistischen Korrespondenz“, nachdem dieser Antrag keine zehn Sekunden bei Ihnen geprüft worden ist, zum Ausdruck gebracht — ich zitiere die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 19. November 1970 —: „Androsch: VP-Bedeckungsvorschlag unrealistisch.“

„Zum überwiegenden Teil aus der Luft gegriffen und unrealistisch“ bezeichnete Finanzminister Dr. Androsch in einer ersten Stellungnahme gegenüber der Sozialistischen Korrespondenz den von der ÖVP Mittwoch im Budgetausschuß vorgelegten Bedeckungsvorschlag zum Auslaufen der Sondersteuern.“ Und den am Parlamentsgang wartenden Journalisten haben Sie als Globalurteil über diesen Vorschlag gesagt, er sei Mumpitz.

Herr Finanzminister, ich darf ein Jahr später diesen Bedeckungsvorschlag ein wenig analysieren. Dieser Bedeckungsvorschlag enthielt den Vorschlag von Ausgabeneinsparungen und die Einsetzung von Mehreinnahmenerwartungen in verschiedenen Positionen.

Wir haben damals einen 2prozentigen Globalabstrich im Personalaufwand vorgeschlagen, einen 5prozentigen Abstrich der Ermessenskredite und verschiedene Kürzungen etwa

Dr. Koren

beim Finanzschuldenansatz, bei den Anlagekrediten der Bundesbetriebe und im Kraftfahrzeugaufwand.

Wenn ich nur die größten Posten dabei hernehme, Herr Finanzminister, dann operieren Sie im Augenblick selber mit den Ersparungen beim Personalaufwand. Den 5prozentigen Abstrich bei den Ermessenskrediten haben Sie damals als völlig unmöglich bezeichnet, aber wenige Tage später selbst eine 3prozentige Kürzung vorgenommen, um die Wünsche der Freiheitlichen Partei honorieren zu können. Wenige Wochen später haben Sie eine 15prozentige Bindung dieser Ermessenskredite in der Öffentlichkeit verkündet und angeblich bis heute durchgehalten (*Beifall bei der ÖVP*), also ein Vielfaches dessen, was wir hier vorgeschlagen haben.

Wir haben damals vorgeschlagen, im Kapitel 59, Finanzschuld des Bundes, 150 Millionen Schilling einzusparen. Sie selber haben kurze Zeit später diese Einsparung in einem größeren Umfang vorgenommen.

Auf der Ausgabenseite ist jede dieser Positionen, die wir vorgeschlagen haben, nicht nur tatsächlich im Laufe des heurigen Jahres als Mehreinnahme gekommen, sondern zum Teil in einem Vielfachen dessen, was wir hier vorgeschlagen haben. Herr Finanzminister, Ihr Urteil aber war damals Mumpitz, und wenn Ihre Bereitschaft, Alternativen, Vorschläge zu prüfen, sich heute wiederum auf der gleichen Ebene bewegt, dann, glaube ich, können wir auf Ihre Polemik in dem Zusammenhang wirklich verzichten. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Ich darf, Herr Finanzminister, eine ganz bescheidene Frage stellen: Was ist aus jenen Schwerpunkten, die Sie vor einem Jahr angekündigt haben, geworden? Sie haben heuer zu beiden nicht ein einziges Wort gesagt. Im Vorjahr haben Sie sich gerühmt mit einer Stabilisierung des Verwaltungsaufwandes. Es war damals schon nicht richtig, denn Sie haben nur die Postsparkasse aus dem Budget ausgliedert und damit etwas Luft bekommen. Im heurigen Jahr präliminieren Sie den Verwaltungsaufwand um 20 Prozent höher als im Vorjahr. Dieser Schlager ist also offenbar geplatzt.

Sie haben sich im Vorjahr weiters gerühmt mit einem Subventionsabbau von 900 Millionen Schilling. Wir haben Ihnen dann hier vorgerechnet, daß technische Operationen im Haushalt, das Ausgliedern von Subventionen hinüber zu gesetzlichen Verpflichtungen, eigentlich keine Einsparung sind. Heuer haben Sie aber nicht einmal einen solchen Versuch unternommen, und ich stelle die Frage: Warum wohl? Ich könnte Ihnen diese Frage auch

beantworten, aber Sie haben seit einem halben Jahr das Interesse an der Frage Subventionen, die Sie früher sehr viel beschäftigt hat, völlig verloren.

Sie haben uns heuer im Frühjahr im Finanz- und Budgetausschuß, als wir Ihren eigenen Subventionsbericht besprochen haben, für sechs Wochen später Unterlagen versprochen, aus denen wir einmal zu einer Klärung des Subventionsbegriffes kommen könnten, um für die Zukunft brauchbare Anhaltspunkte zu gewinnen. Wir haben bis zur Parlamentsauflösung umsonst darauf gewartet, und ich nehme mit einiger Sicherheit an, daß Ihr Interesse an dieser Frage nun denkbar gering geworden ist. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Etwas vermissen wir sowohl in der Regierungserklärung wie in dieser Budgetrede. Beide ist gemeinsam, daß sie versuchen, das Bild einer heilen Welt, einer rosaroten Zukunft und einer sorgenlosen Gesellschaft zu malen, deren Probleme hinter dem Wohlklang der Worte als unbedeutend erscheinen sollen. Was wir vermissen, sind Spuren von Realität, jener Realität, die Sie vor 1970 noch gezeigt haben. Wir vermissen ein paar Worte darüber, daß Wohlfahrt und Wohlstand nicht Geschenke sind, die gute Regierungen verteilen und herabrieseln lassen, sondern das Ergebnis harter Anstrengung und Bewährung in einem unerbittlichen Leistungswettstreit der Länder dieser Erde, in einem Wettstreit, der nicht immer nur von Erfolg begleitet sein kann, sondern der auch den Mißerfolg mit einschließt. Mir fehlt in diesen Reden der Mut, wenigstens ein paar Zipfelchen jener Wahrheit auszusprechen, welche die österreichische Bevölkerung durchaus vertragen könnte. Auch Sie, Herr Finanzminister, sind all diesen Fragen peinlichst ausgewichen, obwohl diese Fragen unaufhaltsam näherkommen: die Verkrampfung in der internationalen Wirtschaftspolitik — die Währungskrise ist nicht Ursache, sondern sie ist ein Symptom dieser wachsenden Verkrampfung in der internationalen Politik —, das Problem der Vollbeschäftigung und der finanziellen Stabilität, das man nicht so lapidar behandeln kann, wie es sowohl Sie wie der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung getan haben, denn hier geht es um komplexe Fragen, die letzten Endes nicht nur für heute, sondern für die Zukunft entscheiden.

Wir vermissen eine Leitlinie über den Staatshaushalt. Schmücken Sie sich heute noch mit dem Glück, das Sie eineinhalb Jahre hatten, aber Sie wissen genau, daß die Entwicklung nun nicht mehr die des Hans im Glück ist! Wir haben nicht ein Wort gehört

Dr. Koren

über das schwierige Problem des Finanzausgleichs, der mit dem Ende des nächsten Jahres abläuft und der nicht in wenigen Wochen einfach aus dem Boden gestampft werden kann, wo es sehr schwere Zukunftsprobleme zu lösen gibt.

Sie haben uns nichts über Ihre Absichten in der Steuerpolitik gesagt, denn, verzeihen Sie, der Hinweis darauf, daß Sie vielleicht am 1. Jänner 1973 wieder ein kleines Operationchen vorzunehmen bereit sind, löst ja nicht die täglich drängender werdenden Probleme einer durch die Inflation allmählich unmöglich gewordenen Einkommensbesteuerung. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und wir hätten, Herr Finanzminister, sowohl bei Ihnen wie beim Herrn Bundeskanzler ein bißchen mehr über Fragen der Gesellschaftspolitik hören wollen. Es ist sehr nett, wenn in jeder dieser Reden in wenigen Zeilen gesagt wird, daß sich diese Regierung nach sozialdemokratischen Vorstellungen orientieren wird, es hat uns aber bis jetzt niemand gesagt, welche der vielen Vorstellungen, die da und dort in diesem oder jenem Programm niedergelegt sind, von dieser Formulierung erfaßt oder nicht erfaßt werden. Wir werden mit Ihnen diese gesellschaftspolitische Diskussion führen, dann werden Sie aber mehr Farbe bekennen müssen als bisher, wo Sie hinter einer klingenden Formel letzten Endes das undurchsichtige Grau von Vorstellungen, die Sie wahrscheinlich selbst noch nicht determinieren können, verstecken wollen.

Meine Damen und Herren! Dieses Budget wird ebenso und wahrscheinlich noch mehr als das vorangegangene die Teuerung verstärken. Es wird den Leistungswettstreit durch eine erdrückende und durch die Inflation verstärkte Progression zunehmend hemmen, und es ist deshalb nach Ihren eigenen Worten, Herr Finanzminister, unsozial, weil Teuerung die Schwächsten am härtesten trifft. Es wird Belastungen bringen, die Sie uns in Ihrer Rede eindeutig verschwiegen haben. Es bringt neue Ausgaben, die Sie bisher nicht berücksichtigt haben, und es nimmt die neuen Probleme, die die wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringt, einfach nicht zur Kenntnis. Es zeigt uns keine Ansätze zur Lösung der großen Probleme.

Sie haben uns jetzt dieses Budget vorgelegt, und Sie haben jetzt keine Ausrede mehr, daß Sie einen Kaufpreis für die Zustimmung zahlen müssen. Am Ende einer ungewöhnlichen und einer extrem lang dauernden Hochkonjunktur, die Sie gestützt und getragen hat und die die Probleme scheinbar löste, treten Sie nun in den rauen Alltag normaler Entwicklung ein, kommen Sie nun auf eine schwie-

riger werdende Wegstrecke, und dieses Budget wird den Erwartungen, die Sie geweckt haben, nicht standhalten können.

So, wie es vor uns liegt, werden wir ihm nicht zustimmen können. Unser endgültiges Urteil wird aber davon abhängen, wie weit Ihre erklärte Bereitschaft geht, mit unseren Vorstellungen Kompromisse zu schließen. Davor wird unsere enthaltige Entscheidung abhängen. (*Lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lanc. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Lanc (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Abgeordneter Doktor Koren, hat sich am Beginn seiner Ausführungen zuerst einmal mit arbeitstechnischen Problemen des neu gewählten Nationalrates beschäftigt. Das ist nicht nur sein gutes Recht, es ist die Pflicht jedes einzelnen hier im Hause, sich darüber Gedanken zu machen, denn auch die Arbeitstechnik übt natürlich einen gewissen Einfluß auf die Qualität der geleisteten Arbeit aus.

Wie sieht es aber mit den Vorwürfen aus, die er hier konkret der Bundesregierung gemacht hat? Er hat eigentlich im wesentlichen beanstandet, daß nicht bereits im vergangenen Ministerrat sämtliche noch in diesem Jahr zur Verhandlung anstehenden Gesetzentwürfe behandelt und dem Hohen Hause zugeleitet worden sind. Es handelt sich hier um einige Wirtschaftsgesetze, um das kleine Kompetenzgesetz und um sechs Sozialgesetzenovellen.

Ich möchte die Bedeutung dieser Gesetze keineswegs klein halten, aber ich glaube, es muß doch zumindest auch bei der Diskussion darüber Berücksichtigung finden, daß die Bundesregierung bei Gesetzentwürfen auch die Begutachtungsfrist und das Begutachtungsverfahren einzuhalten hat. Dies umso mehr, als gerade in der Debatte zur Regierungserklärung der Herr Abgeordnete Dr. Mussil (*Abg. Dr. Koren: Halt früher anfangen, Herr Lanc!*) in einem Fall, obwohl es sich um eine reine Wiedervorlage handelt — bekanntlich müssen ja bei Beginn einer Gesetzgebungsperiode alle Vorlagen neu eingebbracht werden, auch wenn sie sich inhaltlich mit jenen decken, die aus der vorangegangenen Legislaturperiode unerledigt liegen geblieben sind (*Abg. Dr. Koren: Aber wenn man sie nur begutachtet!*) —, die fehlende Begutachtung beanstandet hat.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat sich im Falle der noch nicht dem Hause zugeleiteten Gesetzentwürfe eben daran gehalten, dieses Begutachtungsverfah-

Lanc

ren einhalten zu wollen. Sie wird sich nach meinen Informationen am 3. Dezember damit befassen. (*Abg. Dr. Mussil: So wie beim Preisregelungsgesetz, wo alles vollkommen umgearbeitet worden ist! Mißbrauch des Begutachtungsrechtes durch die Bundesregierung!*) Ich danke Ihnen für die Bestätigung dessen, Herr Dr. Mussil, was ich gerade vorhin bezüglich Ihrer Kritik der Nichteinhaltung des Begutachtungsverfahrens gesagt habe. Jetzt tun wir es, jetzt ist es Ihnen auch nicht recht. Sie werden, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, so wie in anderen Dingen im Klub darüber abstimmen müssen, was Sie von uns und von der Bundesregierung verlangen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Koren hat in bezug auf die Budgetrede und die Regierungserklärung auch den Ausdruck „Phraseologie“ verwendet. Ich möchte es hier bei einer Bemerkung bewenden lassen: Wer selbst im phraseologischen Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! (*Abg. Dr. Neuner: Inhalts schwer!*) Zumindest so inhalts schwer wie das, was hier, ohne den konkreten Inhalt zu nennen, der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei der Regierungserklärung und der Budgetbegleitung vorgeworfen hat.

Nun zu den Argumenten — oder zu einigen jener Argumente —, die mein Vorredner hier konkret vorgebracht hat. Er meinte, in der Budgetrede wäre nichts über auslaufende Steuern und beabsichtigte Tariferhöhungen gestanden. Ich bitte den Herrn Klubobmann Dr. Koren, Seite 13 und 14 der gedruckt vorliegenden Budgetrede nachzulesen. (*Abg. Doktor Koren: Das habe ich ja vorgelesen!*) Dort ist ganz eindeutig festgestellt, daß die Steuern nicht auslaufen können, auch wenn sie bisher befristet waren.

Im übrigen hat das der Herr Abgeordnete Dr. Koren selber zugegeben. In einer späteren Passage seiner heutigen Rede, in der er am Anfang das als Mangel kritisiert hat, hat er dann gemeint, es sei doch in dieser Budgetrede von Tariferhöhungen gesprochen worden, und das sei — so drückte er sich sogar aus — eine Verhöhnung der Wähler. Man wird sich also auch hier in der Brust des Herrn Abgeordneten Dr. Koren selbst entschließen müssen, ob man für das ist, was man am Anfang seiner Rede gesagt hat, oder für das, was im letzten Drittel der Rede zu hören war.

Meine Damen und Herren! Schließlich und endlich hat sich noch der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei mit Vorschlägen für eine andere Gestaltung des Budgets beschäftigt. Er war ja, mitgerissen durch die Steuerdemagogie der Österreichischen Volkspartei, dazu gezwungen. Es ist

ihr bemerkenswerterweise nichts anderes zu diesem Thema eingefallen als sein Vorschlag, den er vor einem Jahr gemacht hat und der ja seither nicht besser geworden ist. Ich glaube, nichts beweist so klar und eindeutig, wie wenig die Österreichische Volkspartei offenbar in der Lage ist, echte Alternativen zu dem vorliegenden Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1972 anzubieten. (*Beifall bei der SPÖ*)

Hohes Haus! Eine Würdigung im Sinne von wirklich kritischer Wertung des in der Vorwoche von der Bundesregierung vorgelegten Budgetentwurfs ist meiner Auffassung nach nur dann möglich, wenn man das Budget im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und damit der Weltpolitik sieht. Daher will ich vorerst Betrachtungen darüber anstellen, welche Grenzen dem Bundeshaushalt 1972 gezogen sind, die außerhalb der Entscheidungshoheit Österreichs liegen.

Jeder Bundesvoranschlag in der Zweiten Republik hat auf eines bauen können: daß 35 Dollar soviel wert sind wie eine Unze Feingold. Mit den fixen Paritäten der Währungen der großen Welthandelsländer — und natürlich auch Österreichs — und den im Bretton-Woods-Abkommen vereinbarten geringen Schwankungsbreiten in der Wechselkursbildung war das für alle Wirtschafts- und damit auch Budgetprognosen eine der wenigen feststehenden Größen. Längstens seit der Spaltung des Goldmarktes in einen Währungsgoldmarkt und einen freien Goldmarkt ist dieser stabile Faktor zerschmolzen.

Durch die Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten, den Umtausch von Dollar in Gold einzustellen, ist diese Veränderung erst so richtig in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit und auch in das Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit eingedrungen. In Wirklichkeit handelt es sich aber hier um eine Phase in einer Entwicklung und, wie wir mittlerweile wissen, leider nicht um die letzte.

Wir haben in Österreich gelernt, in unsicheren Zeiten mit ungewisser Zukunft zu leben und trotzdem das Beste daraus zu machen. Deshalb gibt es in unserem Land kaum jemand, der zur Übertreibung der Weltwährungs- und Welthandelsschwierigkeiten neigt. Umso mehr Beachtung verdient es meiner Auffassung nach, wenn sich eine an sich der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber grundsätzlich eher geneigte Tageszeitung wie die „Salzburger Nachrichten“ vor einer Woche veranlaßt sah, die Reaktionen der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Weltwirtschaftssituation unter dem Titel „Protektionismus“ scharfer Kritik zu unterziehen. Gerade hierzulande bestreitet niemand, daß ein Teil der

Lanc

langfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Vereinigten Staaten darauf zurückzuführen ist, daß dieses Land wesentliche Weltpolizeifunktionen übernommen hat und gerade in Europa eine gewisse Fortsetzung dieser Funktionen von vielen europäischen Staaten verlangt wird.

Das kann jedoch andererseits nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Vereinigten Staaten seit geraumer Zeit für die Verteidigung von Diktaturen mehr Geld ausgeben als für die Verteidigung von Demokratien.

Kaum anderswo als in Österreich gibt es — ich glaube, damit werden alle mit mir übereinstimmen — im überwiegenden Teil der Bevölkerung eine so echte, vom Herzen kommende Dankbarkeit für die von den Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit gegebene Wirtschaftshilfe.

Man kann aber auf der anderen Seite nicht die Tatsache wegdiskutieren, daß im Anschluß an diese wirtschaftliche Wiederaufbauperiode Europas die Vereinigten Staaten einen nicht unwesentlichen Nutzen daraus zogen, daß sie mit ihrem überbewerteten Dollar billig auch in Europa wesentliche Teile der Wirtschaft erwerben konnten.

Nun versucht man — so scheint es mir —, nicht das Übel an der Wurzel anpacken zu wollen, sondern man versucht es mittels eines forschen Protektionismus, der selbst vor einer Intervention bei den europäischen Gemeinschaften gegen deren Verhandlungen mit den EFTA-Neutralen nicht zurückgeschreckt ist.

Wer sich aber so wie die Vereinigten Staaten dabei auf das GATT beruft, darf nicht selbst Importsteuern und eine steuerliche Benachteiligung von aus dem Ausland eingeführten Investitionsgütern durch verschiedene hohe Abschreibungssätze für amerikanische Firmen beschließen.

Ich will es nicht so hart sagen, wie es der Journalist in dem von mir zitierten Artikel der „Salzburger Nachrichten“ gesagt hat, sondern ich will mich an jene Formulierung halten, die der Schweizer Wirtschaftsminister, Bundesrat Brugger, in diesem Zusammenhang gebraucht hat. Er hat die Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten gegen weitere Verhandlungen nicht beitrittswilliger EFTA-Länder mit der EWG als unnötig bezeichnet, da die geplanten Abkommen weder internationale Verpflichtungen verletzen noch dadurch neue Handelsschranken gegenüber Drittländern aufgebaut werden sollen.

Meine Damen und Herren! Man kann nun fragen, was das mit dem Budget zu tun hat.

Ich glaube, die Antwort darauf ist sehr einfach: Grundlage jeder Budgetierung ist die Abschätzung der Einnahmen. Sie erfolgt einerseits auf Grund von Erfahrungswerten und andererseits an Hand von Prognosen über die voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung im Budgetjahr.

Die heute in erste Lesung gezogene Vorlage des Bundesfinanzgesetzes 1972 stellt auf ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von brutto 9 Prozent ab.

Wie sehr der Staatshaushalt wachstumsabhängig ist, beweisen die Budgetprognosen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, die im Juni dieses Jahres veröffentlicht wurden sind. Dort wurde auf der Basis der damals gültigen Steuergesetzgebung für 1972 bei einer Wachstumsrate von 7 Prozent mit einem Defizit von 13,9 Milliarden Schilling gerechnet, das sich bei einem 8prozentigen Wachstum auf 12,9 Milliarden und bei einem 9prozentigen Wachstum auf 12,3 Milliarden Schilling verringern sollte.

Das Fazit: Jedes Prozent Wachstumsverlust drückt empfindlich auf die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, ohne daß sich dadurch die Ausgaben verringern. Die Budgetschere öffnet sich in einem solchen Fall, das Defizit wächst und muß dann noch zusätzlich zur Füllung einer Konjunkturspritze für die Wirtschaft vergrößert werden.

Wie soll aber das Wachstum der Wirtschaft für 1972 mit so großer Genauigkeit, wie das bisher möglich war, geschätzt werden, wenn man nicht weiß, was der nächste Tag im Währungspoker bringt?

Es ist darum, meine Damen und Herren, nicht Großmannssucht, wenn auch wir uns in dem uns zur Verfügung stehenden bescheidenen Rahmen eines kleinen neutralen Staates um Vorschläge zur Lösung der anstehenden Weltwährungsprobleme bemühen. Es ist wirtschaftlicher Selbsterhaltungstrieb, es ist aber auch ein Stück Budgetpolitik und damit Gesellschaftspolitik.

Das Bretton-Woods-Abkommen sicherte durch fixe Wechselkurse dem internationalen Handel und damit natürlich auch den österreichischen Exporteuren und Importeuren langfristige Kalkulationsgrundlagen. Heute müßte er seine Kalkulation in vielen Fällen floaten. Die Wechselkursrisikominderung für Österreichs Außenhandel durch Terminabstimmung mit Auslandsverbindlichkeiten des Bundes durch den Herrn Finanzminister und die Bundesregierung ist daher von größter Bedeutung. Das, meine Damen und Herren, ist echte Wirtschaftsgesinnung! (Beifall bei der SPÖ.)

Lanc

Solche Maßnahmen lindern, können aber zugegebenermaßen nicht heilen. Heilen kann nur ein Konsilium der bedeutendsten Währungsärzte; dazu gehören vor allem die Vereinigten Staaten, Japan, die westeuropäischen Industriestaaten und Kanada.

Die Schwierigkeit besteht nur darin, daß die Ärzte in den meisten Fällen gleichzeitig die Patienten sind. Welche Kranke gibt es schon, die gerne zugeben, daß sie selber eventuell zu ihrer Krankheit beigetragen haben?

Wie lange auch der Weg zur Erkenntnis ist, die Zusammensetzung der richtigen Medizin soll man schon jetzt genau prüfen. Einige Bestandteile davon hat der Bundesminister für Finanzen in seiner Budgetrede erwähnt: Rückkehr zu festen Wechselkursen, aber größere Bandbreite für Kursschwankungen, Ausbau einer übernationalen Reservewährung und eine international koordinierte Wirtschaftspolitik.

Ich persönlich möchte noch einen Bestandteil hinzufügen, den ich für unerlässlich halte: Das ist die Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Gold in einem Ausmaß, das die Wiederherstellung eines einheitlichen Goldmarktes ermöglicht. Ich war immer für die Ausschaltung des Goldes als Währungsmaßstab, aber zu glauben, daß jetzt nach den Ereignissen der letzten Jahre, in denen der Goldmarkt die Währungsdisparitäten als erster entlarvt hat, Gold demonetisiert werden kann, scheint mir schlechthin naiv zu sein.

Mir ist bewußt, daß das eine Fülle von Problemen nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für alle mit sich bringen würde. Hier müßten sich die Währungsärzte eben auf ein genau abgestimmtes Kurrogramm einigen.

Finanzminister Conally hat ähnliche Vorschläge als für die Vereinigten Staaten demütigend bezeichnet.

Ich möchte hier in aller Form feststellen: Wenn in Österreich jemand solche Vorschläge macht, dann ist sicherlich nicht diese Absicht damit verbunden, aber etwas mehr Demut im Verhältnis zu der Entwicklung und den Auswirkungen auf die Entwicklung des internationalen Handels, verursacht durch autonome amerikanische Maßnahmen, könnte nicht schaden.

Noch ein Wort zu Österreichs Bemühungen, eine weitere Diskriminierung seines Außenhandels mit den Staaten der sich erweiternden europäischen Gemeinschaften zu verhindern.

Bekanntlich geht es hier einerseits um ein Interimsabkommen Brüssel—Wien und andererseits um eine freihandelszonenähnliche Regelung zwischen Brüssel und den EFTA-Neutralen mit gewissen Zusatzwünschen, die die Schweden haben, die neuerdings auch den Gefallen Norwegens und Dänemarks zu erwecken wußte. Mit all diesen Ländern wickeln wir rund zwei Drittel unseres Außenhandels ab. Ob und inwieweit wir in diesen Verhandlungen weiterkommen, wird für unsere Wirtschaftsentwicklung, damit aber auch für die Entwicklung unserer Staatsfinanzen, ausschlaggebend sein. Wir brauchen daher nicht wirtschaftspolitisch oder nur politisch motivierte Interventionen, die uns diese Regelungen erschweren, sondern wir brauchen Verständnis von allen Seiten. Friede und Prosperität in Österreich ist auch ein Gutteil und ein wesentliches Stück der europäischen Sicherheit, das sollten alle bedenken, die das vielleicht bisher nicht bedacht haben.

Pro domo aber möchte ich sagen — insbesondere an die Adresse des Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer gerichtet —: Unsere Chancen in Brüssel werden sicherlich nicht dadurch bestimmt, wieviel österreichische Regierungsmitglieder dort antichambrieren. Das sollten gerade ehemalige Kabinettsmitglieder der ÖVP-Alleinregierung noch am besten in Erinnerung haben. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn ein Budget so sehr von Faktoren beeinflußt wird, die sich unserem direkten Zugriff entziehen, spielen seine konjunkturpolitischen Feinabstimmungsmöglichkeiten eine bedeutende Rolle. Das Defizit wird 1972 trotz gestiegenen Budgetvolumens mit 9,8 Milliarden Schilling gleich hoch sein wie das für 1971 präliminiert gewesene. Im letzten Budget einer ÖVP-Regierung, also 1970, betrug der Anteil des Defizits, gemessen am Ausgabenvolumen des Budgets, 8,9 Prozent. 1972 wird dieser Anteil nur mehr 8 Prozent betragen, und ich erachte das als eine erfreuliche Einbremsung der Staatsschuldenentwicklung.

Konjunkturpolitisch relevant ist jedoch der inlandswirksame Ausgabenüberschuß dieses Budgets. Er wird 1972 mit $2\frac{1}{4}$ Milliarden Schilling um fast 400 Millionen Schilling niedriger sein als 1971. Die Konjunktur soll also nicht angeheizt, aber, das möchten wir mit aller Deutlichkeit sagen, auch nicht ausgeblassen werden.

Als weiteres Instrument der konjunkturellen Feineinstellung kann der im Artikel II a des Bundesfinanzgesetzentwurfes für 1972 verankerte Konjunkturausgleich-Voranschlag bezeichnet werden. Der Herr Abgeordnete Dok-

Lanc

tor Koren hat gemeint, hier werde zu stark punktuell investiert, wenn es zum Einsatz dieses Haushaltes käme. Ich glaube, er hat die Anlage II zum Bundesfinanzgesetz, Seite 168 und folgende, nicht gelesen, denn dort hätte er sehen müssen, daß gerade in diesem Konjunkturausgleich-Voranschlag eine sehr breite Streuung über die Ressorts und über die verschiedensten Formen von Investitionen vorgesehen ist. Durch die breite Streuung dieser Ausgaben wird nämlich gegebenenfalls auch die von ihm befürchtete punktuelle Überforderung der Wirtschaft im Falle einer gespaltenen Konjunkturentwicklung verhindert. $2\frac{3}{4}$ Milliarden Schilling sind dafür vorgesehen. Die Mitwirkung des Parlamentes, auch hinsichtlich der dann notwendigen Kreditoperationen, ist im Bundesfinanzgesetzentwurf gesichert. Das war nicht immer so unbestritten. Das hat die sozialistische Opposition nach 1966 erkämpft. Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, erkennen vielleicht jetzt leichter als damals, wie wichtig eine möglichst weitgehende Determinierung der Ermächtigungen für den Finanzminister, die im Bundesfinanzgesetz gewährt werden, sein kann, und zwar für die gesamte Volksvertretung, aber ganz besonders für die Opposition.

Im Zusammenhang mit seiner Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung im kommenden Jahr will nun der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei der Öffentlichkeit die Steuerlizitationspolitik der ÖVP neuerdings als konjunkturpolitische Steuersenkung andienen.

Meine Damen und Herren! Wir sind jederzeit, so wie in der Vergangenheit, bereit, über konjunkturpolitisch motivierte Steuersenkungen zu reden, aber dann, wenn es der konjunkturpolitisch richtige Zeitpunkt ist und nicht mitten in einer Phase der noch immer überhitzten Konjunktur und daher auch nicht zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Österreichische Volkspartei plötzlich, seit sie in Opposition ist, durchgerungen hat, nämlich zum 1. Jänner 1972. Das wäre konjunkturpolitisch grundverkehrt, und daß ein Abgeordneter vom bildungsmäßigen Rang des Herrn Abgeordneten Dr. Koren diese rein politisch motivierten Steuersenkungsvorschläge nun als konjunkturpolitisch hier ausgibt, stellt ihm nicht das beste Zeugnis aus.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch auf eine Ankündigung des Herrn Bundesministers für Finanzen ganz besonders aufmerksam machen. Er hat namens der Bundesregierung die Vorlage eines Wirtschaftsberichtes an den Nationalrat zugesagt. Damit stellt sich die Bundesregierung der Volks-

vertretung zu einer zusätzlichen wirtschaftspolitischen Aussprache, die es bisher nicht gegeben hat und die zeitlich und inhaltlich von den Budgetberatungen getrennt ist. Diese Maßnahme paßt genau zur Ankündigung unseres Klubobmannes Gratz, daß wir auch als Mehrheits- und Regierungspartei eine Parlamentspartei bleiben werden.

Von entscheidender Bedeutung für den Vollzug des Bundesvoranschlages 1972 wird die Entwicklung des internationalen und des nationalen Preisniveaus sein. Daß es eine besorgniserregende Preisentwicklung gibt, wurde weder in der Regierungserklärung noch in der Budgetrede bestritten. Die sozialistische Bundesregierung hat noch in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode jene preisdämpfenden Maßnahmen angewendet, die in ihrer Macht gelegen waren. Mehr hat uns die damalige Mehrheit von ÖVP und FPO nicht erlaubt, und trotzdem sind wir in unserer Preisentwicklung im internationalen Vergleich noch gut weggekommen.

Aber so leicht, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wie sich das Ihre Redner zur Regierungserklärung gemacht haben, kann es sich meiner Auffassung nach eine große Oppositionspartei nicht machen. Da spricht der Herr Abgeordnete Kohlmaier, immerhin der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, im Zusammenhang mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht etwa von inflationärer Entwicklung, sondern er spricht einfach, so wie heute auch Klubobmann Dr. Koren — es dürfte also System darinnenliegen —, von Inflation und knüpft daran seine Befürchtungen wegen der negativen Auswirkungen auf den kleinen Sparer. Und am selben Tag und in derselben Debatte zur Regierungserklärung spricht ein weiterer Generalsekretär, der ÖVP-Abgeordneter ist, nämlich der Herr Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, Dr. Mussil. Der schlägt jetzt Maßnahmen zur Bekämpfung der Kohlmaierschen Inflation vor, würde man erwarten. Aber weit gefehlt. Dr. Mussil macht dem Handelsminister Vorwürfe wegen der konjunkturdämpfenden Freigabe von Ost- und Japanimporten, weil es da keine Reziprozität gegeben hat und die österreichischen Exporteure hier nicht entsprechend berücksichtigt worden sind. Als ob man in der Konjunkturpolitik Zeit hätte, über volle Gegenseitigkeit im Warenaustausch zu verhandeln. Von einem strafferen Preisregelungsgesetz will ja der Herr Abgeordnete Dr. Mussil überhaupt nichts wissen. Im übrigen will er auch nichts wissen von der von Kohlmaier urgirten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Lanc

Kein sozialistischer Abgeordneter glaubt, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß man Preise reglementieren kann. Niemand von uns glaubt, daß die von uns neuerlich am 16. November eingebrochene Regierungsvorlage 25 der Beilagen betreffend Änderung des Preisreglungsgesetzes 1957 alle Preisprobleme lösen wird. Sie wird ein weiteres Instrument der Preisdämpfung sein. Aber bei der internationalen Preisentwicklung des letzten Jahres können wir auf kein einziges dieser preisdämpfenden Instrumente verzichten.

Der Bundeshaushalt 1972 kehrt alles Menschenmögliche vor, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Gesellschaft unseres Landes zu erhöhen. Die Entwicklungs- und Erneuerungsfonds-GesmbH. wird ausgebaut. Die Regierungsvorlage dazu liegt bereits im Haus. Die Kapitalausstattung der Investitionskredit AG wird verstärkt. Mit der Errichtung der Kapitalbeteiligungsgesellschaft soll eine Lücke im Finanzierungsangebot für die Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft, die der Herr Abgeordnete Dr. Koren immer so dramatisch urgert, geschlossen werden.

Gleichzeitig aber verstärkt das Budget 1972 den Prozeß der gesellschaftlichen Schwerpunktbildung, der 1971 eingeleitet worden ist.

Dazu einige Überlegungen. Im zweiten Jahr der ÖVP-Regierung betrug der Budgetanteil des Bereiches 1, Erziehung und Unterricht, 7,35 Prozent. Im zweiten Jahr der SPÖ-Regierung hat dieses Kapitel einen Budgetanteil von 8,56 Prozent. Ich bitte zu berücksichtigen: Jedes Prozent Budgetanteil ist, in Ziffern ausgedrückt, rund 1,2 Milliarden Schilling.

Bei Wissenschaft und Forschung lautet der Vergleich 2,36 Prozent im zweiten ÖVP-Regierungsjahr, 2,80 Prozent im zweiten Jahr der Regierung, die von der SPÖ gestellt wird.

Beim Bereich Soziale Wohlfahrt lauten die Vergleichsziffern: 24,31 Prozent im Jahre 1967 unter der ÖVP und 24,83 Prozent im Jahre 1972 bei der Regierung Kreisky.

Das, meine Damen und Herren, diese Steigerung des Anteils der sozialen Wohlfahrt am Budgetvolumen bezeichnet heute der Herr Klubobmann Dr. Koren als Sozialstopp. Ich glaube, unsere Pensionisten und unsere Sozialbefürsorgten wären in den vier Jahren der ÖVP-Regierung sehr froh gewesen, wenn sie jenen Sozialstopp zu erleiden gehabt hätten, den sie in den letzten zwei Jahren angeblich durch das Kabinett Dr. Kreisky verpaßt erhielten. (Beifall bei der SPÖ.)

1967 wurden für den Bundesschulbau 320 Millionen Schilling ausgegeben, 1972 werden es 690 Millionen Schilling sein, ohne Hinzurechnen des additiven Effektes, der durch Zinsenzuschüsse für im Leasingverfahren finanzierte Schulbauten erzielt wird.

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist gar von 92 Millionen Schilling im Jahre 1967 auf 655 Millionen Schilling im Jahre 1972 gestiegen. Und wenn das kein Schwerpunkt ist, dann frage ich: Was ist ein Schwerpunkt? (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Herr Kollege Lanc, was ist das: Förderung von Wissenschaft und Forschung?) Förderung von Wissenschaft und Forschung — Sie als Ausschußvorsitzender müssen das doch genau wissen. (Abg. Dr. Gruber: Reden Sie doch nicht so leichtsinnig daher! Dazu haben die Hochschulen gehört!) Das hat doch niemals stimmen können. Förderung von Wissenschaft und Forschung. Schauen Sie nach im Budget. Wenn Sie es mir widerlegen können, können Sie herauskommen und das sagen. Ich sage Ihnen aber, ich habe mir das ganz genau ausgerechnet, nur werde ich nicht alle Kapitel, Titel und so weiter zitieren. Das ist nicht Aufgabe einer ersten Lesung zum Bundesfinanzgesetz. Wir können dann noch beim Kapitel Unterricht die Klingen kreuzen. (Abg. Dr. Gruber: Das werden wir!) Gerne, selbstverständlich.

Das Budget 1972 räumt auch mit der Mäß der ÖVP von den fremdenverkehrsfeindlichen Sozialisten auf. 95 Millionen Schilling Fremdenverkehrsförderung gegenüber 40 Millionen im letzten ÖVP-Budgetjahr sagen alles, was dazu zu sagen ist.

Man hat uns auch immer wieder als bauernfeindlich — heute, in der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Koren, bemerkenswerterweise schon nicht mehr — und als landwirtschaftlichen Strukturproblemen gegenüber unzugänglich bezeichnet. Damit wird es längstens ab 1972 nun auch vorbei sein, denn mit fast 1,1 Milliarden Schilling für den Grünen Plan und das Bergbauern-Sonderprogramm werden so viele Mittel zur Strukturverbesserung in der Landwirtschaft bereitgestellt wie nie zuvor in der Geschichte der Republik Österreich. (Beifall bei der SPÖ.)

Allerdings, meine Damen und Herren, eines muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Das sind Steuermittel, die im Sinne des Gesetzes zu vergeben sind, und das sind nicht Sesterzen, die einzelne Bauernbundfunktionäre nach ihrem Gutdünken unter das Volk werfen können. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Lanc

Vor kurzem wurde in einem Leitartikel zum Budget 1972 die rhetorische Frage gestellt, warum denn das alles, was in diesem Budget drinnen ist, nicht schon der ÖVP eingefallen sei. Die Antwort, glaube ich, ist sehr einfach: Gegensätzliche gesellschaftspolitische Vorstellungen haben die Ausformung einer erkennbar gemeinsamen politischen Linie in der Österreichischen Volkspartei, zumindest bisher, verhindert. Deshalb dürften ja auch die Wähler den Sozialisten die Chance geben haben, die sie ihnen dann am 10. Oktober tatsächlich eingeräumt haben.

Wir haben nicht nur von Ausgabeschwerpunkten, sondern auch von deren Finanzierung gesprochen, und zwar sowohl vor den Wahlen 1970 als auch vor dem 10. Oktober 1971. Wir wissen um die hohe Steuerbelastungsquote, aber wir sagen offen: Alle guten Dinge haben auch ihren Preis. Und wer ins Gewicht fallende Steuerermäßigung im gegenwärtigen Zeitpunkt will, muß auch sagen, wo Ausgaben gestrichen werden sollen.

Ein amerikanischer konservativer Staatsmann hat einmal einen ebenso konservativen Budgetleitsatz etwa so formuliert, daß er gesagt hat: Budgetpolitik sei die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen. (*Ruf bei der ÖVP: Das haben wir schon von Androsch gehört!*) Das Budget der SPÖ-Bundesregierung beendet diese konservative Budgetpolitik, es finanziert gesellschaftspolitisch vorrangige Ausgaben und konsolidiert gleichzeitig den Staatshaushalt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die ÖVP hat den Eindruck der Starrheit, der mangelnden Mobilität vermittelt. Sie hat derzeit zu starke Akzente nach rechts — so formulierte es zumindest am 27. Oktober der neu gekürte ÖAAB-Obmann Dr. Alois Prader (*allgemeine Heiterkeit*), pardon, Dr. Alois Mock in einer Pressekonferenz. (*Abg. Peter: Stimmt schon!*) Meine Damen und Herren! Das war der bisher stärkste Augenblick in der politischen Karriere des Herrn Abgeordneten Dr. Mock. Das will ich gerne zugeben.

Die sozialistischen Abgeordneten werden für dieses Budget stimmen, meine Damen und Herren, weil es ein Budget der Schwerpunktbildung und der konjunkturpolitischen Mobilität ist, ein Budget im Geiste der besten Traditionen der österreichischen Sozialdemokratie. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klubobmann der sozialistischen Fraktion verstand es, in der Präsidialkonferenz eine sachliche Ge-

sprächsgrundlage zu erarbeiten und die Bereitschaft der Klubobmänner der beiden anderen Fraktionen des Hauses zu wecken, ihm die Erstellung eines rationellen Zeitplanes zur Durchführung der Budgetdebatte zum Zwecke einer zeitgerechten Beschußfassung zu ermöglichen. Auf dieser Grundlage der Sachlichkeit, der Aufgeschlossenheit und der Zusammenarbeit ist der Zeitplan bis zum 22. Dezember dieses Jahres in der letzten Präsidialkonferenz erarbeitet und beschlossen worden.

Zu unserem größten Bedauern mußten wir nun zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung nicht in der Lage oder nicht gewillt war, die erforderlichen Regierungsvorlagen für die zeitgerechte Durchführung und Abwicklung dieses Zeitplanes heute einzubringen.

Mir ist der Generaldebattenredner der sozialistischen Fraktion, der Herr Abgeordnete Lanc, zu sehr mit einer Handbewegung über diese Tatsache hinweggegangen. Es stimmt, Herr Abgeordneter Lanc, daß eine Reihe von Regierungsvorlagen heute nicht eingebracht werden konnte. Die Begründung der SPÖ-Fraktion dafür lautet, daß die begutachtungsmäßigen Voraussetzungen vom zuständigen Ressortminister nicht zeitgerecht erbracht werden konnten.

Wir regten daher in der Präsidialkonferenz an, die Regierungspartei möge sich des geschäftsordnungsgemäßen Instrumentariums der Initiativanträge bedienen, um von sich aus keinen Zeitverlust zu verursachen. Scheinbar sah sich die SPÖ-Fraktion außerstande, diesem Vorschlag der beiden Oppositionsparteien näherzutreten. Und nun muß die Regierungspartei zur Kenntnis nehmen, daß nicht die beiden Oppositionsparteien, sondern sie selbst diese zeitplanmäßigen Schwierigkeiten verursacht hat. Gerade sie als Mehrheitspartei des Parlaments nimmt für sich in Anspruch, das Arbeitstempo dieses Hohen Hauses zu bestimmen.

Ich unterstelle dem Herrn Abgeordneten Gratz nicht die Absicht, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer fleißigen Regierung und einer faulen Opposition erwecken zu wollen. Aber ich habe an ihn als Klubobmann der Mehrheitspartei eine dringende Bitte zu richten, aber auch verbunden mit dem Wunsch, sie an die Bundesregierung weiterzugeben.

Ich gehöre zu jenen Abgeordneten, die von 1966 bis 1970 dem Chef der damaligen ÖVP-Mehrheitsregierung, Bundeskanzler Dr. Klaus, den Vorwurf machten, kein Verhältnis zum Parlament gefunden zu haben.

Ich gebe diese Kritik der jetzigen Bundesregierung ebenso mit auf den Weg und bitte

Peter

darauf bedacht zu sein, daß das richtige Arbeitsverhältnis zwischen Bundesregierung und den Oppositionsparteien des Hauses gefunden wird.

Meine Damen und Herren! Der vom Herrn Klubobmann der sozialistischen Fraktion angestrebte Zeitplan wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn auf Seiten der Regierungs-Partei die allergrößten Straffungsversuche einerseits gemacht werden und wenn andererseits Verzögerungsversuche sowie Verzögerungstaktiken der Regierungspartei hintangehalten werden. (*Zustimmung bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Gratz! Ich darf Sie an eines erinnern: Als Sie bei der Debatte über die Regierungserklärung Ihre Bereitschaft, ja Einladung zur Zusammenarbeit an die anderen Parteien dieses Hauses richteten, erinnerte ich daran, daß man mit einem Teil der Regierungsmitglieder des Kabinetts Kreisky II konstruktiv zusammenarbeiten kann, daß man aber mit anderen Regierungsmitgliedern eine solche Zusammenarbeit nur sehr, sehr schwer findet. Genau unter diesem Eindruck stehe ich angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung nicht in der Lage oder nicht willens war, Vorehrungen zu treffen, die heute fehlenden Gesetzesinitiativen dem Nationalrat zeitgerecht vorzulegen.

Ich richte daher jetzt an die Sozialistische Partei einen Appell: Man mache uns, nämlich den Oppositionsparteien, später nicht den Vorwurf, man könne die Arbeitszeit nicht ausdehnen, weil das zu einer ungebührlichen Beanspruchung der Beamten des Hauses in den Abendstunden führen würde. Nicht wir, die Oppositionsparteien, werden zum gegebenen Zeitpunkt für eine solche Überbeanspruchung der Beamten des Hauses verantwortlich sein, sondern diese Verantwortung gilt es dann durch die Regierungspartei allein zu tragen.

Nun eine weitere Kritik. Wir haben bis jetzt zwei Fragestunden in der XIII. Gesetzgebungsperiode hinter uns gebracht. Ich habe in der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode keine so schleppende Fragestunde im Hohen Haus erlebt wie die vorletzte, und die heutige war auch nicht besonders ermutigend.

Da drängt sich geradezu die Frage nach einer Reform der Fragestunde auf. Wenn die Bundesregierung nicht bereit ist, die umfassenden Ministermonologe der letzten Tage zu kürzen, dann bringt sie Sinn und Zweck der Fragestunde um. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich appelliere daher an den Herrn Bundeskanzler und an die Mitglieder seines Kabi-

netts, die Stellungnahmen von der Regierungsbank her im Rahmen der Fragestunde zu straffen und nicht — so wie es in der letzten Fragestunde vorgekommen ist — zehn Minuten lange Ministerantworten zu erteilen. Das liegt in der Struktur unserer Fragestunde nicht drinnen.

Scheinbar gibt es ein zweifaches Arbeitstempo im Kabinett Kreisky II: ein sehr zügiges innerhalb der Bundesregierung und ein sehr schleppendes Arbeitstempo gegenüber dem Nationalrat.

Nun gleich zu einem weiteren Problem: Herr Bundeskanzler! Muß das kleine Kompetenzgesetz zur Schaffung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz unbedingt noch vor Weihnachten bearbeitet, verabschiedet und beschlossen werden? Ich glaube, Sie gehen von der gleichen Überlegung aus wie die beiden Oppositionsparteien, eine gute Arbeit bei der Errichtung dieses neuen Ministeriums zu leisten.

Wenn ich die Österreichische Volkspartei im Rahmen der Debatte über die Regierungserklärung nicht mißverstanden habe, ist sie genauso bereit wie die freiheitliche Opposition, zielführende Überlegungen im Rahmen eines solchen Ministeriums zu unterstützen. Aber das wird nicht erreichbar sein, Herr Bundeskanzler, wenn das kleine Kompetenzgesetz vor Weihnachten durchgepeitscht wird. Das liegt zeitmäßig in den gegebenen Möglichkeiten einfach nicht mehr drinnen, wenn bis zum 22. Dezember dieses Jahres das Bundesfinanzgesetz 1972 verabschiedet werden soll.

Auf der einen Seite steht die Theorie Kreiskyschen und Gratzschen Entgegenkommens, in der Regierungserklärung und in der Generaldebatte zum Bundesfinanzgesetz 1972 zum Ausdruck gebracht. Und auf der anderen Seite steht eine besorgnisregende Praxis des Durchpeitschens der Mehrheitspartei im Zusammenhang mit der Bewältigung des Arbeitsplans.

Hier stimmt also die Theorie mit der Praxis nicht überein. Daher liegt es an der Regierungspartei, die erforderlichen Richtigstellungen vorzunehmen.

Herr Abgeordneter Gratz, wir bejahren eine vertretbare, eine zumutbare und eine tragbare Zusammenarbeit. Es ist nicht die Absicht von uns freiheitlichen Abgeordneten, die Arbeit der Mehrheitspartei und der Bundesregierung zu erschweren, zu sabotieren oder zu diffamieren. Wir wollen mit dieser Mehrheitsregierung und ihren Abgeordneten zur Lösung von Problemen zusammenarbeiten.

Peter

Die freiheitlichen Abgeordneten sind zur Kooperation und zur Mitarbeit auf der Grundlage der Erarbeitung des größten gemeinsamen demokratischen Nenners bereit. Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit ist aber eine faire Partnerschaft auf der Grundlage demokratischer Waffengleichheit.

Es wird auch eine Zusammenarbeit im Sinne der geistigen Konfrontation sein müssen, die selbstverständlich über und nicht unter der demokratischen Gürtellinie liegt. Die Zusammenarbeit mit einer Mehrheitspartei und mit einer Alleinregierung stellt hohe Anforderungen an alle.

Zusammenarbeit ist im Interesse der Demokratie besser als die Anwendung der Mehrheit. Aber schon am Beginn der Generaldebatte über das Budget 1972 zeichnet sich eher die Anwendung der Mehrheit als die Form einer fairen Zusammenarbeit auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft ab. Und gerade auf Grund dieses Eindruckes setzen wir freiheitlichen Abgeordneten bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1972 vorsorglich unser Nein.

In den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses wird an Hand einer jeden einzelnen Haushaltsguppe zu prüfen sein, wie ernst es der Bundesregierung und der Mehrheitsfraktion mit dem Angebot der Zusammenarbeit an die Oppositionsparteien ist. Und erst das Ergebnis dieser Beratungen wird uns in die Lage versetzen, ein endgültiges Urteil zu fällen.

Darf ich nun, meine Damen und Herren, auf den Gegensatz eingehen, der zwischen der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II und der Budgetrede des Bundesfinanzministers gegeben ist.

Die Budgetrede des Finanzministers steht in bezug auf Übersichtlichkeit und Gliederung in einem vorteilhaften Kontrast zur wolkglockenreichen Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II. Der Inhalt der Regierungserklärung ist in der irrgewissen Auffassung verhaftet, daß Regieren mit dem Versprechen des Wohlfahrtsstaates gleichzusetzen wäre.

Ich habe schon in der Debatte über die Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß wir Freiheitlichen der Kreisky-Theorie des Wohlfahrtsstaates für alle die Antithese des wirtschaftlich und geistig wettbewerbsfähigen Leistungsstaates, der den Wohlstand schafft und sichert, entgegensemmt.

Allerdings befand sich der Herr Bundesfinanzminister in einem Irrtum, als er in seiner Budgetrede sagte:

„Das in Zahlen gegossene Spiegelbild der Regierungserklärung ist für das kommende Jahr der vorliegende Bundesvoranschlag.“

Denn der Bundesvoranschlag ist, wie ja nicht anders zu erwarten, das Spiegelbild einer nüchternen Realität und steht daher nicht in Einklang mit dem Versprechenscharakter der Regierungserklärung.

Ich glaube, Herr Bundesminister, Sie sind sich der Tatsache bewußt, daß Ihr Bundesfinanzgesetzentwurf 1972 mit der Richtigkeit Ihrer Prognoseneinschätzung steht und fällt. Wenn Ihre Prognosen sich nicht erfüllen, dann werden wir böse Überraschungen mit dem Bundesfinanzgesetz 1972 erleben. Allerdings ignoriert die Anlage Ihres Bundesfinanzgesetzes 1972 jene sehr alarmierenden Symptome, die in der Bundesrepublik seit Wochen und Monaten hinsichtlich des absinkenden Wirtschaftswachstums registriert werden.

Aber, Herr Bundesfinanzminister, Ihr Bundesfinanzgesetzentwurf 1972 charakterisiert auch die Unsicherheit, die gerade Professor Nemschak seit Monaten bei der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung für das nächste Jahr beherrscht.

Herr Bundesfinanzminister! Wir Freiheitlichen erkennen durchaus nicht Ihr Bemühen, im Bundesfinanzgesetzentwurf 1972 den Versuch zu unternehmen, Schwerpunkte zu fixieren. Allerdings sind Sie einem Grundsatz Harold Wilsons nicht nachgekommen, den er so formulierte: „Regieren besteht im Festsetzen von klaren Prioritäten.“ Eine klare Prioritätenfestsetzung ist weder durch den Herrn Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung noch durch die Budgetrede des Bundesfinanzministers erfolgt.

Weiter, Herr Bundesminister, haben Sie sich in anerkennenswerter Weise von jener Philosophie distanziert, derzu folge Budgetpolitik als jene Kunst gilt, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen. In Gegensatz zu Ihrer nüchternen Formulierung stehen die unrealistischen Formulierungen des Herrn Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung. Das Hervorstechendste an der Regierungserklärung Dr. Kreiskys war die gleichmäßige Verteilung von sehr, sehr vielen Illusionen. Der Herr Bundeskanzler wird sich innerhalb seiner kommenden vierjährigen Regierungstätigkeit sicher davon überzeugen müssen, wie sehr er Illusionen in seiner Regierungserklärung gehuldigt hat.

Die Regierungserklärung vermittelt ein reichlich verzerrtes Bild der gegebenen Realität. Daher verhält sich der Bundesfinanzgesetzentwurf 1972 bei all seinen Mängeln und bei

Peter

all seiner Kritik, die wir Freiheitlichen anzubringen haben, zur Regierungserklärung wie die Wirklichkeit zur Legende. Hier gilt das Sprichwort: „Wahre Worte sind nicht schön; schöne Worte sind nicht immer wahr.“

Aber, meine Damen und Herren, die Regierungserklärung Dr. Kreiskys und die Budgetrede des Finanzministers Dr. Androsch haben auch Gemeinsamkeiten: Beide offenbaren die Vielzahl ungelöster Probleme in nahezu allen Bereichen unseres Gemeinwesens. Dieser Bogen spannt sich von der Wirtschafts- bis zur Sozialpolitik und von der Infrastruktur bis zum Umweltschutz. Alle diese Bereiche unseres öffentlichen Lebens gleichen einer offenen Baustelle, auf der es ein gerüttelt Maß an Arbeit zu leisten gilt.

Auf dieser „Baustelle Österreich“ wollen wir freiheitlichen Abgeordneten nicht tatenlose Zuseher sein. Wir sind vielmehr bereit, für alle Österreicher am Aufbau Österreichs mitzugestalten. Daher bekennen wir Freiheitlichen uns zu einer konstruktiven, aber kritischen Opposition und nicht zu einer Obstruktion des Nein, um des Neinsagens willen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir setzen aber dort ein klares Nein, Herr Bundesfinanzminister, wo nach unseren freiheitlichen Grundsatzvorstellungen dieses Nein unerlässlich ist.

Nun darf ich einige gemeinsame Vorwürfe an den Herrn Bundeskanzler und an den Bundesfinanzminister erheben. Weder aus der Regierungserklärung Dr. Kreiskys noch aus der Budgetrede des Finanzministers Doktor Androsch erhellt der Mut zu notwendigen, wenn auch nicht immer populären Entscheidungen.

Es fehlt beiden der Mut zu einer qualitativen Sozialpolitik, und weitgehend werden Regierungserklärung und Budgetrede durch den Grundsatz der quantitativen Sozialpolitik beherrscht.

Es fehlt auch Ihnen, Herr Bundesminister für Finanzen, bedauerlicherweise der Mut zum Engerschnallen des Riemens bei den Staatsausgaben.

Es fehlt Ihnen leider der Mut, den Staatsbürgern über ungelöste Probleme der Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik reinen Wein einzuschenken. Es fehlt Ihnen auch der Mut, zu bekennen, daß wir einer schlechenden Inflation ausgesetzt sind und daß rasch Hand angelegt werden muß, um Vorkehrungen gegen Schlimmeres zu treffen.

Und es fehlt sowohl der Regierungserklärung Dr. Kreiskys als auch der Budgetrede

des Finanzministers Androsch der Mut zur Schaffung der entscheidenden Voraussetzungen für den Leistungsstaat, damit dieser durch seine geistige und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit weiterhin den Wohlstand sichert und garantiert.

Es wird in Zukunft notwendiger sein als bisher, tragende Faktoren der Gesellschaft zur Verwirklichung des Leistungsstaates einzusetzen und aufzubieten. Dazu gehört vor allem die Entfaltung des Geisteskapitals auf Unternehmenseite und die volle Entfaltung des Wissenskapitals auf Seite der Arbeitnehmer. Wir haben uns der Tatsache bewußt zu sein, daß es ohne Entfaltung des Geistes- und Wissenskapitals auf die Dauer gesehen nicht gelingt, das Finanzkapital voll zur Wirkung zu bringen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß sich gerade aus diesen Überlegungen neue Bildungs-, Ausbildungs-, Informations- und Schulungsfunktionen der Gesellschaft ergeben, die bis zur Stunde noch nicht wahrgenommen worden sind. Wie oft, meine Damen und Herren, haben wir Freiheitlichen an den Unterrichtsminister, aber auch an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die Bitte und das Ersuchen gerichtet, verstehen zu wollen, daß eine Bildungsplanung auf weite Sicht zum Scheitern führt, wenn dieser Bildungsplanung nicht eine sorgfältige Bildungsforschung vorausgeht. Wir sind auf dem Gebiete unserer Hochschulgründungspolitik nicht immer glücklich vorgegangen, und gerade aus diesen Erfahrungswerten gilt es die Nutzwendung zu ziehen.

Aber wir stehen vor einem weiteren sehr schwierigen Problem in dieser Gesetzgebungsperiode. In sie hinein fällt auch der Ausbau der Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Geiste der Mitverantwortung, wobei wir Freiheitlichen der Meinung sind, daß die Diskussion darüber vor allem von der Betriebspraxis her geführt werden muß.

Über die richtige Lösung der Zusammenarbeit zwischen dem Wissenskapital der Arbeitnehmer und dem Geisteskapital der Unternehmensführung äußerte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund in jüngster Zeit sehr aufschlußreich. Ich zitiere dazu aus der einschlägigen Stellungnahme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes:

„Die volle Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten an der Unternehmensführung und die Mitverantwortung für das Risiko dürfte dem Realismus des schweizerischen Arbeiters kaum entsprechen. Dagegen darf der Anspruch

Peter

auf eine viel weiter als heute gehende Information über das Unternehmen und seine Geschäftspolitik erhoben werden. Die Formen" — so sagt der Schweizerische Gewerkschaftsbund — „welche die Mitsprache und Mitbestimmung künftig annehmen werden, können nur aus der Praxis und nicht vom der Theorie her gestaltet werden. Es muß ihnen aber ein weiter Raum offengelassen werden. Wegleitend und wegbereitend für das Ziel muß sein, dem Arbeitnehmer das Gefühl zu nehmen, er sei nur eine gekaufte Arbeitskraft. Wir müssen ihn im Rahmen seiner Möglichkeit und Interessen zu einem echten Mitbestimmenden machen. Nur damit kann dem Wort von der sozialen Partnerschaft sein voller Sinn gegeben werden.“

Soweit das Zitat aus der Stellungnahme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur Thematik der Mitsprache und Mitbestimmung auf der Grundlage der Mitverantwortung.

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß seit dem Jahr 1949 die freiheitlichen Abgeordneten die Verwirklichung der Sozialpartnerschaft in Österreich mit Nachdruck fordern.

Ich fasse nun abschließend die Stellungnahme der freiheitlichen Fraktion im grundsätzlichen zum Bundesfinanzgesetzentwurf 1972 zusammen.

Wir Freiheitlichen werden gründlich prüfen und sorgfältig überlegen, ehe wir die endgültige Entscheidung zum Bundesfinanzgesetzentwurf 1972 treffen. Herr Bundesminister, Sie haben in Ihrer Budgetrede die Oppositionsparteien zur Kritik an Ihrem Budget und Ihrer Arbeit aufgefordert. Wir nehmen diese Aufforderung an und werden bestrebt sein, der selben in den Ausschußberatungen sachlich und kritisch gerecht zu werden. Dabei wird sich herausstellen, ob die Aufforderung zur Kritik und Zusammenarbeit eine Leerformel ist oder ob die Mehrheitspartei des Hauses bereit ist, im Geiste der demokratischen Zusammenarbeit auf der Grundlage einer fairen Partnerschaft berechtigte Anträge, Vorschläge und Anregungen der freiheitlichen Abgeordneten zu akzeptieren. Erst dann werden wir in der Lage sein, unser endgültiges Urteil zu fällen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort hat sich der Herr Finanzminister gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir bereits an dieser Stelle, zu einigen in den Beiträgen aufgeworfenen Einzelfragen, aber auch zu einigen grundsätzlichen Problemen Stellung zu nehmen.

Der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei hat gesagt, das Investitionsprogramm des Bundes wäre nicht zugänglich gewesen, sah sich aber gleichzeitig in der Lage, es zu kritisieren. Ich darf sagen, daß das Investitionsprogramm des Bundes dem Nationalrat noch in der letzten Legislaturperiode zugeleitet wurde (*Abg. Dr. Koren: Nach seiner Auflösung, das müssen Sie dazu sagen!*) und daß ich heute in der Fragestunde erklärt habe, daß eine Revision vorgenommen wird, wie dies auch in dieser Unterlage, die Ihnen doch offensichtlich zugänglich war, angekündigt ist, und diese revidierte Fassung nach Fertigstellung ebenfalls dem Nationalrat zugeleitet wird.

Zur Frage der Orientierungsdaten. Natürlich sind es für längerfristige Überlegungen Orientierungsdaten. Ich kann nur für jene Bereiche, die unmittelbar Kontakt mit dem Finanzministerium genommen haben, sagen, welch großes Interesse bei diesen Branchen bestanden hat, diese Überlegungen vorzufinden, wobei natürlich die Details in Einzelplänen, sei es das Fernsprechinvestitionsgesetz, das Schulentwicklungsprogramm, das Investitionsprogramm des Bundes, die Anschaffungsplanungen im Innenressort, stehen, um nur einige Beispiele zu nennen. Ohne Frage besteht also dieses Interesse. Wir sind uns auch bewußt, daß mit jeder Revision auch eine Verbesserung vorgenommen werden soll.

Es liegt jedenfalls vor, und gestatten Sie mir daher die Feststellung, daß in der letzten Legislaturperiode meine beiden Amtsvorgänger ein solches angekündigt, aber nie fertiggestellt haben. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Eine Bemerkung zum Subventionsbericht. Ich möchte hier nur so viel sagen, daß selbstverständlich auch über das Jahr 1970 und jedes folgende Jahr ein solcher dem Hohen Hause zugeleitet wird, wobei wir uns bereits auf die Anregungen stützen werden, die im Unterausschuß gefallen sind. Ich werde auch die mir zugegangenen Gutachten über die Frage und Fassung des Subventionsbegriffes diesen beilegen.

Schließlich zu den Bemerkungen über den Schwerpunkt soziale Wohlfahrt und Sicherheit. Natürlich handelt es sich dabei um die Vollziehung von Gesetzen in finanzieller Hinsicht. Ich darf dazu aber bemerken, daß ein Großteil dieser Gesetze in den letzten eineinhalb Jahren beschlossen wurde. Das hat uns sogar den Vorwurf eingetragen, daß wir diesem Bereich eine zu große Aufmerksamkeit schenken. Und wenn es im Gesetz steht, kann

Bundesminister Dr. Androsch

man nicht umhin, die finanziellen Mittel dafür vorzusehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zur Prognose: Mir ist völlig bewußt, daß jede Prognose unsicher ist, weil alles, was auf die Zukunft ausgerichtet ist, einen Unsicherheitsfaktor beinhaltet. Daß eine Prognose für das nächste Jahr ganz besonders unsicher ist, habe ich auch in meiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht. Ich habe mich aber auf die untere Grenze der Schätzungsmaße gestützt, die zuletzt wieder vorgestellt in der wirtschaftspolitischen Aussprache vom Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung genannt wurde. Ich darf Ihnen, Herr Klubobmann, sagen, daß Sie sich im Gegensatz zu Professor Nemschak befinden. Sie meinen nämlich, daß der private Verbrauch abnimmt, während das Institut den privaten Verbrauch im kommenden Jahr als eine Stütze ansieht. Im übrigen werden wir gerade im ersten Halbjahr mit einem besonderen Druck auf die Preise konfrontiert sein, sodaß Sie mit Ihrem Vorschlag hinsichtlich der Steuersenkung, auf den ich noch zu sprechen kommen werde, und der Stützung des privaten Verbrauchs gerade diesen inflationären Druck verstärken würden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun darf ich einiges zu den Staatsfinanzen sagen. Wer meint, daß die Verbesserungen, die sich auch in den Prognosen niederschlagen, ausschließlich auf unerwarteten Mehreinnahmen beruhen, der übersieht — offenbar absichtlich —, welche budgetpolitischen Entscheidungen eingetreten sind, die den Hauptanteil daran haben, daß diese Prognosen in der Weise revidiert werden konnten, wie das tatsächlich der Fall gewesen ist. Ich darf auch darauf noch zurückkommen. Es ist nämlich damit gelungen, die Dynamik der Zunahme bei der Staatsschuld beträchtlich einzufangen.

Ich darf aber vorerst noch auf die Problematik des Preisauftriebes zu sprechen kommen. Es liegt mir völlig fern, jemanden verhöhnen zu wollen, wie Sie mir das unterstellt haben, aber Sie haben mit Ihrem Vorschlag der Steuersenkung einen Vorschlag gemacht, diesen Preisauftrieb jedenfalls im ersten Halbjahr des kommenden Jahres zu verstärken. Was sind denn die Tatsachen? Ich gebe gerne zu, daß die österreichische Bevölkerung das interessiert, was in Österreich vorgeht; gar keine Frage. Wir können uns aber gerade als außenwirtschaftlich orientiertes Land nicht von den internationalen Entwicklungen trennen, und da ist doch offensichtlich eingetreten, daß, was den Preisauftrieb anbelangt, der Pegelstand international beträchtlich gestiegen ist, und obwohl wir in Österreich auch absolut höher liegen als vor einigen Jahren,

sind wir doch unter diesem Pegelstand, während wir in den früheren Jahren darüber gelegen sind, sich also unsere Wettbewerbssituation in diesem Bereich keineswegs verbessert hat.

Nun zu den Tariferhöhungen. Erstens einmal — ich komme darauf auch noch im Zusammenhang mit dem Vorwurf mangelnden Mutes zu sprechen — haben wir immer und auch vor den Wahlen erklärt, daß man den Betrieben das, was sie zu ihrer betriebswirtschaftlichen Führung benötigen, einräumen muß, wobei die besondere Schwierigkeit bei den öffentlichen Tarifen ist, daß sie vielfach nur in längeren Zeitabschnitten angepaßt werden, was die Sache doppelt unangenehm macht. Aber wir haben auch erklärt, daß wir jeden Einzelfall prüfen werden, ob eine Berechtigung besteht, wenn ja, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt, weil wir uns der stabilitätspolitischen Verantwortung, aber auch der Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Betrieb bewußt sind.

Nun zu dem Vorwurf, Ihre Bedeckungsvorschläge im Vorjahr wären nicht sorgfältig geprüft worden. Verzeihen Sie mir, wir haben sie ebenso sorgfältig oder nicht weniger sorgfältig geprüft, als sie vorbereitet waren. Sie haben in Ihrer Rede, Herr Klubobmann, erklärt, daß die Personalausgaben heuer ziemlich genau den präliminierten Umfang ausmachen werden, und Sie haben mir gleichzeitig den Vorwurf gemacht, daß ich die zweiprozentige Kürzung beim Personalaufwand mit ungefähr 800 Millionen Schilling nicht akzeptiert habe. Das war der Hauptbedeckungsvorschlag, den Sie vor einem Jahr gemacht haben. (*Abg. Dr. Koren: Das stimmt nicht!*) Zwei Prozent von 40 Milliarden Personalaufwand sind 800 Millionen! (*Abg. Doktor Koren: Es war eine ganze Reihe von Punkten!*)

Nun zur Frage des Mutes. Ich darf dabei, Hohes Haus, etwas weiter ausholen. Die heutige Regierungspartei hat Anfang Dezember 1969 als Oppositionspartei ihre in langjähriger Arbeit vorbereiteten Programme zu einer Wahlplattform zusammengefaßt und das mit einem Finanzierungskonzept beendet, wo wir als Oppositionspartei erklärt haben, daß ein Wegfall von Steuern angesichts der zu erwartenden budgetären Entwicklung nicht möglich sein wird. Das war zu einem Zeitpunkt, Herr Klubobmann Dr. Koren, zu dem Sie uns als Finanzminister im Finanz- und Budgetausschuß eine Budgetvorschau auf die kommenden Jahre verweigert haben und auch nicht bereit waren, die Orientierungsgrößen, die Ihnen zur Verfügung gestanden haben,

Bundesminister Dr. Androsch

mitzuteilen. Im ÖVP-Pressedienst vom 2. Jänner 1970 haben Sie dann erklärt, Wegfall der Sondersteuern, zusätzliche Steuersenkungen und Verwendung der Überschüsse des Familienlastenausgleiches, wie sie vorher nicht, aber jetzt schon erfolgt, nämlich für familienpolitische Zwecke. Mit diesen Maßnahmen wäre ganz genau das eingetreten, was der Beirat dann wenige Wochen später in seiner Vorschau ausgedrückt hat, daß nämlich in den Jahren 1971 und 1972 die Defizite auf 17 bis 20 Milliarden ansteigen. Wir haben, wie ich feststellen möchte, vor den Wahlen 1970 den Mut gehabt, und ich hatte selbst die Ehre, dieses Finanzierungskonzept in meinem Parteigremium zu vertreten. Wir haben dieselbe Situation im Herbst vergangenen Jahres gehabt, wo Sie ebenfalls Steuersenkung und Wegfall der Sondersteuern angeboten oder in Aussicht gestellt oder versprochen haben, was größtenteils nahezu eine Verdoppelung des Defizits bedeutet hätte.

Ich darf jetzt erwähnen, wie es vor den letzten Wahlen am 10. Oktober war: Die Regierungspartei hat ebenso verantwortlich wie als Oppositionspartei gehandelt und gesagt, angesichts der staatsfinanziellen Situation ist ein Wegfall dieser Steuern nicht möglich.

Sie haben gesagt, Sie können das vertreten, und haben gleichzeitig mit Ihren 107 Vorschlägen beträchtliche Mehrausgaben in Aussicht gestellt. Es ist doch ganz klar, daß hier Defizite entstehen müssen, die überhaupt nicht finanzierbar sind, und das wäre geradezu Öl auf das Feuer der inflationären Entwicklung.

Ich möchte daher sagen: Man kann nicht erklären, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben droht auseinanderzugehen, man kann nicht sagen, die Budgetvorschauen seien düsteren Inhalts, und gleichzeitig Vorschläge machen, wie diese Schere noch vergrößert und der Preisauftrieb angeheizt wird. Wir haben den Mut, zu sagen, daß das nicht möglich ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Sandmeier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Sandmeier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers wird der Klubobmann unserer Partei selbst antworten.

Jedes Bundesfinanzgesetz hat in seinen Zielsetzungen, seinem Inhalt und seinen Auswirkungen für die Bevölkerung eines Landes größte Bedeutung. Das gilt natürlich auch für das vorliegende Bundesfinanzgesetz.

Sie, Herr Finanzminister, begannen Ihre Budgetrede mit dem Satz: „Die Budgetpolitik wurde einmal als die Kunst bezeichnet, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.“

In Ihren weiteren Ausführungen waren Sie zwar der Meinung, daß dies für Ihren Bundesvoranschlag 1972 nicht zutreffen werde. Ich möchte aber feststellen: Für den Arbeitnehmer, der Lohnsteuer bezahlen muß, ist dieses Budget eine einzige Enttäuschung.

Dies geht auch aus vielen Pressemeldungen hervor und aus vielen Gesprächen, die wir Gelegenheit hatten, mit Arbeitnehmerfunktionären und mit Arbeitnehmern zu führen.

Es steht außer Streit, daß kein Budget alle Wünsche erfüllen kann. Das wird niemandem und keinem Finanzminister gelingen. Aus dem vorliegenden Budgetentwurf ist aber nunmehr ersichtlich, daß im Jahre 1972 mit Lohnsteuereingängen von 15 Milliarden Schilling gerechnet wird, das sind um 2,9 Milliarden Schilling mehr als im Budget 1971. Das bedeutet, daß die sozialistische Alleinregierung von den Arbeitnehmern dieses Landes 1972 um rund 25 Prozent mehr Lohnsteuer kassieren will als 1971. Für jeden einzelnen Arbeitnehmer bedeutet das im kommenden Jahr eine durchschnittliche Mehrbelastung von 1300 S. Damit soll allein an zusätzlicher Lohnsteuer ein Betrag aufgebracht werden, der höher liegt als die gesamte für das Jahr 1971 veranschlagte Körperschaftsteuer.

Es ist nicht uninteressant, die Entwicklungen der Steuereingänge seit dem Jahre 1965 zu verfolgen. Wir machen dabei die Feststellung, daß es seit dem Jahre 1965 mehr Steuereingänge bei der Körperschaftsteuer um 34 Prozent gegeben hat, die Gewerbesteuereingänge sind um 55 Prozent gestiegen, die Einkommensteuer um 63 Prozent, die Umsatzsteuer um 98 Prozent und die Lohnsteuer um 160 Prozent.

Natürlich gibt es dafür verschiedene Gründe. Natürlich wissen wir, daß dabei auch die Vollbeschäftigung eine gewisse Rolle spielt. Aber auf jeden Fall ist der Hauptgrund für die so enormen Eingänge an Lohnsteuer, daß auch die Lohnerhöhungen, die die Teuerung abgelten sollen, der vollen Progression unterworfen werden.

Dies zeigt aber mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die Absicht des Finanzministers, die nominell gestiegenen Arbeitnehmereinkommen voll den alten Einkommensteuersätzen mit ihrem schon fast unerträglichen Progressionssystem zu unterwerfen.

Es wird also keine Rücksicht darauf genommen, daß durch die Geldentwertung, die sich gerade in den letzten Monaten weiter beschleunigt hat, die realen Einkommen der

Sandmeier

österreichischen Bevölkerung und insbesondere die der österreichischen Arbeitnehmer weit schwächer gestiegen sind als die nominelle, aber für die Besteuerung maßgebliche Einkommensbasis.

Die österreichische Bevölkerung und hier insbesondere wieder die Arbeitnehmer wird die Geldentwertung doppelt treffen, nämlich nicht nur direkt über die Preissteigerungen, sondern auch indirekt über die damit verbundene Verschärfung der Steuerbelastung.

Durch eine Progressionsmilderung könnte zumindest ein Teil der mit der Geldentwertung verbundenen Belastung aufgefangen werden. Die Zahlen des Budgetentwurfes 1972 unterstreichen ganz eindringlich die Notwendigkeit und die Dringlichkeit einer Steuerreform. Dies umso mehr, da die Preisswelle, die vor den Wahlen künstlich zurückgestaut wurde, nunmehr die Dämme einzubrechen droht.

Der Finanzminister hat angekündigt, daß er die Zigarettenpreise erhöhen wird.

Die Tarife der Österreichischen Bundesbahnen werden erhöht. Es steht nur noch nicht fest, ob Familiengelder für eine Teilsanierung der ÖBB herangezogen werden sollen oder nicht. Der Streit zwischen Finanzminister und Verkehrsminister scheint noch nicht zu Ende zu sein.

Benzin wird ebenfalls ab 1. Jänner 1972 teurer werden. Damit tritt für alle Österreicher, die ein Kraftfahrzeug haben, neuerlich eine nicht zu übersehende Belastung ein. Hunderttausende Arbeitnehmer verwenden ihr Auto, ihr Motorrad oder ihr Moped für ihre Fahrten von und zur Arbeitsstätte oder direkt in ihrem Beruf. Sie werden die Preiserhöhungen für Benzin ganz besonders stark zu spüren bekommen.

Die Straßenbahnfahrten in Wien werden in Kürze teurer werden.

Das sind also, meine Damen und Herren, die Einstandsgeschenke der sozialistischen Alleinregierung für die Österreicher. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Teuerungswelle kommt in einer Zeit, in der die Verbraucherpreise das Vorjahresniveau bereits um etwa 5,3 Prozent übertreffen.

Das Argument, daß der Herr Bundeskanzler so gern vorbringt und das wir eben gerade vom Herrn Bundesminister gehört haben, daß auch im Ausland Preise steigen — wir müssen das nochmals betonen —, interessiert hier in Österreich niemanden. Der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister vergessen dabei hinzuzufügen, daß man im Ausland,

beispielsweise in der Schweiz oder in Frankreich, auch wesentlich mehr verdient und weniger Steuern zahlt. Der Österreicher muß mit seinem Lohn oder Gehalt hier in Österreich leben und muß mit seinem Österreichlohn die Preise bezahlen, die er hier vorfindet. Den österreichischen Konsumenten interessiert allein, was ihm von seinem Lohn oder Gehalt übrigbleibt und ob ihm in absehbarer Zeit überhaupt noch etwas übrigbleiben kann.

Eine angesehene ausländische Zeitung aus Zürich hat kürzlich wörtlich geschrieben, daß das, was Bundeskanzler Kreisky in seiner Regierungserklärung vor dem neugewählten Parlament bekanntgab und versprach, den Durchschnittsösterreicher weit weniger interessiere als die scheinbar überraschend angebrochene Teuerungswelle.

Es heißt weiter, es handle sich zum größten Teil um bereits längere Zeit anhängige, aber in der Vorwahlzeit sorgfältig verschobene oder totgeschwiegene Begehren.

Angesichts dieser inflationistischen Preisentwicklung, für die die Regierung einen Großteil der Verantwortung trägt, hätte man erwartet müssen, daß diese Regierung rechtzeitig Maßnahmen für eine Minderung des schon unerträglichen Steuerdruckes einleitet. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist aber bisher leider nichts konkretes geschehen.

Es bleibt also, meine Damen und Herren, bei der Ankündigung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers, daß sich für eine Steuerermäßigung der 1. Jänner 1973 anbiete.

Herr Bundesminister! Es kommt nicht darauf an, welcher Termin sich nach Ihrer Meinung und der Meinung des Kanzlers später einmal anbietet, sondern es kommt einzig und allein darauf an, daß zu dem Zeitpunkt gehandelt wird, wo es notwendig ist, weil die Belastungen unerträglich geworden sind. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und dieser Zeitpunkt, Herr Bundeskanzler, Herr Bundesminister, ist jetzt gegeben.

Wir haben daher am vorigen Mittwoch einen Entschließungsantrag eingebracht und die Regierung aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen für eine Progressionsmilderung per 1. 1. 1972 einzuleiten, wofür sich verschiedene Möglichkeiten anbieten, die technisch bis zum 1. 1. 1972 durchaus zu bewältigen sind.

Auch die 39 sozialistischen Spitzengewerkschafter mit Präsident Benya an der Spitze haben gegen die Progressionsmilderung namentlich gestimmt. Durch die Abstimmung im Parlament ist offenkundig geworden, daß die sozialistischen Gewerkschafter bereit sind,

Sandmeier

die Interessen der österreichischen Arbeitnehmer hintanzustellen, nur um den Standpunkt der Regierung zu unterstützen. (Abg. Wille: *Weil es um den Staat geht!*)

Und hier sind wir bereits bei einer grundätzlichen Frage, die Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, in diesen Tagen den Österreichern erklären werden müssen. Vor allem Sie, die Spitzenfunktionäre des Gewerkschaftsbundes, Sie alle, meine Damen und Herren, haben doch die Anträge der Gewerkschaften an den 7. Bundeskongreß des ÖGB im September 1971 unterstützt. Dabei waren auch die Anträge Nr. 30, 35 und 36, in denen eine Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression, die sie selber als „ungerechtfertigte Belastung der Arbeitnehmer“ bezeichnet haben, verlangt wird.

Im Antrag Nr. 35 haben Sie selber festgestellt, daß die von Ihrem Finanzminister für den 1. 1. 1971 ausgearbeitete Novelle zum Einkommensteuergesetz keine volle Erfüllung der Forderung des ÖGB gebracht habe. Diese Novelle, führen Sie darin aus, könne nur „als erster Schritt auf dem Wege zur Milderung der Progression und zur gerechten Verteilung der Steuerlasten betrachtet werden“. Rückblickend muß man feststellen, daß die mit 1. Jänner 1971 in Kraft getretene Progressionsmilderung tatsächlich, wie die Gewerkschafter hier ausführen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein war. Die Auswirkungen waren minimal.

Im Antrag Nr. 36 stellen Sie fest, daß eine Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression zur „Nachfragesteigerung in den unteren und mittleren Einkommensschichten und damit zur Erhaltung der Konjunktur“ beitragen würde.

Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten den Antrag 36 wörtlich vorlesen, insbesondere deshalb, weil der Herr Bundesminister gerade in seiner Wortmeldung vorher auf die konjektuelle Lage unseres Landes im Zusammenhang mit der Einkommensteuersenkung Bezug genommen hat. Der Antrag 36 lautet:

„Die weiterhin bestehende steil ansteigende Progression der Lohnsteuer führt dazu, daß bei Erhöhungen des Lohn- beziehungsweise Gehaltsbezuges auch schon im Falle der Durchschnittseinkommen empfindliche und leistungsfeindliche Marginalbelastungen auftreten. Der Bundeskongreß der Gewerkschaft fordert deshalb den Bundesvorstand auf, für eine neuerliche Lohnsteuerreform, die eine Milderung der Progression beinhaltet, einzutreten. Einer derartigen Progressionsmilderung käme im Hinblick auf die anhaltende Geldwertver-

dünning“ — ein Wunder, daß man zugibt, daß es eine solche gibt — „und deren Auswirkungen auf das Realeinkommen der Arbeitnehmer besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus würde eine solche Maßnahme“, — und das ist jetzt sehr interessant — „zur Nachfragesteigerung in den unteren und mittleren Einkommensschichten und damit zur Erhaltung der Konjunktur beitragen.“

Nun frage ich mich: Wer hat jetzt recht? Die Gewerkschafter, die hier sitzen als Abgeordnete, oder die Gewerkschafter, die damals beim Bundeskongreß waren und dort als Gewerkschafter gehandelt haben? Dort sagen sie offen, daß dadurch die Erhaltung der Konjunktur gesichert wird ... (Abg. Libal: *Wie ist das beim ÖAAB?*) Herr Abgeordneter Libal! Wenn Sie mich fragen, wie das beim ÖAAB ist, muß ich annehmen, daß Sie im Augenblick ein schlechtes Gewissen haben, weil Sie dort so gestimmt haben. Jetzt wollen Sie auf andere ablenken. Die Frage der Konjunktur wurde von Ihren Leuten im Gewerkschaftsbund so behandelt, wie der Herr Klubobmann Koren es hier vorgebracht hat.

Meine Damen und Herren! Was Sie damals gesagt haben, haben Sie anscheinend seither vergessen und tanzen nunmehr sehr schön nach der Regierungspfeife. Nun muß man sich allen Ernstes fragen, wenn Sie, meine Kollegen von der Gewerkschaft, bei der Ablehnung unseres Entschließungsantrages bleiben und sich weiterhin gegen eine Progressionsmilderung stellen, welche Bevölkerungsgruppen Sie in Zukunft in Wirklichkeit vertreten wollen.

An den Herrn Bundeskanzler — er ist leider nicht im Saale — möchte ich die Frage richten, ob die Bekämpfung der Armut in Österreich, von der er in der Regierungserklärung gesprochen hat, nur eine rhetorische Floskel sein sollte, wie so vieles in dieser Regierungserklärung. Wie könnte es sonst der Kanzler vor diesen 450.000 Armen — er nannte diese Zahl — verantworten, daß er selbst namentlich dagegen stimmte, daß diese Menschen auch nur 20 oder 30 S im Monat mehr bekommen? (Abg. Libal: *Die zahlen ohnehin keine Steuer! Das ist eine Demagogie!* — Abg. Skrilek: *Das ist ein alter Hut, was Sie da reden!*) Herr Abgeordneter Libal! Es gibt eine große Anzahl kleiner Einkommensträger, die sehr wohl Einkommensteuer zahlen. Die Argumentation, die Sie hier bringen, ist zu billig.

Und wie können Sie, meine Kollegen von der Gewerkschaft — Herr Libal, Sie sind ja auch dabei —, Ihren Mitgliedern erklären, daß Sie trotz der Anträge der zuständigen Fachgewerkschaften eine Milderung der enormen Progression verhindert haben? Ich

Sandmeier

möchte Ihnen an Hand von ein paar Beispielen aufzeigen, welch enorme Lohnsteuersteigerung im gegenwärtigen Progressionssystem enthalten ist.

Wenn ein Arbeitnehmer der Steuergruppe A beispielsweise ein Bruttomonatsgehalt von 3500 S bezieht und eine zehnprozentige Lohnsteigerung hat, dann steigert sich die Lohnsteuer um 35,4 Prozent. Das bei einer zehnprozentigen Lohnerhöhung!

Oder: Ein Arbeitnehmer in der Steuergruppe B mit einem Alleinverdienerfreibetrag. Wenn jemand 3500 S brutto Gehalt hat und eine zehnprozentige Lohnerhöhung, steigert sich die Lohnsteuer um 123,9 Prozent.

Wenn jemand ein Bruttomonatsgehalt von 5000 S hat und eine zehnprozentige Lohnerhöhung bekommt, dann steigert sich in der Lohnsteuergruppe B 2 — Alleinverdienerfreibetrag — die Lohnsteuer um 63,9 Prozent.

Ich könnte Ihnen an Hand einer Reihe weiterer Beispiele diese Dinge nachweisen. (Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte keine Zwischenrufsteigerung, wenn wir schon bei der Preissteigerung sind!

Abgeordneter Sandmeier (fortsetzend): Weil wir nicht wollen, daß bei einer zehnprozentigen Lohnerhöhung Lohnsteuersteigerungen von 20, 40, 60 und 80 Prozent vorkommen, haben wir auch den Entschließungsantrag eingebracht, und weil wir glauben, daß es höchste Zeit ist, hier Abhilfe zu schaffen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die inflationäre Entwicklung, die wir besonders stark seit Übernahme der Regierung durch Sozialisten feststellen müssen — wir können dies auch in den Ländern, wo Sozialisten regieren, feststellen —, bewirkt eine laufende Benachteiligung des Staatsbürgers zugunsten des Staates. Durch die Progression der Einkommensteuer werden auch diejenigen Einkommensteigerungen höher besteuert, die den laufenden Geldwertschwund kompensieren sollen. Nur an Hand eines einzigen Beispiels möchte ich Ihnen die verheerenden Auswirkungen der gegenwärtigen Preissteigerung in Kombination mit der Progression aufzeigen. Ich möchte Ihnen sagen, was jemandem, der im Monat 3000 S brutto verdient, nach fünf Jahren real verbleibt, wenn er jährlich eine zehnprozentige Lohnerhöhung erhält und die Teuerungsrate im Durchschnitt fünf Prozent beträgt. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Ich gehe ohnedies sehr kulant mit dieser Regierung um, wenn ich eine nur fünfprozentige Preissteigerung annehme, denn wenn Sie

so weiterregieren, müssen wir mit noch höheren Teuerungsraten rechnen.

Aber nehmen wir nur eine Preissteigerung von fünf Prozent pro Jahr an und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Der reine Bruttobezug — Alleinverdienerfreibetrag — würde bei 3000 S brutto nach fünf Jahren 4831 S betragen, das nominelle Nettoeinkommen 4481 S. Eine angenommene fünfprozentige Preissteigerung reduziert diesen Bezug jedoch — gemessen an der Kaufkraft des Basisjahres — real auf bescheidene 3243 S.

In den höheren Gehaltskategorien bewirkt das Zusammentreffen von Progression und Inflation sogar, daß ab einem bestimmten Betrag, einer bestimmten Bezugshöhe, die reale Kaufkraft des um die Inflation bereinigten Nettogehaltes geringer ist als vor der Erhöhung. Ich könnte Ihnen diese Beispiele nach der Reihe bringen.

Ich wollte mit diesen Beispielen nur zum Ausdruck bringen, wie berechtigt die Einbringung unseres Entschließungsantrages auf Milderung der Steuerprogression ist und wie unverständlich für uns alle die Weigerung der Regierungspartei ist, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Wenn Sie nun tatsächlich bei dieser Ablehnung verbleiben, bin ich zwar überzeugt, daß Sie schon wieder einen Gag finden werden, um Ihre Hände in Unschuld waschen zu können. Sie haben es ja bereits versucht, als der Herr Abgeordnete Hofstetter unseren Antrag als Lizitation bezeichnet hat.

Herr Kollege Hofstetter! Wir nehmen diesen Vorwurf gerne auf uns, vorausgesetzt, Sie erklären hier öffentlich, daß auch Sie lizitiert haben, als Sie am 20. September laut „Presse“ vom 21. September vor dem Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Forderung nach einer Milderung der Steuerprogression erhoben haben. Ich fordere Sie auf, den Vorwurf der Lizitation auch auf Ihren OGB-Chef Präsident Benya auszudehnen, der laut „Kleine Zeitung“ vom 16. September „eine Milderung der Lohnsteuerprogression im kommenden Jahr forderte“ und der androhte, falls keine Progressionsmilderung käme, würde die im ersten Halbjahr anfallende Lohnwelle für rund 800.000 Arbeitnehmer besonders hart ausfallen, was selbstverständlich seinen Niederschlag auf die Preisgestaltung finden müßte. Ich fordere Sie aber auch letztlich auf, den Vorwurf der Lizitation auf Ihren Parteivorsitzenden, auf den jetzigen Bundeskanzler Dr. Kreisky auszudehnen, der es laut „Kurier“ vom 20. September — allerdings war das vor der Wahl — als „denkbar bezeichnete, daß eine Steuermilderung noch im Verlauf des

Sandmeier

nächsten Jahres in Kraft treten könnte", ja sie sogar als „keinesfalls auszuschließen“ bezeichnete und sehr weise hinzufügte, das Budget sei zwar fertig, aber jedes Budget könne ja abgeändert werden. Das war fast einen Monat vor der Wahl.

Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß Sie Ihren Anhängern möglicherweise erklären werden, daß Sie — wie es Präsident Benya ja bereits in der Pressekonferenz nach dem Bundeskongreß des ÖGB ähnlich ausgedrückt hat — unseren Antrag vielleicht sogar unterstützen hätten, wenn wir uns nicht auf den Termin 1. 1. 1972 versteift hätten. Aber, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, Sie haben ja gar nicht die Absicht gehabt, über den Termin mit uns zu sprechen. Sie hatten nicht im geringsten die Absicht, mit uns in Verhandlungen einzutreten. Sie haben uns nur niedergestimmt. Aber Sie haben nicht nur uns niedergestimmt. Sie haben auch den Gewerkschaftsbund und seine Anliegen niedergestimmt! (*Beifall bei der ÖVP.*) Und Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Gewerkschaftsfaktion, haben sich mit dieser Ablehnung gegen Ihre eigenen Anträge, gegen Ihre eigenen Wünsche gestellt.

Aber auch die Abgeordneten der Sozialistischen Partei, die nicht Gewerkschaftsvertreter sind, auch Sie werden in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken können, als hätten sie nur die Lizitation der großen Oppositionspartei hintanhalten wollen. Ich habe schon gesagt, daß Ihren sozialistischen Gewerkschaftern dann ebenfalls nicht der Vorwurf der Lizitation erspart bleiben wird. Die gesamte SPÖ-Fraktion hat am 1. Juli 1967 ihren jetzigen Vizekanzler, Sozialminister Häuser, der ja auch gleichzeitig Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes ist, mit sehr viel Beifall bedacht, als er hier von diesem Pult aus folgenden Satz sagte:

„Ich habe ausdrücklich gesagt, daß wir Sozialisten uns voll und ganz — so wie in der Vergangenheit auch in der Gegenwart und in der Zukunft — hinter die Forderungen des Gewerkschaftsbundes, der Arbeiter und Angestellten stellen.“

Ich frage Sie nun: Hat die Zukunft bei Ihnen bereits aufgehört? Oder stellen Sie sich nicht mehr voll und ganz hinter die Forderungen des Gewerkschaftsbundes? Oder sind Ihnen die Anliegen der Arbeiter und Angestellten egal, seit Sie die Regierungsfraktion sind? Oder aber — und das ist eine Frage, die ich dem Herrn Präsidenten des Gewerkschaftsbundes nicht ersparen kann — warten Sie darauf, daß man Ihnen von seiten desjenigen, der über die Gelder der Allgemeinheit verfügt, ein Angebot macht? Herr Präsident

Benya hat am 1. Juli 1967 wörtlich folgendes erklärt:

„Sie wissen sehr wohl: Es wäre für eine gewerkschaftliche Organisation auch ein Zeichen der Schwäche, wenn wir warten würden, bis uns der, der über die Gelder der Allgemeinheit zu verfügen hat, ein Angebot macht.“

Wo bleibt nun Ihre Handlung? Wie sich die Zeiten doch ändern!

Natürlich wird der Finanzminister alle möglichen Gründe anführen, warum eine Progressionsmilderung nicht möglich ist. Er hat es ja heute schon versucht zu tun. Was immer Sie, Herr Bundesminister, auch anführen mögen, eines steht fest: Sie haben bereits bei der Erstellung des Budgets den konfiskatorischen Charakter der gegenwärtigen Progression erkannt! Aber Sie wollten auch den Teil der Lohnerhöhungen der unerträglich hohen Progression unterwerfen, der sich lediglich auf die Abgeltung der Teuerungen bezieht, und haben als Lohnsteuereinnahmen eben 15 Milliarden Schilling eingesetzt.

Richtig und sozial gehandelt hätten Sie, wenn Sie auf einen Teil dieser Einnahmen verzichtet hätten. Es ist kein Ruhm, Herr Bundesminister, in der Budgetrede etwa zu sagen: Da und dort haben wir bei verschiedenen Posten ein paar Millionen mehr als im Vorjahr eingesetzt, wenn Sie das Geld hiefür buchstäblich dem kleinen Mann aus der Tasche ziehen. Die Pensionisten werden das ganz besonders spüren.

Eine solche Fiskalpolitik kann für niemanden ein Leistungsanreiz sein. Mehr Leistungen und daher mehr Einnahmen für den Staat können nur erwartet werden, wenn man den Leistungswillen nicht durch eine übermäßige Besteuerung erstickt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede gesagt, daß das Budget das in Zahlen ausgedrückte Regierungsprogramm sei. Es bleibt die Frage offen, wo in diesem Budget, das die Bevölkerung steuerlich übermäßig belastet, die sozialdemokratischen Zielsetzungen sind, von denen sich der Herr Bundeskanzler so gerne leiten läßt.

Zum Schluß möchte ich nur noch sagen, daß wir bei den Budgetberatungen sehr konstruktiv und sehr ernsthaft mitarbeiten werden. Aber Sie werden sicherlich nicht annehmen, daß wir einem unsozialen Budget unsere Zustimmung geben könnten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Tull (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Reden der beiden ÖVP-Abgeordneten sehr aufmerksam verfolgt. Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß es sich dabei um Reden mit vielen Widersprüchen, aber darüber hinaus auch mit versuchten Irreführungen und Täuschungen gehandelt hat. (Abg. Glasser: Er redet vom Androsch!)

Herr Professor Dr. Koren hat einleitend in bewegten Worten darüber Klage geführt, daß das Parlament maßlos überlastet sei, daß in den letzten Tagen viele Vorlagen nunmehr dem Haus zur Behandlung vorgelegt wurden. (Abg. Dr. Koren: Daß sie nicht da sind, Herr Kollege Tull, daß wir sie noch nicht haben!) Gleichzeitig hat man aber auch die Absicht, eine Materie zu behandeln, und zwar bis Ende dieses Jahres, die einer sehr gründlichen Erörterung und Behandlung bedurfte, nämlich die Milderung der Steuerprogression.

Gerade eine solch entscheidende, die ganze Bevölkerung betreffende Frage, die aber auch fiskalisch und wirtschaftlich weitreichende Auswirkungen haben muß (Abg. Kern: Keine Zeit zur Steuerermäßigung, ist der neueste Schlager!), soll man — und wir sind von soviel Verantwortungsbewußtsein, Herr Abgeordneter Kern, erfüllt (Abg. Dr. Kohlmaier: Gegenüber wem?) — wirklich gründlich, gut überlegt, vorbereitet dem Haus zur Behandlung vorlegen. (Abg. Staudinger: Die bestvorbereitete Regierung!)

Sie haben heute darüber Klage geführt, Herr Abgeordneter Staudinger ... (Abg. Staudinger: Werden Sie im Jänner mit uns darüber verhandeln?) O nein, wir werden über diese Frage im gegebenen Zeitpunkt reden, darauf können Sie sich verlassen, denn wir haben bisher immer das, was wir in Aussicht gestellt haben, auch gehalten; wir sind immer zu unserem Wort gestanden. (Zustimmung bei der SPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Bezüglich der Einbringung der Marktordnungsgesetze sei doch auch Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, mit aller Bescheidenheit in Erinnerung gebracht, daß im Jahre 1966 die Regierungsvorlage, die diese Materien betraf, am 16. Juni, also einige Wochen vor Ablauf der diesbezüglichen Gesetze, ohne dem Begutachtungsverfahren unterzogen worden zu sein, hier eingebracht worden ist und daß im Jahre 1968 die gleichen Materien sage und schreibe am 28. November als Initiativantrag im Nationalrat vorgelegt worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber doch noch zu einer anderen Frage Stellung nehmen, weil es mir wichtig erscheint, auch

diesbezüglich Klarheit zu schaffen. Eines wird Ihnen — mögen Sie noch so versucht sein, heute mit klingenden Worten auf uns einzureden — nicht gelingen: uns zu einer Politik der Täuschung den Frauen und Männern dieses Staates gegenüber verleiten, eine Politik zu machen, die nicht seriös ist. (Abg. Ing. Häuser: 10. Oktober! — Abg. Steinert: Dazu brauchen wir Sie nicht mehr zu verleiten!)

Erinnern Sie sich doch, meine Damen und Herren, wie es im Jahre 1967 war. (Zwischenruf des Abg. Staudinger.) Am 1. Oktober 1967 haben Sie eine Ermäßigung der Lohn- und Einkommensteuer als große Tat Ihrer damaligen Regierung durchgebracht. Und siehe da, kurze Zeit später kam der berühmte Paukenschlag Ihres heutigen Klubobmannes und damaligen Finanzministers Dr. Koren, und Sie sind in die Knie gegangen und haben, nachdem Sie am 1. Oktober 1967 die Lohnsteuer ermäßigt haben, am 1. Februar 1968 die Umsatzsteuer erhöht. Sie haben darüber hinaus verschiedene andere Steuern um ein ganz Beachtliches angehoben und darüber hinaus noch neue Steuern eingeführt. (Abg. Dr. Zittmayr: Die der Herr Finanzminister verlängert!) Dazu werden Sie uns nicht verleiten. (Abg. Kern: Da müssen Sie die Konjunkturlage von damals auch mit berücksichtigen!)

Damals begann das Verhängnis auf dem finanziellen Sektor. Damals begann eigentlich das Debakel, in das wir alle durch Ihre verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik hineingeraten sind.

Der Herr Abgeordnete Dr. Koren hat sich heute sehr eingehend mit der Rede des Herrn Bundesministers für Finanzen beschäftigt und gesagt, in dieser Rede, die zwar 60 Seiten umfasst, gäbe es sehr wenige Details, andererseits gäbe es nach seinen Darstellungen wiederum zu viele Details. Er hat im konkreten zum Beispiel hier bemängelt, daß auf Seite 27 folgende kurze Feststellung enthalten sei — ich zitiere —:

„Insgesamt stehen dem Kapitel Soziale Verwaltung 1972 rund 19,9 Milliarden Schilling zur Verfügung: Um nahezu 2 Milliarden Schilling oder 10,7 Prozent mehr als 1971.“

Er sagte: Na was ist denn das schon für eine Leistung, warum muß das besonders hervorgehoben werden, das ist doch nichts anderes als die Folge bestehender Gesetze, das gehört zur Vollziehung bereits beschlossener Gesetze.

Ich zitiere aus einer anderen Budgetrede, aus der Budgetrede des Jahres 1969. Diese Budgetrede hat damals meines Wissens Herr Professor Dr. Koren gehalten, der gleiche

Dr. Tull

Koren, der das heute hier kritisiert. Er hat damals folgendes gesagt:

„Das Budget der sozialen Verwaltung für das Jahr 1969 sichert nicht nur die beachtlichen sozialen Leistungen in Österreich, sondern hat auch Raum für Verbesserungen.“

Ist das wesentlich mehr? Warum wird das bei Androsch angekreidet, was Koren seinerzeit selbst hier dem Hohen Hause vorgelegt hat?

Koren hat heute darüber Klage geführt, daß bezüglich der veranschlagten Investitionsausgaben keine näheren Anhaltspunkte gegeben seien, sodaß es keine Dispositionsmöglichkeiten für die Wirtschaft gäbe. Auch diese Passage sei seiner Meinung nach zu kurz, zu allgemein, ein Gemeinplatz. Ja wie war es denn damals im Jahre 1969 in der Budgetrede des Herrn Finanzministers Dr. Koren? Auch damals eine ähnlich kurze, mit einem Hinweis abgeschlossene Feststellung über das beabsichtigte Investitionsprogramm.

Oder: Der ehemalige Finanzminister Doktor Koren hat heute darüber Klage geführt, daß beispielsweise bezüglich des Finanzausgleichs in der Rede des Finanzministers so gut wie nichts aufschien. Ich weiß nicht, ob er die Seiten 13 und 14 überblättert hat, denn hier sind sehr genaue Hinweise enthalten: die Notwendigkeit, mit den Gebietskörperschaften angesichts der Gesamtsituation und der Unsicherheiten, die sich derzeit für uns ergeben, zu verhandeln, um einen neuen Finanzausgleich abzuschließen; der zeitgerechte Beginn mit den Gesprächen, um möglichst ein entsprechendes Einvernehmen zu erzielen, das allen Gebietskörperschaften das bietet, was sie brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte schon etwas vorsichtig mit verschiedenen Behauptungen sein, besonders wenn man Finanzbeamter ist. Der Herr Abgeordnete Sandmeier hat zum Beispiel hier jetzt festgestellt — zumindest habe ich ihn so verstanden —, daß die 400.000 Ausgleichszulagenbezieher — er hat hier den Herrn Bundeskanzler apostrophiert, der zum Kampf gegen die Armut geblasen hätte —, keine Steuerermäßigungen bekommen können. Natürlich können diese nicht in den Genuss der Steuerermäßigung kommen, weil sie gar keine Steuern zahlen. So kann man es natürlich nicht machen.

Und der Herr Abgeordnete Sandmeier hat sich veranlaßt gesehen, hier sehr selbstbewußt zu erklären: Wenn die Regierung bezüglich der Preisentwicklung auf das Ausland hinweist, dann müßten wir feststellen, das inter-

essiert uns nicht, ob wir im oberen Drittel, in der Mitte oder im unteren Drittel der europäischen Staaten liegen. Das haben Sie gesagt, Herr Kollege Sandmeier! (Zwischenruf des Abg. Sandmeier. — Abg. Oenbök: Sie haben damals gesagt, uns interessiert nicht das Ausland!)

Aber, Herr Kollege Sandmeier, Ihr Kollege Machunze hat am 26. Juni 1968 hier in diesem Hause wörtlich erklärt:

„Weil nun Österreich nicht auf einer Insel im Weltall dahinschwebt, sondern mitten in Europa liegt, beeinflussen die Geschehnisse im europäischen Raum und in der Welt den Wirtschaftsablauf auch in der Republik Österreich. Daher sind Vergleiche mit anderen Ländern immer interessant.“

Damals hat das Ihre Anerkennung und Ihre Zustimmung gefunden. Da kann man also wirklich nur eines sagen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Vor Tisch hat man es wirklich anders gelesen. (Abg. Dr. Gruber: Auch von Ihrer Seite!)

Und nun, meine Damen und Herren, doch noch auch grundsätzliche Erklärungen zu dem vorliegenden Budgetentwurf.

Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage — es ist darüber ja heute hier bereits sehr ausführlich gesprochen worden, daß sich auch bei uns in Österreich die Anzeichen einer Abschwächung beziehungsweise einer Entspannung bemerkbar machen — war es die primäre Aufgabe des Finanzministers, ein konjunkturgerechtes Budget unter Einbeziehung aller finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die rasch und zielführend für den Fall verstärkter Konjunkturabschwächungen eingesetzt werden können, zu erstellen.

Ich glaube, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Wirtschaftspartner gleichermaßen daran interessiert sind, einen möglichst hohen Wirtschafts- und Beschäftigungsstand bei einer möglichst hohen Wachstumsrate und einer möglichst hohen Währungsstabilität aufrechtzuerhalten. Ich möchte aber — ohne in den Verdacht zu geraten, ein Wachstumsfetischist zu sein — feststellen, daß wir den Standpunkt vertreten, daß der Wachstums- und der Strukturpolitik eine unbedingte Priorität einzuräumen ist und daß wir uns lieber mit den Problemen, die als Folge einer Vollbeschäftigung entstehen, auseinandersetzen als mit Problemen einer Wirtschaftsdepression oder gar einer Krise. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Namhafte Nationalökonomen und Soziologen, meine Damen und Herren, haben in der letzten Zeit wiederholt das Mißverhältnis

Nationalrat XIII. GP — 6. Sitzung — 17. November 1971

269

Dr. Tull

zwischen dem privaten Wohlstand und der öffentlichen Armut in der modernen Konsum- und Industriegesellschaft angeprangert. Ein Rundblick und ein Rundgang wird uns das allenthalben bestätigen. Durch die fast tägliche Vermehrung der Gemeinschaftsaufgaben öffnet sich diese Schere, wird diese Diskrepanz zwischen den Gemeinschaftsaufgaben, die einfach nicht mehr gelöst oder befriedigt werden können, und dem relativen Wohlstand des einzelnen Bürgers, immer größer.

Wir Sozialisten haben uns der Modernisierung Österreichs in allen gesellschaftlichen Bereichen verschrieben. Wir sind daher der Meinung, daß das langfristige Investitionsprogramm, das uns in Kürze, wie der Herr Finanzminister heute erklärte, in revidierter Form beschäftigen wird, dem Ausbau wichtiger gemeinschaftlicher Institutionen in Österreich dient. Dieses Programm ist aber, so glauben wir feststellen zu können, auch der Start zu einer weitreichenden Verbesserung der Infrastruktur in der österreichischen Wirtschaft. Es wird schließlich und endlich auch die Grundlage unserer weiteren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen sein und darüber hinaus als Orientierungsbehelf für entsprechende dispositorische Überlegungen und Maßnahmen im privatwirtschaftlichen Bereich wertvolle Dienste leisten.

Das Budget 1972 trägt der Notwendigkeit, öffentliche Investitionen und Gemeinschaftsaufgaben weitestgehend in Angriff zu nehmen, in einem angemessenen Umfang Rechnung. Die öffentlichen Investitionen werden in der Öffentlichkeit vielfach unterbewertet, ja geradezu diskriminiert. Man verkennt, meine Damen und Herren, daß der Bedarf nach öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen gerade in der Wohlstandsgesellschaft überproportional steigt.

Trotzdem sind die öffentlichen Investitionen für viele Menschen auch bei uns in Österreich geradezu odios. Obzwar wir vor einer Bildungsexplosion stehen, haben wir zuwenig Geld für die Errichtung neuer Bildungseinrichtungen. Ja wir haben heute vernommen — das hat der Herr Finanzminister außer Dienst Dr. Koren bereits vor einigen Tagen in einem Presseinterview ausgesprochen —, daß es seiner Meinung nach zielführender wäre, gerade jetzt in der Bauwirtschaft die Bremse zu betätigen, um auf diese Art und Weise Gelder für andere Zwecke zu bekommen. Obzwar wir Millionen für die Werbung betreffend neue Automobiltypen bereitstellen können, obzwar wir verstopfte Straßen haben, haben wir zuwenig Geld für die Erschließung neuer Verkehrsflächen. Ob-

zwar wir überfüllte Krankenhäuser haben, obzwar wir eine Spitalsmisere haben, obzwar wir ein Spitalsdefizit unvorstellbaren Ausmaßes haben — viele Gebietskörperschaften können einfach fast nicht mehr weiter —, obzwar wir allenthalben schon einen Verschmutzungsgrad der Gewässer haben, der besorgniserregend ist, besteht in Österreich noch immer zuwenig Einsicht, daß der Kampf gegen das vorzeitige Sterben viel Geld kosten muß.

In der Gesellschaft des Überflusses, meine Damen und Herren, sind Werbefachleute für ein neues Waschmittel und Werbefachleute, die neue Bedürfnisse wachrufen und wecken, geachtete Mitglieder der Gesellschaft, Beamte und Politiker, die dafür eintreten, daß man die Gemeinschaftsaufgaben nicht vernachlässigen darf, aber werden vielfach als Verschwender stigmatisiert, und man bezichtet und verdächtigt sie geradezu, verwerfliche Handlungen zu begehen.

Wir Sozialisten begrüßen es daher aufrichtig, meine Damen und Herren, daß in diesem Budget zusätzliche Mittel für Investitionen bereitgestellt werden, und zwar für Investitionen in allen Bereichen, in allen Sektoren. Ich glaube, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie sich doch auch gut überlegen sollten, wie Sie sich nunmehr zu diesem Budget stellen sollen. Nehmen Sie das ernst, was Sie in Ihren 107 Punkten vor dem 10. Oktober 1971 verkündet haben, oder werden Sie nunmehr davon abrücken? Denn hier haben Sie unter diesen 107 Punkten viele, deren Erfüllung beziehungsweise Angriffnahme in diesem Budget ihren Niederschlag finden. Man kann nicht hier auf der einen Seite verlangen: Mehr für Investitionen in Österreich!, auf der anderen Seite aber vielleicht sagen: Nein, wir sind mit diesem Budget einverstanden!

Hier werden mehr Mittel zum Beispiel für den Wasserwirtschaftsfonds bereitgestellt, es sind entsprechende Beträge für eine moderne zielführende Gesundheitspolitik präliminiert worden. Wenn Sie es mit Ihrem Programm — es handelt sich um Punkt I — ernst nehmen: Gesünder leben!, dann müssen Sie diesen Vorraben Ihre Zustimmung geben. Sie werden sich dann davon nicht drücken können. Oder aber, Sie müssen Ihr Programm in aller Öffentlichkeit ablegen, Sie müssen es verraten und müssen sagen, daß es nichts anderes gewesen ist, als das, was wir nämlich immer vermutet haben, eine Täuschung, eine Irreführung und ein Wahlzuckerl, weil Sie einfach davon überzeugt gewesen sind, niemals in die Lage zu kommen, dieses Programm, das in seiner Gesamtheit über 100 Milliarden Schilling

Dr. Tull

kosten würde, verwirklichen zu müssen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir begrüßen es daher, meine Damen und Herren, daß in diesem Budget die Voraussetzungen für eine verstärkte Förderung des Fremdenverkehrs und für verstärkte Investitionen auf dem Fernmeldesektor vorgesehen sind. Gerade im ländlichen Raum ist ja die Fernsprechmisere außerordentlich ausgeprägt. Sie sollten sich daher dessen erinnern, wenn Sie dieses Budget nunmehr in Behandlung ziehen.

Sie haben in Ihrem Programm eine Unterstützung, eine Förderung der Bergbauern verlangt. 25 Jahre hindurch haben Sie das Landwirtschaftsministerium verwaltet und Sie haben sich dessen nicht erinnert. Jetzt, unter der sozialistischen Regierung Kreisky II, ist im Budget zum erstenmal ein Betrag von 300 S für die Förderung der Bergbauern im Rahmen eines großen Bergbauernprogrammes eingesetzt worden. (*Beifall bei der SPÖ. — Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen: (*Abg. Dr. Gruber: 300 S hat er versprochen!*) Sie verkünden, Sie versprechen, Sie predigen — und wir stehen zu dem, was wir sagen, wir erfüllen unser Programm. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steiner:* Voriges Jahr waren es 300 S, heuer sind es auch nicht mehr!) Haben Sie ausgesprochen, Herr Kollege? (*Ruf bei der ÖVP: Ein Almosen von 300 S!*) Nein, das sind keine Almosen, aber besser das, als gar nichts. Unter Ihrer Zeit ist der Milchpreis erhöht worden und die Bauern haben davon nichts bekommen. Bei uns ist der Milchpreis erhöht worden und von den 30 Groschen haben 25 Groschen die Bauern bekommen. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Man sollte im Zusammenhang mit diesem Budget bei der Behandlung doch erkennen, daß das Budget und das Konjunkturausgleichsbudget taugliche Konjunkturinstrumentarien darstellen gegen eine allfällige Konjunkturabschwächung, vor der wir, wie wir ja wissen, aus den außewirtschaftlichen Verflechtungen heraus keinesfalls gefeit sind. Aber es ist für uns eine Genugtuung, daß für konjunkturwirksame Maßnahmen in diesem Budget selbst 7 Milliarden Schilling enthalten und im Konjunkturausgleichsbudget, dem eine große Bedeutung zukommen wird, weil ihm in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen der Nachfrageerhöhung auf dem Privatsektor, also der privaten Nachfrageerhöhung, der unbedingte Vorrang einzuräumen ist, stehen 2,8 Mil-

liarden Schilling zur Verfügung; Reserven werden wir aus dem Jahre 1971 in Höhe von ungefähr 1½ bis 2 Milliarden Schilling haben. Wenn man also noch das inlandswirksame Defizit von 2,5 Milliarden Schilling berücksichtigt, wird man feststellen, daß doch ungefähr insgesamt 13 bis 14 Milliarden Schilling für konjunkturwirksame Maßnahmen in Betracht gezogen werden können.

Wenn in Anbetracht einer eventuellen Konjunkturverflachung, die ja durchaus nunmehr im Bereich der Möglichkeit liegt, der Herr Finanzminister außer Dienst Professor Koren heute den Herrn Finanzminister bezichtigt hat, er sei zu optimistisch und hätte es sich hinsichtlich dieses Budgets etwas zu leicht gemacht, weil er vielleicht doch nicht von entsprechend realistischen Grundlagen und Überlegungen ausgegangen sei, so möchte ich ihm in Erinnerung rufen: Vom österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung liegt die erste Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung vom 27. September für das Jahr 1972 vor, diese Prognose deckt sich im großen und ganzen mit dem vorliegenden Budget und es ist eine Übereinstimmung vorhanden, sodaß man wirklich mit Fug und Recht behaupten kann, daß dieses Budget sachlich, realistisch und konjunkturgerecht erstellt worden ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sollte es aber wirklich zu einer Konjunkturabschwächung kommen, wird man damit rechnen müssen, daß verschiedene Strukturschwächen, die bisher in der Hochkonjunktur verdeckt gewesen sind, bloßgelegt werden, daß sie geradezu wie Geschwüre aufzubrechen beginnen. Daher werden wir alle gemeinsam verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, um sicherzustellen, daß das industrielle Angebotsstruktur entsprechend verbessert wird. Voraussetzung hierfür ist eine reibungslose Zusammenarbeit der Sozialpartner, die Realisierung des in Aussicht genommenen langfristigen Investitionsprogrammes, die Verbesserung betrieblicher Finanzierungsmöglichkeiten — und zwar durch gewisse Neuordnungen bei den öffentlich geförderten Kredit- und Haftungseinrichtungen — und schließlich die Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse.

Eine weitere große Unbekannte im Zusammenhang mit diesem Budget ist die Preisentwicklung. Darüber ist heute schon gesprochen worden, und wir werden in Kürze Gelegenheit haben, uns im Zusammenhang mit der Regierungsvorlage betreffend ein neues Preisregelungsgesetz mit dieser Materie sehr ausführlich zu beschäftigen.

Dr. Tull

Eines steht allerdings fest: Es geht hier nicht — das muß mit allem Nachdruck klar gestellt und ausgesprochen werden — um eine harte Welle gegen die Wirtschaft und um den Versuch, dirigistische Maßnahmen in Österreich einzuführen, sondern es geht lediglich darum, die Preisentwicklung in den Griff zu bekommen und ein eindeutiges Stopp signal den undisziplinierten Außenseitern der Wirtschaft zu setzen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Also nicht Dirigismus, meine Damen und Herren! Uns geht es um eine sachlich notwendige und gerechtfertigte Aufwertung der Paritätischen Kommission, jener Einrichtung, um die uns alle übrigen westlichen Staaten heute beneiden und die bisher so gut funktioniert hat. An deren segensreicher Tätigkeit haben wir Sozialisten auch in Zukunft großes Interesse! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Allerdings darf auch hier, wie überall im Leben, die Liebe nicht einseitig sein. Wir hoffen, daß überall Vernunft, Einsicht und Verantwortungsbewußtsein vorhanden sind. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In den letzten Tagen wurde, wie könnte es denn auch anders sein, oft die Frage vertilbert: Wie sozialistisch ist dieses Budget?

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen: Es ist völlig müßig, über diese akademische Frage zu debattieren. Dieses Budget ist, wie ich schon gesagt habe, ein taugliches Instrument zur Realisierung unserer wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und eignet sich zur Akzentsetzung im Sinne unserer gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen.

Wir werden in den nächsten Tagen in Detailverhandlungen eintreten. Wir erwarten mit großem Interesse allfällige Alternativen und bessere Vorschläge. Die bisherigen Appelle und Erklärungen — etwa, es fehle an Mut, den Riemen enger zu schnallen — sind zu allgemein gehalten. (*Zwischenruf des Abg. Peter.*) Man muß konkreter werden. Ich bin überzeugt, Herr Kollege Peter, daß das lediglich eine freundliche Ankündigung allfälliger konkreter Alternativen Ihrerseits für den Finanz- und Budgetausschuß gewesen ist.

Wir sehen Ihren Vorschlägen mit Interesse entgegen. (*Abg. Peter:* Sie haben schon wieder ein Vorurteil!) Nein, wir haben keine Vorurteile, Herr Kollege Peter. Wir können auch eines sagen: Wir werden gründlich diskutieren, wir werden alle Argumente abwägen und wir werden versuchen, das Beste aus der gegenwärtigen Situation herauszuholen. Eines können Sie gewiß sein: Wir werden unsere Mehrheit niemals dahingehend benützen, wie es einmal ein Abgeordneter der ÖVP getan hat mit „Schluß der Debatte“. Das

werden Sie von uns nicht erleben. Wir werden reden, wir werden verhandeln. Sie sind nun am Zuge. Legen Sie Ihre Vorstellungen, legen Sie Ihre konkreten Anträge vor; wir sind bereit, zu reden. Allerdings darf es nicht so weit gehen, daß dieses Budget ausgehöhlt wird, daß aus diesem Budget ganz etwas anderes herauskommt, als wir zufolge unserer Verantwortung hier im Hause und der Öffentlichkeit gegenüber vertreten könnten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir sind zur Kooperation bereit. Kommen Sie mit Vorschlägen. Wir sind interessiert, zu erfahren, was Sie uns an entsprechenden Alternativen vorzulegen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Als nächster Redner zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Doktor Broesigke. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Formulierung des Herrn Bundesministers für Finanzen zurückkommen, die er an den Eingang seiner Einführungsworte gestellt hat und in der er die gleichmäßige Verteilung von Enttäuschungen als das Ergebnis einer konservativen Philosophie bezeichnete, der er den Haushaltsvoranschlag 1972 als das Ergebnis gesellschaftspolitischer Wertvorstellungen der österreichischen Bundesregierung gegenüberstellte.

Hier beginnt dann eine Lücke, denn nach dieser Feststellung, soll sie nicht eine Leerformel — nämlich mit „ee“ geschrieben — bleiben, wäre es erforderlich gewesen, jene gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen aufzuzählen, auf denen nunmehr das Budget beruht und die im Gegensatz zu dieser gleichmäßigen Verteilung der Enttäuschungen stehen. Das ist nicht geschehen, und es kann daher nicht ausbleiben, wenn im Zuge dieser Debatte notwendigerweise die verschiedensten Meinungen auf diesem Gebiete geäußert werden, weil man ja versuchen muß, aus den einzelnen Teilen des Budgets, wobei die Ziffern zum Teil im Widerspruch mit den Äußerungen des Herrn Finanzministers stehen, die gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen zu erschließen, von denen sich die Bundesregierung leiten ließ.

Zunächst aber eine formale Frage. Bekanntlich wurde dieses Budget schon Anfang Oktober oder Ende September beschlossen und nach dem Wahltag, aber noch innerhalb der Funktionsperiode des alten Nationalrates diesem zugeleitet, womit die verfassungsmäßige Frist 22. Oktober erfüllt scheint. Dasselbe Budget wurde von der neuen Regierung dann noch einmal beschlossen und wieder dem

Dr. Broesigke

Nationalrat, diesmal dem neugewählten, zugeleitet, was ja geschehen mußte, weil die dem alten Nationalrat zugeleiteten Vorlagen gegenstandslos geworden sind.

Ich glaube, daß sich hier eine Lücke in der Bundesverfassung findet, denn im Grunde genommen ist ja das rechtzeitig zugeleitete Budget hinfällig und das neue nicht rechtzeitig vorgelegt worden. Ich sage das nicht, um jetzt etwa die Behauptung aufzustellen, daß hier ein Fristversäumnis vorliegt, sondern nur um aufzuzeigen, wie notwendig die Schaffung des neuen Haushaltsrechtes ist, das natürlich auch auf solche Dinge Rücksicht nehmen muß.

Die Bedeutung der Frage mögen Sie in der Erwägung sehen, was eigentlich geschieht, wenn die neue Regierung mit dem alten Budget gar nicht einverstanden ist und nun nicht genau dasselbe, sondern ein anderes dem Nationalrat zuleitet. Es scheint mir hier eine formal ungelöste Frage vorzuliegen und die Notwendigkeit zu bestehen, daß in Zusammenhang mit der Neufassung des Haushaltsrechts auch hier eine klare Regelung erfolgt.

Der Herr Bundesminister hat in seiner Budgetrede die derzeitige Wirtschaftssituation Österreichs geschildert, wobei wir mit dieser Schilderung in wesentlichen Punkten übereinstimmen, wenn auch zu registrieren ist, daß mehr die Licht- als die Schattenseiten in den Vordergrund gestellt wurden.

Nicht zu akzeptieren ist dagegen die zweimal wiederkehrende Feststellung, daß hier das Ergebnis einer zielbewußten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vorliege. Dieses Eigenlob ist, glaube ich, durch die Entwicklung der vergangenen eineinhalb Jahre nicht begründet, sondern die wirtschaftspolitische Entwicklung unseres Landes in der letzten Zeit ist doch wohl eher auf die allgemeinen Gegebenheiten und — was der Herr Bundesminister auch angeführt hat — vor allem auf die Arbeit unserer Bevölkerung zurückzuführen; in ungleich höherem Umfang auf diese Leistungen als auf eine zielbewußte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Wir identifizieren uns mit der Feststellung des Herrn Bundesministers, daß Inflation unsocial ist. Wir glauben, daß diese Feststellung so wichtig ist, daß, von ihr aus gesehen, das Urteil über dieses Budget gefällt werden, das heißt die Frage entschieden werden muß, in welchem Umfang es diesem Prinzip gerecht wird.

Wir wissen, daß zwischen Wachstum, Stabilität und auch Vollbeschäftigung eine Verbin-

dung besteht, die schwer zufriedenstellend zu lösen ist. Auch das, was der Herr Bundesminister auf Seite 9 seiner Rede gesagt hat: „Dabei zeigt die Entwicklung in der Welt, daß es zunehmend schwieriger wird, ausreichendes Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität oder bei stabilem Geldwert ausreichendes Wirtschaftswachstum zu garantieren“, scheint uns eher eine Tautologie zu sein, das heißt, daß hier zweimal dasselbe gesagt wird, ohne daß dadurch neue volkswirtschaftliche oder budgetpolitische Erkenntnisse gewonnen würden.

Wir glauben, daß, wie schon erwähnt, die Bekämpfung des Preisauftriebes im Vordergrund stehen muß. Nun gibt es hier eine Art Wunderwaffe, die uns immer wieder angepriesen wird, wobei man so tut, als ob alle Preissteigerungen nur darauf zurückzuführen seien, daß diese Wunderwaffe nicht entsprechend eingesetzt worden ist beziehungsweise daß sie nicht den Erfordernissen angepaßt worden ist — ich meine das Preisregelungsgesetz.

Wir haben gar nichts gegen die Institution der Preisregelung — ich habe es hier schon zum wiederholten Male gesagt —, aber machen Sie sich doch keine Hoffnungen, daß mit diesem Instrument etwas anderes erreicht werden kann als ganz geringfügige, kleinste Korrekturen, was ja die Entwicklung der vergangenen Monate und Jahre beweist, wo die schon jetzt preisgeregelten Waren und Leistungen stärker im Preise gestiegen sind als die anderen, wo also die Preisregelung gar nichts genutzt hat.

Die Behauptung, es fehle nur das Preisregelungsgesetz, kann man also nur als Ausrede ansehen, und ich glaube daher, daß wir uns mehr mit jenen Faktoren befassen müssen, die in Wirklichkeit zu dem Preisauftrieb führen. Während man es immer so darstellt, als ob Österreich konjunkturpolitisch eine Insel wäre, blickt man bei der Erörterung der Preisfragen gewöhnlich ins Ausland, um darzulegen, daß dort größere Preissteigerungen sind als bei uns in Österreich. Die Vergleichspunkte werden also immer dort geholt, wo der Vergleich angenehm und geeignet ist, die eigene Argumentation zu unterstützen. Sicherlich ist im vergangenen Jahr in manchen europäischen Ländern der Preisauftrieb größer gewesen als bei uns, aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, hier in Österreich alles zu tun, um einen weiteren Preisauftrieb zu vermeiden. Hier müßte der Staat, müßte die Bundesregierung beispielgebend vorangehen und die Maßnahmen setzen, die geeignet sind, das Ziel einer möglichsten Stabilität zu erreichen. Nun können wir aber bei diesem Bundesfinanz-

Dr. Broesigke

gesetz feststellen, daß ein sehr wesentliches Defizit besteht. Ich rede jetzt nicht von dem rechnungsmäßigen Defizit von über neun Milliarden, sondern von dem inlandswirksamen Defizit in Höhe von $2\frac{1}{4}$ Milliarden. Daß das preistreibend sein wird, ist völlig klar, umso mehr, wenn wir wissen, daß der Staat und überhaupt die öffentliche Hand die Absicht hat, im Laufe der allernächsten Zeit preistreibend voranzugehen. Wo ist denn die Preisregelung für die Bundesbahn, wo ist die Preisregelung für die Stadt Wien? (*Beifall bei der FPO und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Man muß doch hier dieselben Maßstäbe anlegen, die man auch bei den Privaten auf dem Gebiet der Preispolitik für notwendig hält.

Es wäre also erforderlich, daß im Zeitpunkt einer noch bestehenden Hochkonjunktur kein inlandswirksames Defizit besteht, dessen preistreibende Wirkungen sicher nicht mit Preisregelungsgesetzen bekämpft werden können. Das würde bedeuten, daß eine Sanierung des Staatshaushaltes erfolgt. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat die Sache in seiner Budgetrede so dargestellt, als ob wir auf dem besten Weg dahin wären. Nun, das ist sicherlich nicht der Fall, auch wenn ein Jahr einmal besser gewesen ist als die vorausgegangenen und einige Verbindlichkeiten vorzeitig zurückgezahlt werden können, was wir für durchaus richtig halten.

Von einer Sanierung des Staatshaushaltes kann man wohl erst dann sprechen, wenn es gelungen ist, ihn so zu gestalten, daß er wirklich ein Instrument der Konjunkturpolitik sein kann. Die Keynes'sche Theorie sagt, daß man in der Zeit der Hochkonjunktur im Staatshaushalt Überschüsse erzielen soll, während in der Zeit der Rezession das deficit spending wünschenswert ist. Nun, das Deficit-spending hat der österreichische Staat immer herrlich zusammengebracht, und zwar ohne Rücksicht auf die jeweilige Konjunkturphase, bald mehr, bald weniger, aber das mit den Überschüssen ist mit Ausnahme eines Jahres — ich glaube, es war das Jahr 1954 — noch niemals gelungen.

Nun meinen wir: Wenn es schon nicht möglich ist, einen solchen Überschuß zu erzielen, wofür vielleicht auch gar nicht die richtige Konjunkturphase wäre, müßte doch der augenblickliche Staatshaushalt so gestaltet werden, daß kein inlandswirksames Defizit vorliegt.

Wir glauben nicht, daß der österreichische Staat ein armer Staat ist, und wir glauben nicht, daß die These richtig ist, daß ein armer Staat ein ungerechter Staat sein muß. Es gibt eine ganze Anzahl von sehr reichen, aber sehr ungerechten Staaten; Reichtum und Armut haben also mit dem Problem der Gerechtigkeit

meistens herzlich wenig zu tun. Von der öffentlichen Armut, von der der Herr Kollege Doktor Tull mit so bewegten Worten gesprochen hat, kann sicherlich keine Rede sein angesichts der zahlreichen Vermögenswerte und Anlagen, die der österreichische Staat sein eigen nennt. Die Frage der Ertragsfähigkeit, der Produktivität steht natürlich in einem anderen Kapitel, aber das hat ja bekanntlich mit Reichtum und Armut nichts zu tun.

Das Budget geht, wie heute schon erwähnt wurde, von einer nominellen Zuwachsrate von 9 Prozent aus. Man kann sich daher ausrechnen, daß dann, wenn die reale Zuwachsrate mit 4 Prozent angenommen wird, der Herr Finanzminister bei diesem Budget schon von vornherein eine Preissteigerung von 5 Prozent im Jahre 1972 einkalkuliert hat. In den Erläuterungen wird als Prognose eine Preissteigerung von 4 Prozent angenommen, aber bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlages wurde offenbar aus Vorsichtsgründen auf den Prozentsatz von 5 übergegangen. Das hängt wie überhaupt alle Probleme des Staatshaushaltes mit den Steuerfragen zusammen. Mit Recht wird der Ziffer sehr viel Gewicht beigemessen, die anzeigt, wieviel Prozent des Bruttonationalproduktes eines Staates die öffentliche Hand für sich in Anspruch nimmt. Dies ist der Betrag, den ein Volk für seine öffentlichen Einrichtungen welcher Art immer braucht und verwendet.

Hier ist es nun interessant, daß man uns jedes Jahr mit dem Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz Tabellen liefert, wo diese Prozentsätze ausgerechnet sind. Auffällig ist nur, daß diese Tabellen 1971 und 1972 nicht übereinstimmen, und zwar nicht nur für die Jahre, bei denen erst jetzt die genauen Ziffern bekannt wurden, sondern auch schon für die Vergangenheit.

Wenn man sich den Arbeitsbehelf für 1971 ansieht, so findet man die Tabelle auf Seite 286 und sieht dort, daß 1969 der Staat 37,6 Prozent des Bruttonationalproduktes in Anspruch genommen hat. Wenn Sie dieselbe Ziffer im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1972 ansehen, so finden Sie, daß 35,9 Prozent ausgerechnet sind, wobei alle Ausgangsziffern nicht übereinstimmen und in der langen Reihe der Jahre eine Neuberechnung vorgenommen worden ist.

Mit anderen Worten: Voriges Jahr, als das Budget beschlossen wurde, schien es, als ob sich dieser Prozentsatz der schon sehr kritischen Grenze von 40 Prozent bedenklich näherte. Er war nach den statistischen Errechnungen bei 39 Prozent. Nunmehr wurde er

Dr. Broesigke

durch andere Ziffern und andere Berechnungen wieder sehr erheblich zurückgeschraubt.

Ich darf aber die Frage aufwerfen: Was ist jetzt der richtige Prozentsatz? Ein Prozentsatz, der in Fortführung der Tabellen aus dem Jahre 1971 errechnet wird, oder derjenige, der im Arbeitsbehelf für 1972 enthalten ist? Welche Neuberechnungen, welche neuen Berechnungsmethoden wurden herangezogen, um zu diesem neuen Prozentsatz zu kommen? Warum wurden im Gegensatz zu damals andere Gesamtsummen bezüglich der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden eingesetzt?

Ich glaube, das ist eine Frage, an deren Beantwortung der Abgeordnete interessiert sein muß, der schließlich auf Grund solcher Tabellen in die Lage versetzt werden soll, sich eine Meinung zu bilden, was er natürlich nicht tun kann, wenn diese Ziffern so wesentlich differieren wie im vorliegenden Fall.

Nun wie auch immer, ob es 39 Prozent oder 36 Prozent sind, der Steuerdruck, der auf der österreichischen Bevölkerung lastet, ist äußerst schwer! Das ist durch keine noch so schöne Erklärungwegzudiskutieren. Er wird durch die Einrichtung der Progression bei gewissen Formen der Besteuerung, wie der Einkommen- und Lohnsteuer, noch stärker, weil ja die Grundlage der Besteuerung nicht das Realeinkommen ist, sondern das Nominaleinkommen, wobei dem Budget von vornherein die Annahme zugrunde liegt, daß es im Laufe des kommenden Jahres um 5 Prozent steigen wird, was natürlich nicht ein Gleichbleiben, sondern eine Erhöhung der Besteuerung bedeutet.

Wir haben sehr viel Verständnis dafür, daß eine Sanierung des Staatshaushaltes natürlich entsprechende Einnahmen voraussetzt. Hier aber schon im Laufe des Jahres 1972 eine Änderung eintreten zu lassen betrachten wir als eine Forderung der Gerechtigkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Herr Bundesminister! Ich kann Ihnen prophezeien: Sie werden nicht darum herumkommen, noch im Laufe des kommenden Jahres diese Änderung durchzuführen! Auch wenn Sie heute sagen: Nein, nein, diese Suppe mag ich nicht!, Sie werden sie trotzdem konsumieren müssen (*Heiterkeit*), weil die Verhältnisse es einfach erzwingen werden. Das ergibt sich eben aus der Systematik unseres Steuertarifses, daß die Änderung der Verhältnisse auch eine entsprechende Änderung der Tarifgestaltung erzwingt.

Auf diese notwendige Änderung müßte man heute schon Rücksicht nehmen, sonst ist die Folge die, daß nach langen Diskussionen zwar

ein mehr oder weniger schönes Budget beschlossen wird, aber im Nu bereits das 1. Budgetüberschreitungsgesetz naht, das der geänderten Sachlage Rechnung tragen soll.

Ich will nicht lang über das Thema der Staatsschuld sprechen. Es wurde das so dargestellt, als ob auch hier eine entscheidende Wendung eingetreten wäre. Ich glaube, daß die Staatsschuld am 31. Dezember 1972 wesentlich höher sein wird als am 31. Dezember 1971, sonst könnte man ja das Defizit nicht finanzieren, das notwendigerweise durch eine Erhöhung der Staatsschuld finanziert werden muß. Wenn sie verhältnismäßig nicht so stark steigt wie in der Vergangenheit, so wird das eine erfreuliche Entwicklung sein, und wenn die Auslandsverschuldung geringer sein wird, so wird das auch sehr erfreulich sein, weil bekanntlich der Zufluß ausländischen Geldes auch zu den Faktoren gehört, die die Preiserhöhung herbeizuführen geeignet sind.

Nun gibt es in diesem Budget eine große Anzahl von Ermessensausgaben, aber es ist nichts damit getan, wenn man bei jedem Kapitel, wo die prozentuale Erhöhung der Ausgaben besonders hoch gewesen ist, dies mit großem Beifall zur Kenntnis nimmt, denn in erster Linie muß einmal die Erwägung angestellt werden, daß das, was auszugeben wir hier beschließen, zunächst einmal von der österreichischen Bevölkerung sehr schwer erarbeitet werden muß. Die Beschußfassung über Geldausgaben ist also an sich noch kein Verdienst.

Wesentlich kommt es auf die Schichtung dieser Ausgaben an. Es fällt auf, daß in den Hintergrund tritt, was man die klassischen Staatsaufgaben nennt: das ist die Sicherheit, die Sicherheit im Innern, die Sicherheit nach außen, also Aufgaben, die auch der Staat der Vergangenheit zu erfüllen hatte.

Ich glaube, daß da ein sehr wunder Punkt dieses Bundesfinanzgesetzes 1972 vorliegt. Der Herr Finanzminister hat sich zwar in seiner Einbegleitungsrede dazu bekannt und hat von den Ausgaben für die Sicherheit gesprochen. Wenn man aber ansieht, was faktisch in den Ansätzen enthalten ist, so findet man, daß das sehr bescheiden ist.

Es ist nicht ausreichend, eine Heeresreform durchzuführen, um von der Sicherheit nach außen zu sprechen. Es ist aber auch nicht ausreichend, um die Sicherheitsverhältnisse im Inneren so zugestalten, daß sie den Wünschen der österreichischen Bevölkerung entsprechen.

Positiv stehen wir der Institution des Konjunkturausgleiches gegenüber, denn es muß natürlich ein Staat für den Fall vorsorgen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung im

Dr. Broesigke

Laufe des Haushaltsjahres so gestaltet, daß eine Änderung der Budgetgrundsätze erforderlich wird. Mit anderen Worten: Mehr Ausgaben.

Es ist hier allerdings eine Frage aufzuwerfen: Auf der einen Seite das, was schon gesagt worden ist, ob man heute schon genau wissen kann, was im Bedarfsfall tatsächlich erforderlich sein wird. An zweiter Stelle ist aber zu berücksichtigen, daß — um das ganze verfassungskonform zu gestalten, und so ist es ja vorgesehen — im Bedarfsfalle ein eigenes Gesetz notwendig sein wird, sodaß also ohnehin das, was heute oder heuer am Ende der Budgetdebatte beschlossen werden wird, durch ein neues Gesetz faktisch in Vollzug gesetzt werden muß. Das, glaube ich, ist ein Problem, bei dem man nach besseren Lösungen suchen müßte, als sie in den Artikeln II und II a enthalten sind.

Zum Abschluß möchte ich folgendes sagen: Der Herr Bundesminister hat die politischen Parteien, die Fraktionen dieses Hauses aufgefordert, eine kritische Analyse dieses Budgets durchzuführen. Wir werden das im Laufe der kommenden Budgetdebatte tun.

Wir sind auch durchaus der Meinung, daß die vier Punkte, die er als keine realistische Alternative bezeichnet hat, tatsächlich nicht die Grundlage für eine Budgetkritik sein sollten, wenngleich es natürlich dem Abgeordneten dieses Hauses freistehen muß, auf einen Mangel auch dann hinzuweisen, wenn es sich um eine Detailfrage handelt, ganz gleich, wie nun das jeweilige Gesamtkonzept ist, sonst wäre es ja so, daß die Oppositionsparteien überhaupt keine Kritik an diesem Staatshaushalt üben könnten, ohne sofort einen konkreten Umstellungsantrag zu stellen.

Gerade das hat meines Wissens die sozialistische Opposition in der Zeit von 1966 bis 1970 schärfstens für sich abgelehnt, und ich glaube, auch bei der heutigen politischen Konstellation müssen wir eine so weitgehende Einschränkung ablehnen.

Es ist noch ein weiteres dazu zu sagen. Wenn uns gesagt wird, daß in diesen vier Punkten keine realistische Alternative bestehen kann, in Voraussicht oder in der Annahme oder Unterstellung, daß sich die Kritik in solchen Punkten erschöpfen würde, dann müssen wir unsererseits auch heute schon anmelden, daß es Sache der Regierung sein wird, sich mit unseren Einwendungen tatsächlich auseinanderzusetzen, aber nicht in der Form, daß man sagt: Da kann man halt nichts ändern. Begründung: Weil es wahr ist, wienerisch gesagt.

Da uns schon von vornherein gesagt wird, das eine sei ein falscher Weg, so kann ich nur als Gegengabe sagen: Auch diese Haltung wäre ein falscher Weg gegenüber der Kritik der Opposition an diesem Haushaltsvoranschlag für 1972.

Zusammenfassend ist zu sagen — und damit komme ich zum Eingang zurück —: Bezüglich der Schwerpunkte und der gesellschaftspolitischen Grundsätze kann man nur Schlußfolgerungen ziehen, weil sie nicht ausdrücklich ausgesprochen wurden.

Aber eines ist sicher: Daß die soziale Sicherheit etwas Wünschenswertes ist, das ist, glaube ich, Allgemeingut, wie dies bei einer ganzen Reihe von Feststellungen, die den Ausgabenansätzen dieses Budgets zugrunde liegen, der Fall ist. Aber daß dabei die physische Sicherheit der österreichischen Bevölkerung und die Sicherheit ihres Eigentums nicht vernachlässigt werden dürfen, daß überhaupt die klassischen Staatsaufgaben nicht vernachlässigt werden dürfen, ist auch sicher, sonst wäre es ein Budget der ungleich verteilten Enttäuschungen oder vielleicht sogar der Täuschungen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch. Er hat das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte nur ganz kurz die unmittelbar an mich gestellte Frage beantworten und klarstellen.

Herr Abgeordneter! Sie finden auf Seite 305 des Arbeitsbehelfes unten die Anmerkung 27). Sie lautet: „Österreichs Volkseinkommen 1954 bis 1968, Neuberechnung ...“ Es ist also eine Neuberechnung des Volks- einkommens erfolgt. Damit hat sich die Be- messungsgrundlage geändert, und damit sind auch die Prozentsätze dem angepaßt worden. (Abg. Dr. Broesigke: Staatseigene Ausgaben kann man nicht neu berechnen!)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Horr. Er hat das Wort.

Abgeordneter Horr (SPO): Meine Damen und Herren! Ich möchte doch auch ein bißchen auf die Ausführungen des Herrn Klubobmannes Professor Koren zurückkommen, der behauptet, daß man in der Bauwirtschaft — ich bin nur neugierig, wie der Herr Ing. Helbich dann dazu Stellung nehmen wird — doch die Bremse anziehen soll. Das erinnert mich daran, daß man seinerzeit allgemein davon gesprochen hat, man solle im Rahmen der Bauwirtschaft eine gewisse Gesundschumpfung vornehmen. (Abg. Dr. Koren: Kollege Horr, wann habe ich das gesagt?) Diesmal meint

Horr

er also (*Abg. Dr. K o r e n: Das sind jetzt Ihre Ausdrücke, Herr Horr!*) eine Veränderung insofern, daß man die Gelder des Staates mehr auf anderen Gebieten einer Verwendung zu führen soll.

Herr Professor! Lesen Sie das, was Sie gesagt haben, genau, dann werden Sie darauf kommen, daß Sie hier doch — wenn nicht direkt, so indirekt — diese Fragen in diesem Sinne ... (*Abg. Dr. G r u b e r: Ach so, jetzt ist es schon indirekt! — Heiterkeit.*) Da nützt das Lachen gar nichts. Er soll das einmal nachlesen (*Abg. Dr. G r u b e r: Interpretation Horr!*), oder auch Sie, Herr Dr. Gruber. Dann werden Sie das feststellen. (*Abg. Dr. K o r e n: Vielleicht lesen Sie es nach!*)

Im Bereich der Volkswirtschaft ist es einmal so, daß eben die Bauwirtschaft eine gewisse Schlüsselstellung einnimmt. Wenn man sich ansieht, was auf dem Bausektor in einem Land geschieht, dann hat man gewissermaßen einen Spiegel der Konjunktur vor sich.

Beim Kapitel Bauten und Technik gibt es immerhin eine Menge Ansätze, die gegenüber 1971 eine besondere Erhöhung aufweisen und die zugleich auch als Schwerpunkte der, wie ich sagen möchte, hervorragenden Tätigkeit des Ministeriums für Bauten und Technik bezeichnet werden müssen.

Ich habe mir einige Zahlen herausgeschrieben und möchte feststellen, daß die Erhöhungen auf dem Gebiete des Bauens immerhin insgesamt 12 Prozent im Vergleich zum Jahr 1971 betragen werden.

Ich stelle zunächst fest, daß es beim Ansatz 642, Bundesstraßen B und S, eine Erhöhung von rund 3591,5 Millionen Schilling auf rund 4012,5 Millionen Schilling gibt; das ist immerhin eine Erhöhung von rund 421 Millionen Schilling.

Bei den Autobahnen stellen wir eine Erhöhung von rund 2489,9 Millionen Schilling auf rund 2719,5 Millionen Schilling fest; das ist ein Mehrbetrag von zirka 229,6 Millionen Schilling.

In diesem Zusammenhang muß ich bemängeln, daß leider die einzelnen Länder, was die Frage der Autobahntrassen, vor allem aber die der Erhaltung der Autobahnen, anlangt, einen viel zu starken Einfluß nehmen. Wenn man sich verschiedentlich die Fortschritte beim Bau der Autobahnen ansieht, kann man feststellen, daß man auf diesem Sektor nicht immer nach den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit vorgeht, sondern daß hier sehr oft — das kann man wohl so sagen — gewisse Politiker beziehungsweise einflußreiche Persönlichkeiten der Länder ihren Einfluß geltend

machen. Hierfür gibt es ganz eindeutige Beweise.

Auf dem Gebiet der Gebäudeerhaltung — auch das ist nicht uninteressant — gibt es immerhin eine Steigerung von rund 74,2 Prozent. (*Abg. Dr. G r u b e r: Niederösterreich!*) Wenn Sie das Land Niederösterreich erwähnen, dann kann ich sagen: Jawohl, auch Niederösterreich! (*Abg. Dr. G r u b e r: Burgenland hat sich gegenüber Niederösterreich durchgesetzt, habe ich geglaubt!*) Ich sehe halt all das in Niederösterreich. Herr Dr. Gruber! Vielleicht sehen Sie sich an, wie es auf diesem Gebiet in Oberösterreich ausschaut! (*Abg. Dr. G r u b e r: Keine Klage!*) Es wäre gar nicht schlecht, wenn Sie sich das ansehen würden.

Bei den Neubauten gibt es auf dem Gebiet der Hochschulen eine Erhöhung von rund 246,4 Millionen Schilling auf rund 280 Millionen Schilling; das ist also ein Mehrbetrag von rund 33,6 Millionen Schilling.

Bei den übrigen Schulen stellen wir eine Erhöhung von rund 397,1 Millionen Schilling auf rund 410 Millionen Schilling fest; das ist also ein Mehr von rund 12,9 Millionen Schilling. Insgesamt sind das ebenfalls an die 46,5 Millionen Schilling.

Bei den Amtsgebäuden konstatieren wir ein Mehr von rund 41,4 Millionen Schilling.

Ich komme nun auf die Liegenschaftskäufe zu sprechen. Hier gibt es ein bißchen mehr Vorsorge, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Man hatte zwar Pläne, mußte dann aber erst zu streiten beginnen, wobei es oft nur um wenige Quadratmeter ging.

Ich erinnere da nur an die Hainfelder Bundesstraße. Herr Minister Kotzina könnte dazu ja einiges sagen. Man mußte fünf Jahre lang wegen vielleicht 100 Quadratmeter Grund streiten. An der besagten Stelle mußten einige Leute ihr Leben lassen. Das ist ein ganz kleiner Beweis.

Daher halte ich es für gut, wenn man auf diesem Gebiet gleichzeitig mit der Planung auch die Ankäufe der entsprechenden Liegenschaften durchführt.

Beim Wasserwirtschaftsfonds stellen wir eine Erhöhung fest, wie wir sie bisher noch nie hatten. Ich weiß schon, daß es sehr leicht ist, immer von Umweltschutz zu sprechen, möchte aber feststellen, daß es meiner Meinung nach in Österreich mindestens 100 Bäche gibt, in denen die Fische und die anderen Lebewesen, die sich dort früher einmal tummelten, heute nicht mehr vorhanden sind.

Ich war vorgestern zufällig in Schallerbach. Ich blickte von einer Brücke auf das dar-

Horr

unter befindliche Wasser und bemerkte Tausende Fische, die offenbar kurz vorher zu grundegehen mußten. Sie können sich danach erkundigen.

Ich verweise darauf, daß die Anleihe-Ermächtigung von rund 400 auf rund 600 Millionen Schilling erweitert wird. Hier kam es also neuerlich zu einer Erhöhung um rund 200 Millionen Schilling. Da gibt es bekanntlich auch Zuschüsse der Länder und darüber hinaus Eigenaufbringungen, sei es durch die Gemeinden oder durch die verschiedenen Wasserrechtsorganisationen. Man kann unter Berücksichtigung dieser Umstände sagen, daß hier immerhin rund 2,5 Milliarden Schilling in Bewegung gesetzt werden.

Auch beim Technischen Versuchswesen beziehungsweise bei der Forschung wird eine Erhöhung, und zwar im Ausmaß von rund 2,6 Millionen Schilling, vorgenommen. Hier hätten wir nur die große Bitte, daß man die Forschungsaufträge nicht immer sozusagen an die großen Städte bindet. Man sollte diese Forschungen einmal auch vom Standpunkt der mittleren und kleineren Städte aus sehen.

Ich erwähne zum Beispiel die Frage der Vorfabrikation in Österreich. Wir sind auf diesem Gebiet erst bei etwa 10 Prozent angelangt, sind daher also noch weit zurück. Bisher haben die entsprechenden Firmen ihre Vorfabrikationen im wesentlichen doch auf größere Bauvorhaben abgestellt.

Ich verweise auf den Beitrag an die Länder im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung. Hier ist eine Steigerung um rund 684,2 Millionen Schilling eingetreten.

Verbleiben wir gleich beim Beitrag des Bundes an die Länder beziehungsweise bei der Wohnbauförderung. Wir stellen hier fest, daß für das Jahr 1972 ein mittlerer Zuwachs von 18 Prozent vorgesehen ist.

Nun muß aber festgehalten werden, daß ein Teil der Österreicher noch immer in Wohnungen leben, die aus der Zeit vor dem Jahre 1914 stammen. Die wohnkulturelle Ausstattung dieser Zinskasernen aus der Gründerzeit — man kann das sicherlich so sagen — ist uns allen ein Begriff. Das sind Verhältnisse, mit denen wir derzeit nicht mehr zufrieden sein können. (Abg. Zeillinger: Sie kritisieren die Zinskasernen Slaviks!) Sie müssen ja wahrscheinlich nicht in einer solchen Wohnung leben. (Abg. Zeillinger: Sie haben ja die Zinskasernen gebaut!) Daher berührt Sie diese Frage ja nicht. Aber für diejenigen, die in solchen Wohnungen, wie ich es darstellte habe, leben müssen, ergeben sich große Probleme. Es geht dabei darum, ob das Wohnungsverbesserungsgesetz, das vernünf-

tigerweise eingeführt wurde, unter Umständen eine gewisse Ausweitung findet (Abg. Zeillinger: Ich freue mich, daß Sie die Gemeinde Wien so kritisieren, Herr Kollege!), damit wir es auf dem Sektor der Wohnungen zu einem ähnlichen Standard bringen, den vergleichbare Industriestaaten schon erreicht haben. (Abg. Hahn: Wie ist das Wohnungsverbesserungsgesetz bei der Gemeinde Wien durchgeführt worden?) Dazu möchte ich nur sagen: Wenn alle Wohnungen so wären wie die bei der Gemeinde Wien, dann könnten Sie, lieber Herr, sehr, sehr zufrieden sein! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Zur Wohnbauförderung 1968 möchte ich prinzipiell feststellen: Das ist eine Wohnbauförderung, wie wir sie auf die Dauer nicht brauchen können. Ich werde Ihnen sagen, warum das so ist: Weil sich in Österreich der kleine Mann, der heute zwischen 4000 und 5000 S verdient, ganz einfach eine Wohnung, die zwischen 70.000 und 100.000 S kostet, nicht leisten kann. Ich verweise etwa auf die Wohnbauförderung in Niederösterreich, bei der man, wenn man drei Kinder hat, pro Wohnungseinheit zwischen 90.000 und 150.000 S zahlen muß. So etwas kann sich der kleine Mann einfach nicht leisten.

Neben diesen bedeutenden Mitteln, die ich erwähnt habe, ist dann effektiv ein monatlicher Zins zwischen 1100 und 1300 S zu zahlen.

Auf diesem Gebiet muß eine gewisse Änderung Platz greifen.

Ich bin der Meinung, daß die Grund- und Bodenspekulation rigoros unterbunden werden muß. Das geht so weit, daß man heute selbst in ländlichen Gebieten 400 bis 600 S für den Quadratmeter Grund zahlen muß. Unserer Meinung nach ist es selbstverständlich, daß auf diesem Gebiet alle denkbaren Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen. Nicht nur derjenige, der entsprechend viel Geld hat, sondern auch der einfache Mann soll die Möglichkeit haben, sich ein Einfamilienhaus zu bauen oder sich eine Gemeindebeziehungsweise Genossenschaftswohnung zu leisten.

Ich bin daher der Meinung, daß ein entsprechendes Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zu verabschieden wäre. Es müssen gewisse Notwendigkeiten desjenigen, der im Besitz dieses Grundes ist, richtig anerkannt werden, aber auf der anderen Seite müssen die Schwierigkeiten, wie wir sie heute haben, ebenfalls berücksichtigt werden. Gehen Sie durch die Städte und sehen Sie sich diese Baulücken an. Sie werden dann eindeutig feststellen können, daß das eine absolute Notwendigkeit ist.

Herr

Zum Baugewerbe kann ich sagen: Der Bauarbeiter hat viel von seiner Anziehungskraft verloren. Es liegt an der Schwere der Arbeit und an den Unbillen der Witterung, denen der Bauarbeiter ausgesetzt ist, sowie an der dadurch hervorgerufenen Gesundheitsgefährdung und vorzeitigen Invalidität. Der Bauarbeiter ist aber auch einer überdurchschnittlichen Unfallsgefährdung ausgesetzt und leidet unter der Diskriminierung seines Berufes. Es fehlt ihm eine gesicherte kontinuierliche Beschäftigung, und vor allem sind gegenüber den bestehenden Industriebetrieben nur improvisierte und damit wenig gute Unterkünfte, Waschgelegenheiten und sonstige notwendige sanitäre Einrichtungen auf den Baustellen vorgesehen. Wenn der Gewerbeinspektor diese Baustellen besucht, wird festgestellt: Jede zweite Baustelle müßte bei einer sehr, sehr harten Betrachtung auf Grund dieser Wohnmöglichkeiten gesperrt werden.

Man kann feststellen, daß auch im Lehrberuf das Absinken so stark ist wie in keiner Berufsgruppe. Man wird sich hier überlegen müssen, ob man die dreijährige Lehrzeit, nicht auf zweieinhalb oder auf zwei Jahre, wie in anderen Ländern, herabsetzen soll.

Das inländische Arbeitskräftepotential ist vollkommen ausgeschöpft, das Fremdarbeiterkontingent zu 95 Prozent genützt. Es ist vor allem aus den Bundesländern, die an den süddeutschen Raum grenzen, eine Abwanderung von Bauarbeitern zu den Olympiabauten festzustellen. In diesen Bundesländern ist außerdem ein Lohndruck, der von der überhitzten Nachfrage nach Bauleistungen in München ausgeht, zu bemerken. Ob auf Grund des allgemeinen höheren Lohnniveaus in der Bundesrepublik Deutschland 1972 mit einer Rückflut der Bauarbeiter zu rechnen ist, ist fraglich. Wir glauben es nicht, obwohl wir wissen, daß auch dort die Lohnsteuer unerhört hoch ist und im Vergleich zu Österreich bei höheren Gehältern fast kein Unterschied besteht. Wir konnten das bei Besuchen von Sekretären feststellen, die diese Bauarbeiter dort entsprechend betreuen.

Einige Worte zur Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe.

Die Erfahrungen von zwei wichtigen Ländern — das ist die Bundesrepublik Deutschland und Schweden — haben gezeigt: Wenn richtig geplant wird, wenn zeitgerecht mit den Bauten begonnen wird und wenn wenigstens eine mittelfristige Beurteilung in der Bauzeit vorhanden ist, dann gibt es in der Bundesrepublik maximal Erhöhungen von zweieinhalb Prozent und in Schweden von 3 Prozent. Wenn man Schweden in Betracht zieht, so ist

das ein Beweis dafür, daß wir uns hier besonders anstrengen könnten.

Daher sind die Produktive Arbeitslosenfürsorge, die heute von Seiten des Staates an die Unternehmungen bezahlt wird, und die in letzter Zeit begonnene Beschaffung von Schutzbekleidung, die über das Arbeitsmarktgesezt an die Bauleiter herangetragen und pro Person mit 500 Schilling innerhalb von drei Jahren abgegolten wird, ein beträchtlicher Fortschritt. Wir glauben, daß dadurch die Frage der Fremdarbeiter nicht mehr so dringlich sein wird, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. Diese Frage müßte auf diesem Gebiet noch schneller einer Bereinigung zugeführt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch auf das Bauarbeiter-Urlaubsgesetz aufmerksam machen, das den Vorstellungen der Bauarbeiter nicht voll entspricht. Selbst Personen, die aus der Landwirtschaft kommen, kehren dieser Berufsgruppe ganz einfach den Rücken. Ich denke hier an die Verfallsbestimmungen des § 15 des Bauarbeiter-Urlaubsgesetzes; ich denke hier vor allem an die Erhöhung des Urlaubsentgeltes, das unerhört wichtig ist; dann an die Zuschläge von Überstunden bei Akkordarbeiten, die heute nicht eingerechnet werden.

In jeder anderen Berufsgruppe ist es selbstverständlich, daß diese Beträge, die jemand wöchentlich oder monatlich verdient, bei seinem Urlaub eingerechnet werden. Hier gibt es fixe Beträge, fixe Zuschläge, und wenn jemand auch viel verdient, so bekommt er genauso wenig Urlaub wie der, der weniger verdient.

Ganz entscheidend wäre der Einbau von anderen Berufsgruppen. Ich denke hier an die Arbeiter in den Steinbrüchen und in den Ziegelwerken sowie an die Maler und Anstreicher, die auch auf den Baustellen arbeiten, weil die ebenfalls diese wichtigen Fragen gemeinsam sehen.

Ich komme schon zum Schluß: Das Budget des Bundes wird dieses Mal seine Aufgabe in der Frage der Zusammenarbeit Bund und Länder in bezug auf die Bauwirtschaft sehr gut erfüllen. Der Staat, die Länder und die Gemeinden — diese Gemeinschaft, die hier notwendig ist — können darauf stolz sein, daß dieses Jahr immerhin solch große Mittel im Budget vorgesehen sind.

Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, daß es in der Zukunft nach Möglichkeit Änderungen im Zusammenwirken mit allen Körperschaften geben soll und daß auch der einfache kleine Mann mit geringen Gehältern die Möglichkeit haben soll, nicht nur eine vernünftige Arbeit in Österreich zu haben, son-

Herr

dern auch eine familiengerechte, vernünftige Wohnung. Denn das ist die beste Möglichkeit, um Frieden, Ruhe und Ordnung in diesem Lande beizubehalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Koller. Er hat das Wort.

Abgeordneter Koller (OVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz gegenteiliger Beweisführungsversuche und trotz Erklärungen, die anders lauten, müssen wir feststellen, daß die Lage der Landwirtschaft gegenwärtig angespannter denn je ist. Den beängstigend steigenden Belastungen und Kosten stehen stagnierende, zum Teil gesunkene Erzeugerpreise gegenüber, sodaß sich generell sagen läßt, daß sich die Einkommenssituation der Landwirtschaft eher verschlechtert; wir wären schon froh, wenn sie gleichgeblieben wäre. (*Abg. Haas: Das müssen Sie aber beweisen!*) Herr Kollege! Ich werde diesen Beweis im Verlaufe meiner Ausführungen gerne führen. Ich hoffe nur, daß Sie von so viel Fachwissen gepeinigt werden, daß Sie auch wissen, warum Sie diesen Zwischenruf gemacht haben. (*Abg. Dutschmann: Da verstehst du nichts davon!*) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es kein größeres Problem und keine größere Schwierigkeit gäbe, als das unter Beweis zu stellen, käme ich selten in ein größeres Dilemma. Aber hier wird es mir an und für sich sehr leichtfallen.

Die Sorgen der Bauern sind sicherlich nicht neu. In den letzten Jahrzehnten haben sie immer wieder große Anstrengungen unternommen, um durch Leistungssteigerungen, Rationalisierung und beträchtliche Investitionen den geänderten Wirtschafts- und Wettbewerbsbedingungen gerecht zu werden. Sie haben damit viel, was ihnen vor allem an Belastung durch die sozialen Preise innerhalb unserer Volkswirtschaft aufgebürdet wurde, ausgleichen können. Nur müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß nunmehr alle Reserven und somit auch die stillen Reserven der Landwirtschaft erschöpft sind und noch neue Aufgaben dazugekommen sind.

Hohes Haus! Gerade die Diskussionen um den Umweltschutz, die Kulturlandschaft und den Fremdenverkehr zeigen deutlich, wie groß das Kapital ist, das unsere Kulturlandschaft für die Menschen unserer Industriegesellschaft darstellt. Aber — und das möchte ich eindeutig feststellen — ohne eine lebensfähige Landwirtschaft gibt es keine Kulturlandschaft, gibt es auch keine Entfaltungs- und Erholungsmöglichkeiten für unsere Mitbürger aus den Ballungszentren in einer geordneten Landschaft.

Wir Bauern wollen selbstverständlich den Fortschritt und neue Lebens- und Daseinsformen. Aber zugleich müssen wir auch die natürlichen Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen erhalten, ja wir müssen sogar sehr behutsam mit diesen umgehen. Denn sonst könnte der rasche technische Fortschritt unserer Zivilisation und die Steigerung des Wohlstandes breitester Kreise mehr zum Fluch als zum Segen für unsere Gesellschaft werden.

Hohes Haus! In dieser zentralen öffentlichen Funktion der Landwirtschaft liegt eine neue, noch viel zu wenig erkannte Begründung dafür, für die Landwirtschaft eine ihren Problemen gerecht werdende Politik zu betreiben.

Ich bedauere sehr, daß der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede wohl zu Umweltsproblemen gesprochen hat, aber die zentrale Bedeutung der Landwirtschaft dabei übersah, und in der gesamten Budgetgestaltung für die österreichische Landwirtschaft diesen Aufgaben kaum Rechnung getragen wurde.

Wir müssen leider feststellen — und ich bitte, daß es auch der Herr Finanzminister zur Kenntnis nimmt —, daß die Zeiten, in denen die Bauern gratis und franko Aufgaben für die Allgemeinheit — und jetzt auch noch für den Umweltschutz — übernommen haben, vorüber sind. Sicherlich sind Ihnen die Ergebnisse und Beispiele aus dem hessischen Raum bekannt, wo sich die öffentliche Hand mehr denn je abmüht, mit dem Problem der sogenannten Sozialbrache, das heißt mit dem Problem der nicht mehr bewirtschafteten Grundstücke, fertig zu werden, wo sie letzten Endes hohe Beträge ohne wesentlichen Erfolg ausgeben muß.

Herr Finanzminister! Die Feststellung in Ihrer Budgetrede, daß das Vermögen der Natur, Umweltsbedingungen und -belastungen aus eigener Kraft auszugleichen, immer geringer wird und unsere Verantwortung gegenüber den Menschen in diesem Land uns verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß die Umwelt auch für die künftigen Generationen lebenswert sei, ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, wenn man den entscheidenden Faktor für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft, nämlich die Landwirtschaft, so stiefmütterlich behandelt.

Es bleibt weiter nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, wenn man über den Finanzausgleich den Landgemeinden zur Bewältigung ihrer immer mehr zunehmenden Aufgaben in Zukunft nicht mehr Mittel zukommen läßt und sie hier weiter so stiefmütterlich behandelt.

Koller

Hier gibt es Möglichkeiten der Beweisführung in Hülle und Fülle für die positive Einstellung gegenüber der Landwirtschaft zu all diesen Problemen. Wir warten nur darauf, daß diese Beweise auch geliefert werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler und der Herr Landwirtschaftsminister versprachen oft — zuletzt wiederum in der Regierungserklärung —, daß sich die Landwirtschaft zu einem gleichrangigen Teil unserer Volkswirtschaft entwickeln soll. Wirtschafts-, währungs-, sozialpolitische und andere Maßnahmen sollten sich nicht zum Nachteil für die Landwirtschaft auswirken.

Nach nunmehr etwas mehr als eineinhalb-jähriger Regierungszeit einer sozialistischen Regierung können wir Bauern allerdings nur enttäuscht feststellen: Viel versprochen, aber herzlich wenig gehalten! Denn die agrarpolitische Bilanz dieser Zeit zeigt ein sehr deprimierendes Bild. Durch die wirtschaftspolitischen Fehlleitungen der Regierung erleben wir allgemeine Preissteigerungen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen und nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Berufsgruppen treffen. Aber gerade in der Landwirtschaft ist die hohe Geldentwertung zu einem Faktor geworden, der das Einkommen in der Landwirtschaft kaufwertmäßig sinken läßt.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Konnte ich noch im vorigen Jahr in meiner Budgetrede feststellen, daß der Grüne Bericht für das Jahr 1969, also in einem Jahr der ÖVP-Alleinregierung, besagte, daß das Durchschnittseinkommen je Arbeitskraft in der Landwirtschaft um 11 Prozent gestiegen ist, so ist diese Steigerung im Jahre 1970 laut Grünem Bericht auf 7 Prozent abgesunken. Das ist auch ein Erfolg! (*Abg. Kern:* Die „Verbesserung“! Ich kann Ihnen noch einige Beweise liefern.

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit sieht dies nun folgendermaßen aus: Der Herr Landwirtschaftsminister hat es auch schon mehrmals als Erfolg hingestellt, daß nach dem Grünen Bericht 1970 das Einkommen der landwirtschaftlichen Arbeitskraft von 31.852 S im Jahre 1969 auf 34.017 S im Jahre 1970 angestiegen sei; das wäre eine Steigerung um 2165 S. Allerdings besteht diese Steigerung weitestgehend nur auf dem Papier.

Wenn man nun weiß, daß auch 1970 eine Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um rund 22.000 eingetreten ist — das sind 4 Prozent von 580.000 Beschäftigten —, und wenn man das Einkommen dieser 4 Prozent aus der Landwirtschaft Abgewanderten

auf den Rest aufschlägt, dann bleibt nur mehr eine echte Steigerung von 890 S über, denn alles andere ist Umschichtung, das die Regierung für sich als Leistung inkameriert.

Wenn man dann auch noch eine fünfprozentige Geldentwertung — verehrtester Herr Kollege, hier liegen die Beweise — zur Kenntnis nehmen muß — das sind über 1592 S je Arbeitskraft —, so müßte das Arbeitseinkommen im Jahre 1970 fast 35.000 S ausmachen. Dann erst hätte man dem Jahre 1969 gegenüber — ein Jahr unter einer Regierung, von der man sagte, daß die Bauern das Opfer einer falschen Agrarpolitik gewesen wären — keine Verschlechterung erzielt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) In Wirklichkeit sind es aber — bitte sich das genau anzuhören — nur rund 34.000 S, also um rund 700 S je landwirtschaftlicher Arbeitskraft weniger. Das ist eine echte Verschlechterung für rund 558.000 Beschäftigte in der Landwirtschaft oder summa summarum fast 400 Millionen Schilling weniger Einkommen für die landwirtschaftliche Bevölkerung im Jahre 1970.

Das ist der Preis, den wir, neben vielen anderen Experimenten, auch für dieses Experiment bezahlt haben. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Haas:* Darum haben so viele Bauern SPÖ gewählt! — *Abg. Josef Schlageter:* Er ist in der Märchenstunde! — Weitere Zwischenrufe.) Am nächsten Sonntag wird Ihnen sicherlich auch ein Beweis geliefert werden.

Meine Damen und Herren! Das ist nämlich die Wirklichkeit, das sind die nackten Tatsachen, das sind die echten Erfolge. Daß das nicht Musik in Ihren Ohren ist, meine sehr Verehrten, dafür habe ich menschliches Verständnis. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Preispolitik der Bundesregierung hat die österreichische Landwirtschaft bisher Hunderte Millionen Schilling gekostet. Das ist nicht zu bestreiten. Die kommenden Tarif- und sonstigen Erhöhungen, meine Damen und Herren, lassen uns Bauern hier gar keine Illusionen aufkommen, zumal wir ja auf der anderen Seite wissen, daß es keine Möglichkeit für die Landwirtschaft gibt, diese Belastungen irgendwo zu überwälzen, weil wir ja in diesem System der sozialen Preise drinnen sind und daher wenig Möglichkeiten haben, auszuweichen. Auf der anderen Seite wird natürlich die Konkurrenz immer härter, vor allem in der Veredelungswirtschaft. Und gleichzeitig, sozusagen als Umrahmung zu diesen Entwicklungen, müssen wir noch eine ständig steigende Verunsicherung des Begriffes Eigentum an Grund und Boden feststellen. Der Entwurf eines Assanierungsgesetzes verstärkt uns nur noch in dieser Meinung.

Koller

Hohes Haus! Die volle Tragweite dieser Agrarpolitik wird in ihrer vollen Schärfe sichtbar, wenn man weiß, daß in der Integrationsfrage die Freihandelszonenlösung von den Herren der Bundesregierung als Ideallösung begrüßt wird und man ohne Bedenken zur Kenntnis nimmt, daß die Landwirtschaft hierbei ausgenommen sein soll, ja daß sogar, wie man hört, Bestrebungen seitens Brüssels im Gange sind, agrarische Produkte mittels eines ausgesprochenen Einbahnsystems als Kompensation für andere Waren nach Österreich zu bringen.

Ich habe schon einmal in diesem Hohen Hause zur Integrationsfrage ausgesprochen, daß es bisher zur unbestrittenen österreichischen Linie in der Integrationspolitik gehört hat, daß die Landwirtschaft in einem Integrationsabkommen berücksichtigt beziehungsweise miteingebaut wird. Wir wußten sehr wohl, daß dieser Standpunkt sicherlich nicht nur aus reiner Liebe zur Landwirtschaft entstand, sondern mehr logische volkswirtschaftliche Überlegungen zur Ursache hat. Aber es bleibt bedauerlicherweise einer sozialistischen Regierung vorbehalten, bei der Herausnahme der Landwirtschaft Wege zu gehen, die gegen jede wirtschaftspolitische Überlegung sprechen und die auf Grund unserer besonderen geographischen Lage geradezu ein wirtschaftspolitischer Widersinn werden.

Die Landwirtschaft muß darauf verzichten — das möchte ich eindeutig feststellen, weil das eine Existenzfrage für uns ist —, von der Warteliste im allgemeinen noch auf die agrarische Hoffnungsliste zurückversetzt zu werden, und wir wollen auf keinen Fall eine agrarische Einbahnstraße.

Meine Damen und Herren! Die Marktordnungsgesetze waren seit eh und je ein beliebtes Pressionsmittel der Regierungspartei. Dieser Vorwurf ist nach den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers der Regierungspartei auch für die Zukunft nicht zu ersparen, denn er will ja die agrarische Marktordnung mit dem Assanierungsgesetz junktimieren. Die Regierungspartei mißbrauchte die Verhandlungen über die agrarische Marktordnung zu oft, um eine Pression auszuüben. Aber an einer Agrarmarktordnung haben nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Konsumenten ein eminentes Interesse, denn dieses Marktordnungsgesetz enthält ja für die Konsumenten Zielsetzungen, die sehr wesentlich im Interesse der Verbraucher liegen. Genau das habe ich jetzt wörtlich zitiert, was der Herr Bundeskanzler in der Anfragebeantwortung 816 festgestellt hat.

Wenn nun, meine Damen und Herren, der Herr Bundeskanzler immer wieder mit der Frage spielt, ob die Marktordnungsgesetze

verlängert werden oder nicht, dann spielt er nicht nur mit den Bauern, sondern dann spielt er nach seinen eigenen Worten auch mit den Konsumenten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn gerade in einer Zeit, in der die Bauernschaft bei stagnierenden Erzeugerpreisen einem harten Kostendruck ausgesetzt ist, sollten aber berechtigte Forderungen dieser Berufsgruppe, deren gesunder Fortbestand nach der Feststellung des Herrn Bundeskanzlers auch im Interesse der Konsumenten liegt, vom politischen Kuhhandel ausgenommen werden.

Nunmehr, Hohes Haus, muß ich mich mit einer Sache beschäftigen, die eigentlich eines demokratischen Kräftemessens völlig unwürdig ist, weil sie sich der glatten Unwahrheit bedient und natürlich weitesttragende Folgen für die Zusammenarbeit der Sozialpartner in Österreich haben kann. Wenn man ständig einen Partner, nämlich die Landwirtschaftskammern, nach dem Nadelstichsystem einmal halb, einmal ganz offiziell, einmal auf Umwegen der unkorrekten Haltung bezichtigt und ihnen auf Grund dieser aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen sogenannte Sanktionen in Form von Bundesprüfungskommissionen vor die Nase setzen will, dann darf man sich nicht wundern, wenn von Seiten der Präsidentenkonferenz dementsprechend reagiert wird und die Frage der weiteren Mitarbeit in der Paritätischen Kommission aufgeworfen wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich frage mich nur nach den Ausführungen des Herrn ... (Abg. Sekanina: Herr Kollege Koller! Ist eine Prüfung so etwas Unangenehmes?) Wir wehren uns nicht gegen Prüfungen ... Abg. Sekanina: Ist euch denn eine Prüfung so unangenehm?) Nein, ich erkläre Ihnen: Eine Prüfung ist nichts Unangenehmes, weil ich Ihnen anschließend aus den Fakten beweisen kann (Abg. Sekanina: Also eine Prüfung ist nichts Unangenehmes?), daß wir bei Prüfungen nichts zu fürchten haben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Wenn Sie nichts zu fürchten haben, Herr Kollege Koller, dann lassen Sie sich prüfen! — Abg. Kern: Lassen Sie sich prüfen! — Abg. Skritek: Wir haben ja nichts zu verteilen!) Wir stehen auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung. Dann setzen wir bei allen Interessenvertretungen eine Prüfungskommission hin. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Wir haben ja nichts zu verteilen! Das ist ja ein Unterschied! Die Arbeiterkammer verteilt ja nichts! Aber Sie verteilen etwas!)

Herr Kollege! Ich verstehe dann nicht, wie der Herr Kollege Abgeordneter Tull von den „segensreichen Auswirkungen“ der Paritätischen Kommission sprechen kann und auf der

Koller

anderen Seite Sie diese segensreiche Tätigkeit dieser Kommission geradezu ... (*Unruhe*)

Präsident Probst: Bitte, hören Sie sich den Redner an.

Abgeordneter **Koller** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Obwohl die Anschuldigungen gegenüber den Landwirtschaftskammern geradezu ungeheuerlich sind, ist es gar nicht so einfach, jemanden zu finden, der die Verantwortung dafür trägt.

Der Herr Bundeskanzler sagte vor einigen Tagen in einem Pressegespräch im Palais Dietrichstein, was die Belangsendung der Parteien betrifft, so müssen die Initiatoren dafür zur Verantwortung gezogen und einer Kritik unterzogen werden und nicht die Regierung. Wie wenn der Herr Regierungschef nicht zugleich Bundesparteiobmann der SPÖ wäre. (*Bundesminister Dr. A n d r o s c h: Vorsitzender!*) Oder Vorsitzender, ja.

Was die konkrete Frage betrifft, sagte der Herr Bundeskanzler, nämlich die Anschuldigungen gegen die Landwirtschaftskammern, so habe er schon vor den Wahlen gegen diese Praxis massive Vorwürfe erhoben, und bis jetzt habe er keinen Grund, diese Vorwürfe zurückzunehmen, bevor er nicht anderweitig informiert sei, denn die Unterlagen habe er ja vom Herrn Landwirtschaftsminister erhalten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wer ist nun wirklich für diese Kampagne gegen die Landwirtschaftskammern verantwortlich, und was ist der tiefere Grund und die Ursache, warum man jetzt auf einmal einen Sozialpartner, der in der „Paritätischen“ segensreich mitarbeitet, so angeht. (*Ruf bei der SPÖ: „Segensreich“? Preiserhöhungen!*) Hier, meine Damen und Herren, fehlt uns das, was jetzt so modern geworden ist, nämlich die Transparenz. Alle diese Dinge sind etwas durchsichtig.

In den Belangsendungen wurde zum Beispiel noch am 8. November vorgeworfen, daß von den 83 Millionen Schilling, die die Bundesregierung für die Vergütung der Treibstoffkosten zur Verfügung gestellt hat, in Tirol, Kärnten und Steiermark kein Groschen an die Bauern ausbezahlt wurde. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? — Zwei Beispiele: Die Tiroler Landwirtschaftskammer hat am 7. Juli den Auszahlungsbetrag angewiesen erhalten, sie mußte 18.000 Einzelfälle durchrechnen, listenmäßig erfassen und hat am 22. September die Beträge an die zuständigen Kassen überwiesen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wenn

der Bewertungserlaß ... (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Es ist auch kein Zinsenerlaß des Landwirtschaftsministeriums in dieser Richtung bisher an die Kammern hinausgegangen. Ich bitte Sie, sich an Ihren Herrn Landwirtschaftsminister zu wenden, wenn Sie glauben, daß Sie sich hier benachteiligt zu fühlen haben.

In der Steiermark dasselbe, meine Damen und Herren: Am 15. Juli wurde vom Ministerium der Betrag angewiesen und im Laufe des Monats August, also knapp fünfeinhalb oder sechs Wochen später, ausbezahlt. Es waren 50.000 Einzelfälle zu berechnen, zu überprüfen und in Listen zu erfassen.

Wie diese Beispiele also zeigen — und es wurde sofort in den landwirtschaftlichen Mitteilungen verlautbart, daß nämlich die Beiträge an die zuständigen Kassen angewiesen wurden —, entspricht es nicht den Tatsachen, daß im November kein Groschen an die Bauern ausbezahlt wurde.

Das Urheberrecht, das möchte ich eindeutig, meine Damen und Herren, feststellen, und ich bitte Sie, sich zu beruhigen, das Urheberrecht und die Durchführung für den Ausspruch: Kein Groschen für die Bauern!, bleibt schon dem Herrn Bundeskanzler erhalten, und den nehmen ihm die Interessenvertretungen nicht ab. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kern: Das ist ja nicht die erste Unwahrheit, die er gesagt hat!*)

Er läßt sich das Urheberrecht auch gar nicht nehmen, denn er hat ja gerade im gestrigen Pressegespräch, wo es um die berechtigten Milchpreisforderungen als Ausgleich für die Preissteigerungen gegangen ist, wieder behauptet, daß bei der Milch für die Agrarier nichts drinnen sei, also neuerlich kein Groschen, meine Damen und Herren. (*Abg. Blecha: Dafür kriegt Ihr um 37 Prozent mehr! Das ist der Gipelpunkt der Demagogie!* — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Bitte wollen Sie den Redner aussprechen lassen! Vor allem gibt es ja noch eine ausführliche Debatte zu diesem Spezialkapitel. — Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Koller** (*fortsetzend*): Herr Kollege! Wie im Leben, so ist es auch in der Definition für Demagogie — es ist alles relativ. Wir sind in dieser Hinsicht halt nicht einer Meinung. Das tut mir sehr leid. (*Ruf bei der SPÖ: Ihr seid ja vergeßlich!*) Nein, wir vergessen nicht. Wir vergessen vieles nicht.

Koller

Ich möchte zur heutigen Fragestunde auch noch etwas konkret feststellen, meine Damen und Herren. Die buchmäßigen Unterlagen interessieren ja anscheinend den Herrn Landwirtschaftsminister auch nicht, wie aus der heutigen Fragestunde hervorgegangen ist. Auch dann nicht, meine sehr verehrten Herren von der Regierungspartei, wenn, wie aus dem Kontrollausschuß der steirischen Kammer vom 8. November 1971 eindeutig hervorgeht, auch der sozialistische Landesobmann des Landvolkes diese buchmäßigen Unterlagen bestätigt hat.

Der Herr Minister Weihs hat in der Fragestunde behauptet, daß einem Bauern aus dem Bezirk Liezen erst Ende Oktober — so, glaube ich, hat er gesagt — die Treibstoffbeihilfe ausbezahlt wurde. Ein Einblick — das möchte ich feststellen — in die buchungsmäßigen Unterlagen der steirischen Landwirtschaftskammer hätte den Herrn Minister überzeugen können, daß am 31. August 1971 der Betrag von 3,640.000 S., zusammengefaßt in Einzellisten, an die 29 Kassen, die für die Bauern des Bezirkes Liezen zuständig sind, von der Kammer überwiesen wurde.

Alles andere, meine Damen und Herren, was in diesem Zusammenhang aus diesen oder jenen durchsichtigen oder weniger durchsichtigen Gründen hier behauptet wurde, entspricht nicht der Wahrheit und trifft nicht die Kammer. (Abg. Kern: Man könnte auch sagen Lüge!) Ich empfehle daher dem Herrn Minister, sich bei seinem sozialistischen Landvolksobmann, Abgeordneten Preitler, in der Steiermark, der bei der Untersuchung im Kontrollausschuß der Kammer diese Anschuldigungen als haltlos bestätigte, zu informieren. Ich hoffe, daß er soviel Verbindung zum Obmann seiner Bauernorganisation hat. Vielleicht aber hat er mehr Verbindungen zu einer anderen Kammer. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend vom Standpunkt der Landwirtschaft folgendes sagen: Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede zum Thema Landwirtschaft nur ein paar Rosinen herausgezupft und nicht mehr. Er hat aber nicht von den vielfachen Belastungen und Preissteigerungen, die die Landwirtschaft betreffen, gesprochen. So sind allein die Wegbaukosten im letzten Jahr zwischen 18 und 20 Prozent gestiegen, und das alles ist im Budget kaum berücksichtigt. Es sind die Traktor- und Landmaschinenpreise sowie der Baukostenindex in die Höhe geklettert, und es ist im letzten Jahr laut land- und forstwirtschaftlichem Paritätsspiegel die Indexdifferenz zwischen landwirtschaftlichem Einkommen und Ausgaben um 9,2 Punkte auf 19,5 Punkte

gestiegen. Das ist eine Steigerung, die traurige Einzelheiten für die Landwirtschaft zeigt, weil es eine Steigerung ist, die es bis jetzt noch nicht gegeben hat. (Ruf bei der SPÖ: Das hat der Mussil gemacht!) Der Mussil hat den Dieselpreis nicht erhöht. (Zustimmung bei der ÖVP.) Denn die Regierung hat die Budgetansätze festgelegt, die Regierung hat die Düngermittelpreise erhöht, die Regierung hat die Treibstoffpreise erhöht und alle diese Dinge mehr. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn dann der Herr Bundeskanzler geradezu noch Sorge hat, daß die Bauern durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen angeblich in eine neue Art der Knechtschaft gebracht werden sollen, so ist das eine Sorge, die wirklich überflüssig ist. Denn uns Bauern macht das, was seine Agrarpolitik uns auferlegt, wesentlich mehr Sorgen, das können Sie mir glauben. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ebenso bereiten uns auch die Pläne des Herrn Landwirtschaftsministers Sorgen, nämlich die Eigenständigkeit demokratisch gewählter Einrichtungen durch aufdiktierte Räte und Prüfungskommissionen anzuknabbern. (Abg. Schieder: Da lachen ja selbst Ihre Hühner, Herr Kollege!)

Allzusehr von Fachkenntnis, Herr Kollege, sind Sie in dieser Frage nicht gepeinigt, sonst hätten Sie diesen Zwischenruf nicht gemacht. (Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich abschließend wirklich, daß ... (Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.) Ich freue mich — abschließend möchte ich das feststellen — wirklich, daß es gelungen ist, in der Agrardebatte zum Budget hier in diesem Haus eine solche Bewegung zu erzeugen, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, entweder ist es das schlechte Gewissen oder es gilt das Sprichwort: Die schlechtesten Früchte sind es nicht, an denen die Wespen nagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Man versäumte von Seiten der Regierung keine Gelegenheit, um zu sagen, wie sehr man sich um die Bauern kümmert. Abgesehen davon, meine Damen und Herren, daß es ja ohnedies zu den selbstverständlichen Aufgaben einer Regierung gehört, für alle Gruppen das Optimalste zu tun, ist es gerade im Falle der Landwirtschaft völlig unangebracht, sich deswegen einen Glorienschein umzuhängen, denn dieses Kümmern um uns Bauern hat uns den höchsten Dieselpreis Europas gebracht und in diesem einen Fall 180 Millionen gekostet! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Koller

Für die Landwirtschaft soll nach der Budgetrede und nach der Regierungserklärung nun alles besser werden als früher. Dies zu beweisen, wird allerdings gerade bei uns, die wir das Gegenteil am eigenen Leibe spüren, sehr schwer sein. Oder halten Sie von der Regierungspartei es etwa für ein gerechtes und ausgewogenes Verhältnis, wenn Sie jetzt zum zweiten Male ein Budget vorlegen, dessen Gesamtansatz um rund 10 Prozent gestiegen ist, während der agrarische Anteil an diesem Gesamtbudget außer kosmetischen Korrekturen und Verschiebungen keine wesentliche Steigerung aufweist? Sie brauchen nur im Budget nachzulesen, dann werden Sie das sofort sehen. (*Abg. Dr. Tull: Es sind 300 Millionen mehr!*) Ja, Verschiebungen, 300 Millionen minus dem anderen, was gestrichen wurde! Ist das etwa einer zehnprozentigen Steigerung des Gesamtbudgets aliquot? Ich bitte, mir diesen Beweis zu liefern! Die Aussagen der Bundesregierung und ihr Handeln in der Agrarpolitik stehen damit im krassen Gegensatz zur Gestaltung dieses Budgets und damit zur Wirklichkeit.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß wirklich die Frage stellen, und diese Frage steht auch hier im Raum: Welches Interesse hat denn die Regierungspartei, uns Bauern auf Umwegen zu „Fußmaroden“ dieser Industriegesellschaft zu machen? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich auf den eigentlichen Teil meiner Vorstellungen zum Budget eingehe, zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Tull noch ein paar Worte sagen, und zwar vor allem deswegen, weil es mich wärmt, daß das magische Dreieck der Wirtschaftspolitik, nämlich Wachstum, Stabilität und Vollbeschäftigung, immer wieder beschworen wird, so, als wäre es möglich, alle diese drei Forderungen gleichzeitig vollständig zu erfüllen. Ich glaube, es muß gesagt werden, daß es bei diesen drei wichtigen Punkten der Wirtschaftspolitik immer nur möglich ist, den einen besser und die anderen dafür etwas schlechter zu erfüllen. Man hat das Gefühl gehabt, und das hat sich auch bei der Budgetrede und in der Regierungserklärung gezeigt, daß jetzt die perfekte Lösung gefunden worden ist, diese drei Komponenten der Wirtschaftspolitik extrem optimal aufeinander abzustimmen, und das ist nicht der Fall.

Ich möchte weiterhin sagen — zu einem Detail, zugegebenermaßen —, daß das Auto-

chaos ganz sicher nicht durch verstärkte Tätigkeit im Straßenbau gelöst werden kann, so sehr sich der Kollege Horr auch über die verstärkte Aktivität auf dem Bausektor gefreut hat, denn die Steigerungen von 12 Prozent, die hier angeführt worden sind, müssen mit einem „Deflator“ von 7 Prozent korrigiert werden, damit man die echten Steigerungen feststellen kann. Damit bin ich bei einem Ausdruck, der im Parlament meines Wissens bei der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers zum erstenmal gefallen ist und der mir, obwohl ich glaube, von wirtschaftlichen Problemen einiges zu verstehen, nicht geläufig war. Ich habe daher in mehreren Lexika nachgesehen und dort zwischen „Deflation“ und „Defloration“ nichts gefunden. Die Tatsache, daß dieser Ausdruck „Deflator“ so neu ist, veranlaßt mich zu der Überlegung, ob hier etwas dahintersteckt, ob damit etwas beschönigt werden soll. (*Ruf bei der ÖVP: Sicher etwas Unanständiges!*) Bitte, die Frage der Defloration gehört zweifellos in das Kapitel Familienpolitik, das muß ein anderes Mal diskutiert werden. In dieser Richtung bedarf ich auch keiner Aufklärung durch den Finanzminister, aber über den Deflator möchte ich doch ganz gern einiges wissen. Mir ist aufgefallen, daß der Deflator die tatsächliche Abwertung dadurch beschönigt, daß er in hundert und nicht auf hundert gerechnet wird, also immer etwas niedriger ist als das, was normalerweise als Wert der Inflation bezeichnet würde.

Nun, welche Schlüsse sind aus der Einführung des Begriffes „Deflator“ für den Vergleich der Position der österreichischen Wirtschaft innerhalb Europas gezogen worden? Es wurde gesagt, daß sich in Österreich der Deflator um 1 Prozent verändert hätte, er sei um 1 Prozent größer geworden, die Inflation sei um 1 Prozent gewachsen. Nicht gesagt wurde, daß in den Niederlanden der Deflator um 1,5 Prozent gesunken ist, das heißt, daß die Niederlande ihre Position um 1,5 Prozent verbessern konnten. Ich bin der Auffassung, daß wir Österreicher es uns leisten können, uns an den besten Staaten Europas zu orientieren, und es nicht notwendig haben, uns unter „ferner liegen“ einzustufen. Ich glaube, daß wir mit unserer Wirtschaftspolitik im Hinblick auf den Wohlstand in Europa nach wie vor Nachzügler sind. Die Freiheitliche Partei ist der Auffassung, daß der Wohlstand nur durch Leistung vermehrt werden kann und daß daher die Leistung in allen Bereichen gefördert werden muß. Leistung und Wohlstand für alle, das wird im Zusammenhang mit der Vermögensbildung für alle noch einmal ein eigenes Thema sein, bei dem auf die Kapitalbildung beim einzelnen unter freier

Dipl.-Ing. Hanreich

Verfügbarkeit größter Wert zu legen sein wird.

Was tut nun das Budget 1972, was trägt es dazu bei, um unsere Position innerhalb Europas zu verbessern? Zuerst nimmt es eine Inflation, die uns bevorsteht, als gegeben an. Wenn die Gesamtausgaben um 10,9 Prozent wachsen, wie zuerst in der Budgetrede angegeben wurde, und ein reales Wachstum von 4 Prozent prognostiziert wird, so ist da eine Differenz von 6,9 Prozent. Daß man dann auf Grund der Einschätzung dessen, was in diesem Jahr übrigbleiben wird, den Zuwachs nominell auf 8,8 Prozent geändert hat und damit „nur“ mehr eine 5prozentige Inflation als selbstverständlich in das Budget eingebaut, macht die Sache um nichts besser. Wo, Herr Finanzminister, frage ich Sie, bleibt denn der Kampf gegen die Armut, wenn diese Inflation, als selbstverständlich eingebaut, die Ärmsten am stärksten trifft, wie Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky ganz richtig bemerkt hat? Da scheint mir eine Differenz zwischen der Regierungserklärung mit der Forderung nach „Kampf der Armut!“ und dem Budget des Herrn Finanzministers zu sein.

Wo sind die Maßnahmen zur Sicherung steigender Lohneinkommen, wo doch die Lohnkosten gering bleiben müssen, wie der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede sehr richtig vermerkt hat, wenn auf der anderen Seite verlangt werden muß, daß die Steigerung unserer Löhne stärker sein sollte als in den übrigen Staaten Europas?

In diesem Zusammenhang muß ich auf die Äußerungen des Herrn Kollegen Horr eingehen und ihm sagen, daß wir Freiheitlichen, so sehr wir dafür sind, daß sich beim einzelnen Bauarbeiter der Lohn, den er auf die Hand bekommt, spürbar verbessert, nicht tolerieren können, daß die Lohnnebenkosten weiter steigen und daß durch Nebeneinkommen innerhalb der Bauwirtschaft, durch Verbesserungen beim Urlaubszuschuß und ähnliches (*Abg. Skriptk: Sind Sie gegen einen verbesserten Urlaubszuschuß?*) — Moment, Herr Kollege, lassen Sie mich ausreden! —, die Vergleiche zwischen den Einkommen der Unselbstständigen innerhalb Österreichs und außerhalb Österreichs weiter erschwert werden. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Skriptk: Sie sind also gegen die Verbesserungen der Sozialpolitik, das genügt schon!*)

Herr Kollege! Darf ich Ihnen dazu folgendes sagen: Ich bin der Auffassung, daß sich Sozialpolitik dort am deutlichsten manifestiert, wo der einzelne möglichst viel zur eigenen Verfügung auf die Hand bekommt. Es ist dem einzelnen nicht damit gedient, daß in

irgendeiner Form so nebenbei und unsichtbar für den einzelnen etwas gegeben wird. Der mündige Staatsbürger in Österreich hat durchaus das Recht, klar zu sehen, was er an Lohn bekommt. Man muß ihm seinen Lohn nicht auf dem Umweg über angehobene Lohnnebenkosten vermitteln. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Wir Freiheitlichen haben vor der Wahl einen Katalog von Forderungen vorgebracht, in dem wir den Weg der österreichischen Wirtschaft nach Europa beziehungsweise unsere Vorstellungen davon präzisiert haben. Darunter fällt die Beseitigung aller Wirtschafts- und Anpassungshemmnisse und ein Wettbewerbsklima, das es der Wirtschaft ermöglicht, sich auf den großen Gemeinsamen Markt möglichst gut vorzubereiten. Wir haben auch gefordert, daß die Umstrukturierungen wesentlich erleichtert und verbessert werden, und wir haben großen Wert auf die Forschungsförderung und auf den Umweltschutz gelegt.

Zu dieser Problemstellung, besonders zur Frage der Forschungsförderung, muß aber eines ganz deutlich gesagt werden: Das Budget sieht zwar beträchtliche Steigerungen vor, immerhin 40 Prozent. Wenn man sich die Prozentziffer vor Augen führt, dann, muß man zugeben, ist es eine sehr ordentliche Zahl.

Wenn Sie das aber mit dem Konzept des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vergleichen und nun absolute Ziffern miteinander vergleichen, nämlich das, was sich das Bundesministerium für sein Forschungskonzept erwartet, mit dem, was ihm tatsächlich geboten wird, dann muß ich Ihnen sagen, daß hier nur etwa 65 Prozent der Forderungen erfüllt werden. Das ist eindeutig nicht genug, um unser Ziel einer verstärkten Impulsgebung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft über die Forschung zu erreichen. Solche Prozentsätze, wie 40 Prozent, schauen wunderbar aus, wenn vorher nichts dagewesen ist. Es steht fest, im vorigen Jahr war zuwenig da!

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen sind auch für eine Chancengleichheit der verstaatlichten Industrie und für gleiche Wettbewerbsbedingungen mit der Privatindustrie immer eingetreten. Wir glauben, daß keine politische Einflußnahme auf die Geschäftsführung erfolgen soll. Wir gestehen aber zu, daß man über die Frage der Verteilung des wirtschaftlichen Erfolges aus verstaatlichten Industriebetrieben unter politischen Gesichtspunkten zumindest reden kann. Um das klarzustellen und um klare Abgrenzungen zu schaffen, glaube ich, daß man sich auch überlegen wird müssen, an der Struktur des Budgets vereinzelt Änderungen vorzunehmen.

Dipl.-Ing. Hanreich

Ich glaube, man sollte zum Beispiel die Bergbauernhilfe echt als das deklarieren, was sie wirklich ist, nämlich als eine Maßnahme zur Förderung des Fremdenverkehrs, um sicherzustellen, daß der Fremdenverkehr weiterhin dadurch am Leben und belebt erhalten und gefördert werden kann, daß die Bauern die Landschaft schützen und pflegen. Zu dieser Erkenntnis sind wir inzwischen gekommen. Man sollte das auch klar aussprechen, und man sollte daher innerhalb des Budgets diesbezügliche Umstellungen treffen. (Zustimmung des Abg. K e r n.)

Ich bin nicht der Meinung, daß es richtig ist, die Bauern weiterhin als Almosenempfänger hinzustellen, die subventioniert werden müssen, ohne klarzustellen, welche Aufgaben sie dafür zu übernehmen haben und auch übernehmen. (Zustimmung des Abg. K e r n.)

Eine weiter Änderung, glaube ich, müßte im Bereich der Stützungsmaßnahmen für den Kohlen- und den Buntmetallbergbau gefunden werden. Diese beiden Bereiche haben auch von der Landesverteidigung her gesehen einen wesentlichen Charakter, eine wesentliche Aufgabe. Ich glaube daher, daß man bewußt sagen müßte, daß es sich hier um eine Aufgabe der wirtschaftlichen Landesverteidigung handelt, und so sollte das auch budgetiert werden.

Von wegen wirtschaftlicher Landesverteidigung. Herr Finanzminister! Ich bin an das Budget mit dem notwendigen Ernst herangegangen. Ich habe mich bemüht, einen echten Überblick über das Budget zu gewinnen. Ich bin mir als Staatsbürger auch bewußt, daß der Landesverteidigung innerhalb des Staates ein entsprechendes Maß an Bedeutung beigemessen werden muß.

Wenn ich aber im Kapitel Wirtschaft unter wirtschaftlicher Landesverteidigung einen Betrag budgetiert finde, der schlicht als lächerlich bezeichnet werden muß, dann, Herr Finanzminister, frage ich mich, ob man ein Budget, das eine solche Schwäche aufweist, überhaupt ernst nehmen darf. Ich möchte Ihnen erläutern, warum.

Die wirtschaftliche Landesverteidigung hat die Aufgabe, die Lagerhaltung für den Krisenfall zu sichern und teilweise zu finanzieren. Nun hat man über dieses Thema schon sehr viel gehört und gelesen. Trotzdem ist im Jahre 1970 dieses Budget mit sage und schreibe 10.000 S dotiert gewesen. Davon sind laut Rechnungsabschluß ganze 2000 S für einen Druckauftrag an die Staatsdruckerei ausgegeben worden.

Meine Damen und Herren! Ich mache mich erbötig, den Budgetposten des heurigen Jahres

aus der eigenen Tasche um 100 Prozent aufzustocken, wenn von den heute budgetierten 8000 S wiederum nur 20 Prozent, das sind 1600 S ausgegeben werden, ganz abgesehen davon, daß diese Post jeder vernünftigen Be trachtung der wirtschaftlichen Landesverteidi gung einfach hohnspricht und nicht toleriert werden kann. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. S u p p a n: Was würde der Herr Finanzminister da sagen, wenn Sie das aus eigenem machen?)

Ich möchte nun auf die weiteren Posten des Kapitels Wirtschaft eingehen. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Nicht das ganze Landesverteidigungsbudget will ich aufstocken, aber der Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung, wo das andere ohnehin so schlecht behandelt wird, müßte etwas verbessert werden. (Abg. M i t t e r e r: Es wird nicht mehr lange dauern und Sie können es allein zahlen!) Deswegen sagte ich das ja. Ich darf jetzt zu den weiteren Zuschüssen und den weiteren Förderungsmaßnahmen kommen, die den Gewerbebetrieben im Budget entgegengebracht werden.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Feststellung gemacht: Die Zuschüsse gemäß Gewerbestrukturverbesserungsgesetz sind wesentlich unter dem Durchschnitt gestiegen, nämlich nur um 2,5 Prozent.

In diesem Zusammenhang ist mir ein weiteres Faktum aufgefallen und eine weitere Tatsache bewußt geworden, die heute schon mehrmals ins Gespräch gebracht worden ist. Es ergibt sich in dieser Position folgende Veränderung: Während die Kammern im Jahre 1971 12 Millionen Schilling aus dem Titel des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes zur Verteilung bekommen haben, macht dieser Betrag im Budget 1972 1000 S aus. Trotzdem ist der Gesamtbetrag angewachsen, das heißt, es hat sich hier eine Verschiebung von der Verteilung durch Interessenvertretungen auf die Verteilung durch das Ministerium ergeben. Ich würde gerne wissen, was diesen Vorgängen zugrunde liegt, und, da das auch im Bereich der Landwirtschaft der Fall ist, würde ich gerne wissen, wo der Herr Finanzminister mit dieser Verschiebung der Finanzen hinstößt. Darüber hätte ich gerne Auskunft erhalten.

Auch die Investitionsförderung ist verhältnismäßig wenig angestiegen, nämlich um 3 Prozent. Die Förderungsausgaben betragen im Vergleich zu 1970 1972 nur einen geringen Teil, denn 1970 sind für diesen Zweck 127 Millionen Schilling vorgesehen gewesen, während diesmal nur 74,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, was immerhin gegenüber dem

Dipl.-Ing. Hanreich

vergangenen Jahr noch einer Steigerung von 3 Prozent entspricht.

Die weiteren wirtschaftsfördernden Gesichtspunkte des Budgets finden sich außerhalb des Kapitels Wirtschaft, vor allem im Hinblick auf die Bauwirtschaft und damit auch auf das Baunebengewerbe.

Zur Frage der konjunkturellen Auswirkung des Konjunkturausgleichsbudgets wird noch separat zu sprechen sein, und mein Kollege Stix wird sich sicher mit der bekannten Akribie dieses Problems annehmen und hier zweifellos auch darauf hinweisen, daß mit einem Konjunkturausgleichsbudget der Tatsache nicht Rechnung getragen werden kann, daß, wie Herr Professor Koren ganz richtig gesagt hat, die Konjunkturentwicklung sehr differenziert sein kann und man daher sehr gezielt mit Stützungs- und Hilfsmaßnahmen oder eben mit verstärkten Ausgaben eingreifen müßte. Ich frage mich allerdings: Wo sind in diesem Budget nun wirklich für die gewerbliche Wirtschaft die stimulierenden Effekte? Wo steckt hier wirklich der Antrieb, zum Beispiel in Richtung verstärkter Umweltschutz innerhalb der Industrie und innerhalb des Gewerbes tätig zu werden, sei es, um die eigenen Werke im Hinblick auf ihre Umweltfreundlichkeit zu verbessern, sei es, um umweltfreundlichere Produkte zu entwickeln?

Wir werden zweifellos jedes einzelne Kapitel einer sehr genauen und sachlichen Überprüfung unterziehen müssen, und eine Entscheidung zu jedem einzelnen Kapitel des Budgets wird erst nach einer präzisen Prüfung möglich sein, die wir Freiheitlichen umso lieber durchführen, als wir bereit sind, jeden Vorschlag und jede Unterlage auf ihren sachlichen Inhalt und auf ihre positive Auswirkung zugunsten des österreichischen Volkes zu überprüfen. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Abgeordnete Pfeifer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Pfeifer (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Kapitel Land- und Forstwirtschaft wird wie alle übrigen Kapitel ja gesondert während der Budgetdebatte behandelt werden. Ich möchte auf einige Redner der beiden Oppositionsparteien, die sich mit den Fragen der Landwirtschaft befaßt haben, ganz kurz replizieren.

Ich möchte erstens einmal sagen, daß der Kollege Hanreich von der Freiheitlichen Partei Österreichs — das ist mir aufgefallen — der erste Oppositorsredner war, der sich in seinem Beitrag über Fragen der Landwirtschaft echt sachlich von seiner Warte aus auch mit

den Fragen des Bergbauern-Sonderprogramms befaßt hat.

Was nun die Beiträge der ÖVP-Abgeordneten Koller und des Herrn Klubobmannes der Volkspartei, Professor Dr. Koren, betrifft, möchte ich folgendes sagen: Meine Damen und Herren! Der Kollege Koller hat hier all das, was uns ja schon sehr bekannt ist, wieder einmal in Form einer neuen Platte aufgelegt. Er sagte, die Lage der Landwirtschaft sei beängstigend. Die Lage der Landwirtschaft ist beängstigend, seit es eine sozialistische Regierung gibt, glauben Sie? Wo waren Sie denn in den 25 Jahren der ÖVP-Politik? Was haben Sie denn getan? (*Beifall bei der SPÖ*.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt einmal Ihre Abgeordneten sehen, wenn Sie auf dieser Regierungsbank einen Finanzminister, einen Landwirtschaftsminister sitzen hätten, der im Grünen Plan weit mehr als 1 Milliarde Schilling zur Verfügung stellte. Was würden Sie da für Freudentänze aufführen! Wir werden nicht übermütig. Wir wissen ganz genau, wie schwierig die Probleme der Landwirtschaft sind, und sind jederzeit bereit, gemeinsam diese schwierigen Probleme, wenn auch Sie das wünschen, zu meistern.

Daß Herr Kollege Koller — ich möchte nur auf eines, was mir nicht un wesentlich und auch nicht ganz ungefährlich erschienen ist, replizieren — mit den Bundesprüfungskommissionen keine Freude hat, ist mir vollkommen verständlich. Es ist Ihr gutes Recht, beinhalt dagegen zu kämpfen und zu sagen: Wir brauchen diese Bundesprüfungskommissionen nicht! Aber nehmen Sie zur Kenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren der Volkspartei — ich sage das auch eingedenk der Situation, daß auch wir sozialistischen Abgeordneten damals während der Regierung der Österreichischen Volkspartei als Oppositionsabgeordnete mit Diskussionsbeiträgen sicherlich keine Waisenknaben waren —, daß bei uns eine Frage im Raum stehen bleibt. Wenn Sie diese Bundesprüfungskommissionen mit aller Härte ablehnen, dann fragen wir: Was haben Sie zu verbergen? (*Beifall bei der SPÖ*.)

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Professor Dr. Koren, sagte in seinem Diskussionsbeitrag unter anderem — ich habe das wörtlich mitgeschrieben —, er müsse auch einige Gedanken an die Landwirtschaft verschwenden. Wir wissen, daß der Herr Klubobmann Dr. Koren auch als seinerzeitiger Finanzminister der Regierung Klaus wenn überhaupt nur sehr ungern seine Zeit mit den Anliegen der Landwirtschaft ver-

Pfeifer

schwendet hat. Dieser Umstand unterscheidet Sie, Herr Klubobmann Dr. Koren, sehr wesentlich von unserem derzeitigen Finanzminister Dr. Androsch. Sie, Herr Professor Dr. Koren, meinten, daß wir Sozialisten — so sagten Sie wörtlich — seit ein bis zwei Jahren das Herz für die Bauern entdeckt hätten. Sie sagten dann weiter, daß nur die richtige Landwirtschaftspolitik bis 1970 durch die Volkspartei unseren Finanzminister in die Lage versetzt hätte, einen populären Akzent, wie Sie wörtlich sagten, in der Agrarpolitik zu setzen. Dieser Behauptung, Herr Klubobmann Doktor Koren, möchte ich entschieden entgegentreten. (*Abg. Graf: Das wundert ihn nicht! Das ist anzunehmen!*) Herr Klubobmann Dr. Koren! Als Sie von der richtigen VP-Agrarpolitik sprachen, waren Sie entweder schlecht informiert oder Sie hatten sich mit den landwirtschaftlichen Problemen zuwenig befaßt.

War die Agrarpolitik der ÖVP richtig? Die letzte Milchpreiserhöhung der Volkspartei, von der heute auch schon gesprochen wurde, war, wenn man den 1. Jänner 1967 ausschließt, am 1. Mai 1965. Am 1. Jänner 1967 haben Sie den Milchpreis zu Lasten des Konsumenten um 1 S erhöht; der Bauer erhielt keinen Groschen. Sie stopften damit notdürftig Ihre Budgetlöcher. Wir haben den Milchpreis um 30 Groschen angehoben; 25 Groschen bekommt der Bauer für die erste Qualität mehr.

Bei den Brotgetreide-Ausgleichsmaßnahmen hat der damalige Finanzminister Koren überhaupt keine Zeit für die Landwirtschaft gehabt, und unser Finanzminister muß die damals nicht bezahlten Beträge, die in die Hunderte Millionen gehen, in Budgetüberschreitungsgesetzen unterbringen.

Zur Sozialpolitik meinte Dr. Koren, es sei lediglich dafür vorgesorgt worden, die Vollziehung beschlossener Gesetze durchzuführen. Kein Groschen mehr, so erklärte er wörtlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Volkspartei! Ich erinnere mich noch ganz gut an das damals von Ihnen während der monokoloren Regierung Klaus so „sagenumwoben“ vorgelegte „Sozialpaket“. Mit diesem Sozialpaket wurde nach nächtelangen Verhandlungen auch die Bauerpension beschlossen. Ich habe Ihnen damals erklärt: Bevor dieses Gesetz in Rechtskraft treten wird, wird es novelliert werden müssen.

Dieses ganze Sozialpaket haben Sie damals unter eine Devise gestellt, nämlich: Was wenig kostet, wird sofort beschlossen und sofort eingeführt; was mehr kostet, wird aus wahlpolitischen Überlegungen sofort beschlossen und nach den Wahlen eingeführt; und was sehr viel kostet, wird sofort beschlossen

und im Jänner 1971 in Wirksamkeit gesetzt — da werden sich dann schon die Sozialisten mit der Bedeckung herumraufen müssen.

Das Bergbauern-Sonderprogramm der Regierung wurde von Dr. Koren als „politischer Gag“ hingestellt. Ich möchte diese Unterstellung namens meiner Fraktion auf das entschiedenste zurückweisen! Wir Sozialisten werden den österreichischen Bergbauern durch das Bergbauern-Sonderprogramm innerhalb von fünf Jahren 1,5 Milliarden zur Bewältigung ihrer schwierigen Probleme als staatliche Hilfeleistung zur Verfügung stellen. Sie von Seiten der Österreichischen Volkspartei hätten 25 Jahre Zeit und Möglichkeit gehabt, dieses Problem, wenn schon nicht zu lösen, so wenigstens in Angriff zu nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie wissen nichts vom Bergbauernförderungsprogramm!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich stelle noch einmal fest: Sie haben in dieser Richtung nichts getan, und ich weiß auch, daß Ihnen das sehr, sehr unangenehm ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich habe einleitend gesagt, daß mein Debattenbeitrag sehr kurz sein wird. Ich möchte mich daran halten.

Dieses vorliegende Budget für das Finanzjahr 1972, Kapitel Land- und Forstwirtschaft, ist ein bedeutender Schritt in der Blickrichtung einer modernen Agrarpolitik und in einen größeren, integrierten europäischen Markt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Mitterer gemeldet. Ich bitte.

Abgeordneter Mitterer (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte vorweg einmal feststellen, daß ich einige Male den Myrdal-Bericht zitieren werde. Er liegt in einem Paperback-Konzept hier vor, und ich werde mir erlauben, auf einige sehr ähnliche Erscheinungen hinzuweisen.

Ich darf einmal feststellen, daß in diesem Myrdal-Bericht der schwedischen Myrdal-Kommission unter anderem auch zu lesen ist, daß der Tüchtige, Begabte und Erfolgreiche mehr oder weniger nichts dafür kann — es wurde ihm von der Natur mitgegeben —, und es müssen ihm noch mehr Steuern auferlegt werden, damit der Untüchtige und Unbegabte ein ungefähr gleiches Leben führen kann.

Ich glaube, das ist ein sehr interessanter Gesichtspunkt, der ja dem Egalitätsprinzip oder dem Egalität-Fordern entspricht, das in der französischen Revolution schon zutage getreten ist und nicht einmal damals durch-

Nationalrat XIII. GP — 6. Sitzung — 17. November 1971

289

Mitterer

gesetzt werden konnte, sogar nicht einmal in der russischen Revolution — wir wissen ja alle, daß man von Egalität dort heute sehr weit entfernt ist —, das aber nun die schwedische sozialistische Regierung, offenbar gestützt auf ihre kommunistischen Stimmen, durchzusetzen versucht.

Ich möchte das also feststellen, weil es doch sehr wesentlich ist, wenn man über ein sozialistisches Zukunftsbild spricht, wenn man über ein Zukunftsbild einer sozialistischen Partei spricht, daß man jenes Land anpeilt, das ja auch von Ihnen immer als Beispiel genommen wurde, und daß man sich überlegt: Wie soll dieser Weg aussehen?

In der Budgetrede zum Bundeshaushalt 1972 macht sich wieder einmal deutlich bemerkbar, wie zwiespältig es für eine sozialistische Regierung ist, zwischen Scylla und Charybdis, nämlich der Frage der Währungsstabilität und der des Wachstums, durchzuturnen.

„Die Bundesregierung“ — so heißt es darin — „ist sich des außerordentlich unsozialen Charakters“ — hier sind wir absolut einer Meinung — „einer inflationären Entwicklung bewußt ...“ Siehe Seite 4 der Budgetrede.

Dann aber stellen wir fest, daß die ganze Erstellung des Budgets keine stabilitätsbewußte Orientierung aufweist. Ich glaube also, daß diese Feststellung allein schon sehr bedeutungsvoll ist.

„Ein kleines Land“ — so sagte der Herr Finanzminister — „mit so starker außenwirtschaftlicher Verflechtung wie Österreich ist internationalen Einflüssen besonders stark ausgesetzt.“

Ich teile diese Meinung. Aber wo bleibt dann, meine Damen und Herren, die Wahrheit des Slogans der sogenannten hausgemachten Konjunktur, also einer Konjunktur, die nicht abhängig ist etwa von der deutschen oder anderen großen Konjunkturentwicklungen, wie wir sie heute haben?

Oder — so muß ich nun fragen, wenn wir hier fortsetzen — soll das heißen, daß Österreich gegenüber dem internationalen Preisauftrieb schutzlos dasteht, daß Preisauftriebsimpulse ausschließlich vom Ausland kommen und daß interne Preisauftriebskräfte praktisch nicht bestehen? Gerade das Budget 1972 ist aber in seiner internen Entwicklung von einem sehr starken Inflationsfaktor gekennzeichnet.

Ich darf das unter Beweis stellen: Die Steigerung des Ausgabenrahmens um fast 11 Prozent ist doch ein bedeutungsvoller Hinweis, wenn man bedenkt, daß in dem Budget der ÖVP-Regierung diese Steigerungsrate 7,8 Prozent betrug, daß sie bereits unter Finanz-

minister Androsch im Jahr 1971 9,7 Prozent betrug und nun 11 Prozent beträgt. Hier kann man also wirklich feststellen — das wurde auch von dem Herrn Finanzminister bestätigt —, daß der Voranschlag einen expansiven Charakter hat. Wie reimt sich das aber nun zusammen?

Herr Minister Dr. Androsch hat gemeint, daß diese Ausweitung annähernd der für 1972 erwarteten nominellen Zuwachsrate des Bruttonationalproduktes im Ausmaß von etwa 9 Prozent entspricht. Das heißt, der Herr Finanzminister rechnet schon im voraus mit einer ständigen Inflationsrate von mindestens 5 Prozent, denn die reale Steigerungsrate beträgt ja laut Wirtschaftsforschungsinstitut 4 Prozent. Er hat also praktisch diese Entwicklung schon als sicher angenommen.

Eine solche Inflationsrate scheint vielleicht, möglicherweise — ich kann es nicht bestätigen, aber ich muß ja aus dem Budget gewisse Schlüsse ziehen — willkommen zu sein, weil der Finanzminister sonst nicht allen Ressorts die Steigerungsraten der Budgetansätze hätte zusagen können.

Die Bundesregierung ließ sich laut Minister Dr. Androsch bei der Erstellung des Budgets von gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen leiten und setzt damit 1972 den schon 1971 eingeschlagenen Weg fort, ihr gesellschaftspolitisches Programm zu verwirklichen, das ohne hohe Inflationsraten offensichtlich nicht zu verwirklichen ist, also nur mit der von der Regierung selbst als unsozial bezeichneten Inflation durchgesetzt werden kann.

Wir sind also auf dem schwedischen Weg. Österreich scheint in seinen Annahmen in der Mitte zwischen der schwedischen Illusion und der jugoslawischen Realität zu liegen.

Ich glaube, daß ich wieder aus dem Alva-Myrdal-Bericht der schwedischen Sozialdemokraten entnehmen kann, daß die Inflation — so schreibt dieser Bericht wörtlich, ich zitiere hier immer wörtlich — tolerierbar sei, weil die kleinen Leute kaum sparen, da der Staat weitgehend die Daseinsvorsorge übernommen hat. — So steht es in diesem Bericht drinnen.

Sie können nun sicher sagen: Wir sind nicht in Schweden, warum lesen Sie uns das vor? — Ja Sie lesen uns doch immer vor, was in Schweden geschieht, wie es in Schweden gemacht wird, was in Schweden alles ist. Gestatten Sie also, daß ich auch auf diese Tatsache zurückkomme.

„Also werden auch kaum Ersparnisse kleiner Leute durch die schlechende Geldentwertung betroffen.“

Mitterer

Ich glaube nicht, daß man so einfach argumentieren kann. Die hohe Inflationsrate kann mit dieser Argumentation ohne Gewissensbisse offenbar als Preis für das Wirtschaftswachstum und die steigenden Löhne angegeben werden.

Allerdings, als im Jahre 1970 die Inflationsrate in Schweden mit 7,2 Prozent wieder einen Höhepunkt erreicht hatte, sah sich die schwedische Regierung genötigt, für die Wirtschaft des Landes einen allgemeinen Preisstopp zu verfügen.

Die Pläne der österreichischen Regierung zum Ausbau des Preisregelungsgesetzes zu einem Preisstoppinstrument und zur Umwandlung der Paritätischen Kommission in eine Preisbehörde beweisen, daß die sozialistische Regierung sehr wesentlich diese schwedische Entwicklung nachzuvollziehen scheint.

Die These von der Belanglosigkeit der Inflation scheint aber auch in Schweden, wie dies in Österreich der Fall ist, bei der Bevölkerung keinen Anklang zu finden. Anders sind die Preisstoppmaßnahmen nicht zu erklären. Es hat sich nämlich wieder einmal gezeigt, daß in diesem Lande, wo ein solcher Preisstopp durchgeführt wurde und heute noch gilt, die Inflation lediglich eine bestimmte Zeit zurückgestaut werden konnte, dann aber noch in viel größerem Ausmaß eingetreten ist.

Die österreichischen Sozialisten haben sich zur Erreichung des vollständigen Preisdirigismus offenbar eine Art Stufenplan ausgedacht. Die erste Stufe lautet etwa: Die Verantwortung für die Preise tragen die Sozialpartner; aus verschiedenen Stellen der Budgetrede klar ersichtlich. Zweite Stufe: Die Regierung — und das wurde ja heute schon mehrmals von unseren Rednern gesagt — inflationiert weiter, bis die Sozialpartner schließlich überfordert sind und die Preis-Lohn-Flut nicht mehr zurückdämmen können. Und die dritte Stufe: Ein Preisstopp oder eine Preisbewirtschaftung nach schwedischem Muster, denn selbst bei Alva Myrdal lesen wir dann, daß das ein „gravierender Eingriff in das marktwirtschaftliche System“ sei.

Die sozialistische Regierung hat zwar schon in der letzten Legislaturperiode behauptet, sie hätte auf budgetpolitischem Gebiet alles unternommen, um dem übermäßigen Preisauftrieb entgegenzuwirken. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist, daß der an sich schon expansive Voranschlag 1971 — das wurde auch immer wieder gesagt — in seiner Vollziehung um 2 Milliarden Schilling überschritten wird.

Das Budget 1972 schöpft den Finanzierungsspielraum mit einem Rahmen für Nettokreditaufnahmen von 4,1 Milliarden Schilling nahezu voll aus. Die Antwort, wie der allfällige Konjunkturausgleichshaushalt, den wir ja ebenfalls vorliegen haben, in der vorgesehenen Höhe von 2,8 Milliarden Schilling finanziert werden soll, bleibt der Finanzminister in seiner Budgetrede schuldig. Ist die Bundesregierung also wirklich vorbereitet auf eine solche Entwicklung, zur Konjunkturbelebung zusätzliche Mittel einzusetzen, wie es in der Budgetrede heißt? Ich verweise auf Seite 51. Ein Konjunkturausgleichshaushalt, der nicht finanziert werden kann, wird kaum ein taugliches Mittel sein, „einem ungünstigeren Konjunkturverlauf rechtzeitig entgegenzusteuern“.

Die Flut der auf uns zukommenden Tarif erhöhungen wird in der Budgetrede damit begründet, daß die Stabilisierungsbemühungen nicht einseitig zu Lasten öffentlicher Investitionen gehen können. Die Investitionspolitik des sozialistischen Finanzministers ließ aber weder im letzten noch im jetzigen Budget überhaupt ein stabilitätspolitisches Konzept erkennen. Die Investitionspolitik ist meines Erachtens sogar prozyklisch — anstatt antizyklisch — und damit inflationsverschärfend.

Die Wirtschaft ist sich der großen Bedeutung der Infrastrukturinvestitionen durchaus bewußt. Wir sind aber immer dafür eingetreten, daß eine Verfestigung der Investitions politik der öffentlichen Hand zur Währungs stabilität beizutragen habe. Wenn die Regierung vorhat, auf lange Sicht die Investitionen um 8,5 Prozent pro Jahr — laut Investitions programm — zu steigern, dann ist es stabilitätspolitisch wohl eindeutig falsch, die Investitionen 1971 um rund 12 Prozent und 1972 um rund 13 Prozent zu erhöhen, beides Jahre mit Konjunkturüberhitzungserscheinungen und extremen Preissteigerungen.

Ist das Investitionsprogramm also ernst gemeint, dann kann das nur bedeuten, daß in späteren Jahren nur wesentlich geringere Steigerungen der Investitionen möglich sein werden, und zwar gerade dann, wenn sie zur Konjunkturbelebung dringend nötig wären.

Allerdings hat man den Eindruck, daß zwar viel über langfristige Orientierung der Budget politik — darüber wurde heute ja schon die Kritik eröffnet — und besonders über ein langfristiges Investitionsprogramm geredet wird, daß aber das, was bis jetzt davon vorhanden ist, niemand richtig kennt und für die jährliche Budgetierung auch offensichtlich belanglos ist. Der Herr Finanzminister hat es jedenfalls nicht für notwendig oder vielleicht

Mitterer

nicht für möglich erachtet, das vielgepriesene zehnjährige Investitionsprogramm zumindest als Beilage dem Budgetentwurf anzuschließen. Außer der häufigen Verwendung des Wortes „längerfristig“ lassen sich in diesem wie auch im letzten Budgetentwurf kaum längerfristige Konzepte erkennen.

Eine sozialistische Regierung hat natürlich überhaupt keine Bedenken, Wählerschichten und Interessengruppen durch Umverteilungsmaßnahmen zu ködern. Es liegt auf ihrer ideologischen Linie, daß sich allein durch eine zunehmende Ausweitung des öffentlichen Sektors der sozialistische Staat von selbst ergibt.

Der Herr Finanzminister sagte in der Budgetrede, daß ein armer Staat kein gerechter Staat sei. Moderne Wohlfahrtspolitik läßt sich nach seiner Meinung vornehmlich über die Ausgabenseite verwirklichen. Das heißt aber mit anderen Worten doch auch, daß ein reicher und mächtiger Staat, der die armen und ohnmächtigen Steuerzahler immer mehr ausbeutet, von den Sozialisten als gerecht empfunden wird. Auch von den schwedischen Sozialisten wird ausdrücklich die Theorie Schumpeters betont, daß der Kapitalismus als Folge der zunehmenden staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben in den Sozialismus münden wird.

Die zunehmende Staatstätigkeit geht programmgemäß mit einer Verstärkung von Planung und Lenkung Hand in Hand. „Wenn die Gleichheitsziele“ — so wieder der Myrdal-Bericht — „der Sozialdemokratie erreicht werden sollen, ist jedoch eine koordinierte gesellschaftliche Planung für die gesamten Lebensbedingungen der Menschen notwendig.“ Das endet dann mit der Feststellung, daß in großen Siedlungen Gemeinschaftsküchen zu errichten sein werden, damit man hier billiger und der Bevölkerung leichter zugänglich die Verpflegung sicherstellen kann. — Das steht in dem Bericht. Das ist nicht irgendeine verrückte Erfindung, sondern es ist hier nachzulesen.

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist die wachsende Steuerlast — persönliches Einkommen wird immer weniger von der persönlichen Leistung bestimmt, sondern von staatlichen Subventionen und Zuschüssen —, sie ist also eindeutig leistungsfeindlich. Diese Konsequenz des Sozialismus wird von der Regierung natürlich bewußt verschwiegen.

Kosmetische Steuermaßnahmen, wie die Lohnsteuerreform im letzten Jahr, sollen darüber hinwegtäuschen, daß die Besteuerung immer leistungs- und einkommensfeindlicher wird. Die Regierung behauptet sogar, daß sie

mit der letzten Einkommensteuerreform die Progression gemildert habe — zu lesen auf Seite 16 des genannten Berichtes des Herrn Finanzministers. Das Gegenteil ist aber der Fall. Jedem leuchtet ein, daß bei Senkung des Tarifs im unteren Einkommensbereich und Anhebung im oberen die Progression des ganzen Steuertarifs steiler wird, als sie ohnedies schon ist. Eine sozialistische Regierung ist daher offenbar nur unter dem stärksten Druck der Gewerkschaften, der öffentlichen Meinung und der Oppositionsparteien überhaupt dazu zu bringen, steuerliche Zugeständnisse zu machen.

Um auf die Einnahmenseite des Voranschlags einzugehen, sei festgestellt, daß der Herr Finanzminister eine Steigerung des Gesamtaufkommens 1972 gegenüber 1971 in Höhe von 12 Prozent errechnet hat; mit den an die Länder und Gemeinden abzutretenden Anteilen erwartet er einen Ertrag von 113 Milliarden Schilling.

Er hat jedoch zu erwähnen vergessen, daß die öffentlichen Abgaben, die den Mammutanteil der gesamten Einnahmen ausmachen, mit 13,9 Prozent wachsen, darunter die Einkommen- und Vermögensteuern mit dem einmaligen Spitzensatz von 16,8 Prozent. Demnach werden die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen im Jahre 1972 36,1 Prozent des Bruttonationalproduktes beanspruchen, während sie dies im Jahre 1971 nur mit 35,9 Prozent taten. Der Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt nimmt also ununterbrochen zu.

Man kann nun vielleicht einwenden, daß die Steigerungsrate von 16,8 Prozent bei den Einkommen- und Vermögensteuern niedriger sein wird, weil ja im heurigen Jahr mehr, als im Voranschlag 1971 vorgesehen war, aufkommt und daher die Ausgangsbasis für den Vergleich höher liegt; ich bin aber überzeugt, daß im Jahre 1972 trotz der konjunkturrellen Entspannung ein gegenüber dem Voranschlag größerer Ertrag bei den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen eintreten wird, weil in diesem Jahr mit dem üblichen „time lag“ die hohen Abschlußzahlungen für die konjunkturrellen Spitzenjahre 1969 und 1970 fällig werden und außerdem die Progressionsmaschinerie infolge der Teuerung stärker angeheizt wird.

Die sonstigen Einnahmen, wie die Betriebs-einnahmen der Bundesbahnen, der Post und der Monopole, sollen im Jahre 1972 in einem Ausmaß von 9,7 Prozent gegenüber 1971 steigen, also im Gleichtakt mit dem Wachstum des Bruttonationalproduktes marschieren; es ist aber schon vorgesehen, daß es nicht dabei

Mitterer

bleibt, sondern daß Tarifveränderungen das Bild verwandeln werden.

Zur Steuerreform hat der Herr Finanzminister wenig Konkretes in Aussicht gestellt. Er spricht zwar von der Einführung der Mehrwertsteuer zum 1. Jänner 1973 als der ersten Etappe einer großen Steuerreform, hinsichtlich der weiteren Etappen erwähnt er aber nur mehr die Progressionsmilderung, Maßnahmen im Bereich der Ehegattenbesteuerung und — etwas mystisch ausgedrückt — die Reform der Berücksichtigung der Sonderausgaben. Wir kennen diese Art von parteichinesisch.

Schon bei der Mehrwertsteuer muß ich aber einen Augenblick anhalten. Es ist noch kein vorlagereifer Entwurf vorhanden. Niemand weiß, mit welchen Belastungssätzen zu rechnen sein wird. Im Referentenentwurf ist zwar ein Regelsatz von 16 Prozent vorgesehen, aber der Finanzminister hat bei der Übergabe dieses Entwurfs an die Öffentlichkeit ausdrücklich von einer nochmaligen Prüfung des Satzes durch objektive Gutachter gesprochen.

An sich ist diese Vorgangsweise, zuerst einen Steuersatz in die Welt zu setzen und ihn nachher verifizieren zu lassen, schon eigenartig. Noch mehr aber muß man sich wundern, daß die Öffentlichkeit und insbesondere die an dieser Reform besonders interessierte Wirtschaft das Ergebnis dieser Gutachten bisher nicht zu Gesicht bekamen.

Der Herr Finanzminister hat die Gesetzwerdung der Mehrwertsteuer seinerzeit auch von dem Konsensus der Opposition abhängig gemacht. Bisher ist er mit dieser Frage an uns noch nicht herangetreten. Meines Erachtens schlägt es aber diesbezüglich bald 12 Uhr, weil man die Mehrwertsteuer, die eine grundlegende Änderung nicht nur der Umsatzsteuertechnik, sondern auch der Kalkulation, des Rechnungswesens und des ganzen Preisgefüges zur Folge hat, nicht beschließen und sofort zur Anwendung bringen kann. Zwischen Beschußfassung und Inkrafttreten muß allen, der Wirtschaft wie auch der Finanzverwaltung, Zeit zum Überdenken und zur Vorbereitung gegeben werden. Der 1. Jänner 1973 erscheint mir daher als ein äußerst wackeliger Termin.

Bedeutet nun eine zeitliche Verschiebung — das wäre auch eine sehr interessante Frage, die sich hier daraus ergibt — der Mehrwertsteuereinführung, daß zum 1. Jänner 1973 auch die für diesen Zeitpunkt angekündigten kleineren Korrekturmaßnahmen unterbleiben? Wie soll überhaupt die zweite Etappe der großen Steuerreform aussehen und wann wird sie realisiert?

Eine Progressionsmilderung wäre ja schon weiß Gott für 1972 fällig, weil die heuer feststellbare Inflationierung Gewinne und Löhne in immer höhere Schichten des Progressionstarifs treibt, sodaß nach Abzug der Steuer vielfach ein geringerer Realgewinn beziehungsweise ein geringerer Reallohn verbleibt als vor der Erhöhung.

Ich verstehe sehr gut, daß der Gewerkschaftsbund sich darüber alteriert hat, weil man hier überhaupt taube Ohren zu haben scheint. Ich verstehe auch das Murren der Arbeitnehmer über diese geradezu drakonische Erfassung des Einkommen- und Lohnzuwachses. Die gewerbliche Wirtschaft leidet ja nicht zuletzt durch die Zusammenrechnung der Ehegatteneinkünfte und durch das Problem der Scheingewinne schon seit Jahren unter dieser Entwicklung. Genauso wie die Arbeitnehmer ist sie an einer gründlichen Remedur dieses Tarifgefüges interessiert.

Verwunderlich ist, daß der Herr Finanzminister, der diesbezüglich zum 1. Jänner 1973 Begradiigungen vorzunehmen gedenkt, zunächst nur mit dem Gewerkschaftsbund darüber verhandeln will und nicht auch die übrigen Beteiligten eingeladen hat. Die Einkommensteuer und der Einkommensteuertarif gehen aber jedermann an, und nicht nur die Träger einer bestimmten Einkunftsart. Auf dem Gebiet der Haushaltsbesteuerung herrschen noch immer immanente Ungerechtigkeiten. Bei gleichen Einkommensverhältnissen schneidet der Haushalt mit dem Alleinverdiener — gleichviel, ob er selbstständig oder unselbstständig ist — wesentlich schlechter ab als der Doppelverdienerhaushalt. Unter Einfluß unserer besonders gearteten Tarifstruktur ergeben sich hier Belastungsunterschiede, die nicht länger hingenommen werden können.

Was der Herr Finanzminister mit der Berücksichtigung der Sonderausgaben zum 1. Jänner 1973 meint, bleibt unklar wie vieles. Erinnert sei jedoch an die Worte des Herrn Bundeskanzlers vor der Märzwahl 1970, daß die österreichischen Arbeitnehmer getrost weiter Zusatzkrankenversicherungsverträge und Bausparvereinbarungen abschließen können, weil er — an die Macht gekommen — nicht daran denke, hier Verschlechterungen einzuführen. Will der Herr Finanzminister — wofür Andeutungen vorliegen — derartige oder Alters-, Krankheits- und Wohnungsvorsorge gewidmete Ersparnisse in Zukunft anders behandeln? — Es wäre zumindest sehr gut gewesen, hierüber eine klare Antwort zu bekommen.

Der Herr Finanzminister spricht allenthalben von Planung. Er hat einen Investitionsplan

Mitterer

ausgearbeitet und will jetzt auch die gesamte Budgetgebarung unter den Hut einer mittelfristigen Finanzplanung bringen.

Warum macht er nicht das gleiche auf der Steuerseite? Warum agiert er hier von der Hand in den Mund und läßt nicht wenigstens große Linien erkennen, die er ansteuert? Die Investitionsdaten des Bundes mögen vom Standpunkt der Haushaltsplanung für den Bund, auch für die gewerbliche Wirtschaft als Auftragnehmer, durchaus von Interesse sein. Die Daten der Steuerreform, die tief in das unternehmerische Geschehen eingreifen und für die gesamte Volkswirtschaft Markierungen festsetzen, sind es aber nicht minder.

Wie lang werden also beispielsweise die Sondersteuern noch erhoben werden? Wie sieht es mit den Liegenschaftseinheitswerten aus? Kommt eine Körperschaftssteuerreform? Bleibt die Gewerbesteuer als Sondersteuer erhalten? Oder wird sie, wie dies in Auslandsstaaten mit gleicher Steuerstruktur erwogen wird, allmählich in der Mehrwertsteuer aufgehen?

Diese und andere Dinge gehören in ein Konzept gebracht, aus dem dann eine echte, wirkliche, große Steuerreform herauswachsen könnte.

Bei der Wirtschaftsförderung in der Form der Verbesserung der Außenfinanzierung denkt der Herr Finanzminister nur an die großen Unternehmungen. Das ist wichtig und gut, das möchte ich gar nicht bezweifeln. Er erwähnt den Ausbau des Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, die Kapitalanreicherung bei der Industrie-Kredit AG und die Errichtung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft.

Für kleine und mittlere Unternehmungen sind diese Institutionen weder gedacht noch geschaffen. Aber auch diese Unternehmungen, meine Damen und Herren, wollen nicht nur leben und wachsen, sondern sie tragen mit ihren Ideen, Produktionsumstellungen und Rationalisierungsmaßnahmen entscheidend zum allgemeinen ökonomischen Fortschritt bei. Es gilt daher, sich dieser Unternehmungen zumindest im gleichen Umfang anzunehmen wie der großen.

Da diese Betriebe im Hinblick auf den Steuerdruck ihre Erneuerungsinvestitionen immer weniger im Wege der Selbstfinanzierung bewerkstelligen können und auch nicht den Kapitalmarkt zur Verfügung haben, sind sie auf das Kreditangebot angewiesen. Verschiedene Kreditaktionen, die im Wege der Selbst- oder Gemeinschaftshilfe entstanden sind und teils Zinsenzuschüsse gewähren, teils Haftungen übernehmen, erleichtern die Situation. Würde der Bund im Wege der Über-

nahme von Bundeshaftungen das Haftungspotential dieser Bürgschaftseinrichtungen stärken, wie dies zum Beispiel beim Entwicklungs- und Erneuerungsfonds der Fall ist, wäre ein Multiplikator-Effekt zweifellos erreicht.

Neben der Demoralisierung der Leistungswilligen durch Besteuerung und Inflation nehmen die Sozialisten auch das persönliche Eigentum aufs Korn. In der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II genießt das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz Priorität. Die Bundesregierung werde bemüht sein, einen Ausgleich zwischen den privaten Interessen an Grund und Boden und den Anliegen der Gemeinschaft herzustellen. — Soweit, sogen. Wie das in sozialistischer Praxis aussieht, darf ich Ihnen wieder an dem schwedischen Beispiel laut Myrdal-Bericht zeigen.

„Ungefähr 40 Prozent“ — so heißt es in diesem Bericht — „des Wohnungsbestandes an Mehrfamilienhäusern ist immer noch Privatbesitz“ — also wie schrecklich —; „Eigentümer sind sowohl private Hausbesitzer als auch Wohnungsunternehmen und Versicherungsgesellschaften.“

„Auf lange Sicht muß erreicht werden“ — so heißt es im Myrdal-Bericht —, „daß kommunale, gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen die Wohnungsversorgung steuern. Wenn die Neubauten, besonders die für größere integrierte Wohnbereiche, systematisch in kommunale oder gemeinnützige Hände gelangen, wäre das eine vom allgemeinen sozialen und besonders vom gleichheitspolitischen Gesichtspunkt aus zu begrüßende Entwicklung.“

Wir können uns also ungefähr darauf gefaßt machen, was hier in Wirklichkeit dahintersteckt.

Im schwedischen Programm findet sich auch ein weiterer Hinweis, welchen Platz der Eigentumsgedanke bei den Sozialisten einnimmt:

„Die Zeit scheint reif“ — wieder im Myrdal-Bericht — „für eine Überprüfung des Erbrechtes zu sein. Das Erbrecht entstand als ein Mittel dazu, der eigenen Familie das Eigentum zu bewahren und das zu mehren, was erworben worden war. Auf diesem Wege ist im Laufe der Zeiten eine Klassen- und Privilegiengesellschaft aufgebaut worden.“

Das kommt aus einem schwedischen Bericht, nicht etwa aus einem russischen.

Wie stark die Mentalität gewisser Kreise in Österreich schon jetzt von der sozialistischen Eigentumsideologie durchdrungen ist, zeigen die Vorgänge im Zusammenhang mit

294

Mitterer

der Schließung der Papierfabrik in Hinterberg, eines stark defizitären Betriebes, den der Eigentümer nicht länger aufrechterhalten wollte. Trotz völliger Erfüllung aller gesetzlichen Ansprüche der Arbeitnehmer und einer darüber hinausgehenden freiwilligen sozialen Vorsorge, ganz besonders für Härtefälle, wollte die Gewerkschaft versuchen, den Eigentümer zur Weiterführung des Betriebes und Inkaufnahme weiterer schwerer finanzieller Lasten zu zwingen.

Die heftigen Vorwürfe zeigen, daß schon heute in Österreich von gewissen Kreisen dem Unternehmer das Recht abgesprochen wird, über sein Eigentum zu verfügen, wenngleich er allen gesetzlichen und sozialen Voraussetzungen nachkommt.

In Schweden ist ja diese Entwicklung immerhin noch weiter gediehen. Das ist kein Trost, aber eine Feststellung.

Ähnliche Vorschläge werden jetzt in jüngster Zeit auch vom Herrn Vizekanzler Ing. Häuser zum besten gegeben. Er hat sie dann zwar abgeschwächt, geändert und variiert, aber was man einmal gesagt hat, ist eben gesagt und bleibt ja weiter im Raume stehen. Ob wir ... (Abg. Ing. Häuser: Wo habe ich es gesagt?) Ja, natürlich, Sie haben die Erklärung abgegeben. (Abg. Ing. Häuser: Wollen Sie das auch hier sagen: Wo habe ich es gesagt?) Herr Vizekanzler Ing. Häuser! Ich empfehle Ihnen, das in der Presse — ich meine jetzt nicht „Die Presse“ —, wo es gestanden ist, richtigzustellen und zu sagen, daß Sie es nicht gesagt haben. Das haben Sie nie getan! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Habe ich getan!) Nein, das haben Sie nicht getan! Zeigen Sie mir die Richtigstellung! Ich bitte Sie darum. Sie haben es nie getan. Sie haben wohlweislich nur geredet und gesagt: Ich meine, ich glaube, ich könnte! Aber Sie haben keine Richtigstellung getroffen. (Abg. Ing. Häuser: Habe ich getan: „Salzburger Nachrichten“, „Kleine Zeitung“! — Gegenruf des Abg. Staudinger.)

Ob wir mit solchen sozialistischen Methoden wirklich erfolgreich den Weg zu der in der Regierungserklärung und auch in der Budgetrede zitierten Europareife beschreiten können, das erscheint mir fraglich. Einen Beitrag zur Europareife dürfte das Budget 1972 jedenfalls leisten, einen sicher, nämlich zur Europareife der Preissteigerungen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Lanc verweisen. Ich glaube, er ist nicht im Hause, aber ich möchte ersuchen, daß ich dazu Stellung nehmen kann, trotzdem er nicht hier ist. Er hat nämlich gemeint, daß Herr Generalsekretär Mussil im Zusammenhang mit den

preisdämpfenden Maßnahmen davor gewarnt hat, daß Erweiterungen der Kontingente gegenüber den Ostländern gemacht werden. Ich kann mich sehr gut erinnern: Auch ich habe als Ressortleiter des Handelsministeriums Aufstockungen aus den Ostländern vorgenommen. Das war auch richtig und gut im Sinne entsprechender Gegenmaßnahmen. (Abg. Skriek: Was Sie machen, ist alles richtig! Was andere machen, ist alles schlecht!)

Aber zwischen Aufstockungen und Kontingenterweiterungen ist ein großer Unterschied — ich möchte Ihnen das sehr klar und deutlich sagen —: Kontingenterweiterungen sind Zusagen, die Sie nicht mehr zurücknehmen können, sodaß Ihnen dann bei handelspolitischen Gesprächen jedes Atout aus der Hand geschlagen ist. Daß wir solche Gespräche weiterführen müssen, ist klar, denn wir können nicht nur aus dem Osten importieren, wir wollen auch unsere Exporte stärken, weil wir unsere Arbeitsplätze sichern wollen. Daher ist eine Zusage, die nicht zu gegebener Zeit zurückgenommen werden kann und damit kein weiteres Atout sichert, handelspolitisch falsch. Ich möchte das nicht als Maßnahme gegen die Preisdämpfung, sondern nur aus rein handelspolitischen Erwägungen feststellen.

Herr Bundeskanzler Kreisky hat anlässlich der Wahlen — das ist ja bekannt — den Sozialismus versteckt, um Randschichtewähler zu gewinnen. In seiner Regierungserklärung ist er nach dem System verfahren, das der Theaterdirektor im Prolog von Goethes Faust empfiehlt: „Greif nur hinein ins volle Menschenleben, wer vieles gibt, wird jedem etwas geben!“

Kreisky bedachte die meisten Schichten mit netten Worten und war mit Gemeinplätzen nicht sparsam. Prüft man aber den Gehalt, muß man feststellen, es bleibt herzlich wenig übrig.

Und ähnlich verfährt Herr Bundesminister Dr. Androsch, indem er fast nur das Angehene erwähnt, die bitteren Pillen aber schamhaft verpackt. Vom Ausland fast unabhängige Konjunktur auf der einen Seite, also „hausgemachte“ Konjunktur, zugleich starke außenwirtschaftliche Verflechtung, internationale Einflüssen besonders ausgesetzt. Die Wohltaten des Staates werden aufgezählt, aber die Opfer der Bürger bleiben unerwähnt. Keine neuen Steuern, aber dann sagt man so nebenbei am Rande: Na, der Umweltschutz wird Ihnen doch hoffentlich etwas wert sein, und andere Dinge auch. Also neue Steuern, in anderer Form angekündigt. Den armen Bürgern muß man helfen, aber 1972 hat man für die Arbeiter und Angestellten in Form einer echten Hilfe durch eine Lohnsteuer-

Mitterer

reform kein Verständnis. Das ist die Realität. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ein leicht expansives Budget hier auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite wollen wir mit einem expansiven Budget in einer Superkonjunktur die Preisentwicklung bekämpfen. — Ich glaube, das sind doch Ungereimtheiten, die wirklich jedem klar und verständlich sein müssen.

Nach dieser Euphorie gewonnener Wahlen hat uns der Herr Abgeordnete Sekanina freundlicherweise immer wieder gesagt: Wir haben 93 Mandate, wir haben die Mehrheit, nehmen Sie das zur Kenntnis! Herr Kollege Sekanina! Wir haben es zur Kenntnis genommen. Heißt das aber, daß wir jetzt nichts mehr sagen dürfen? (Abg. *Wie landner: Schaut nicht so aus, daß Sie nichts mehr sagen dürfen!*) Dürfen wir als große Opposition nicht unsere Meinung sagen? Ich glaube, das ist doch das gute Recht der Opposition, die Meinung zu sagen, und es hat gar keinen Sinn, wenn Sie immerfort dazwischenfahren (Abg. *Sekanina: Das ist mein gutes Recht, da zwischenreden!*) und dazwischenrufen: Wir haben die Mehrheit, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis! Auch vorgestern haben Sie das hier von diesem Podium aus gesagt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir können also sagen, daß wir einem Budget, so wie es jetzt vorliegt, mit solchen Mängeln, mit solchen Schwächen und mit solchen Ungereimtheiten keine Zustimmung geben können. Ich glaube, daß wir auf zwei Dinge ein Recht haben: auf Budgetklarheit und auf Budgetwahrheit.

Wir wollen nicht ein gesellschaftspolitisches Experimentierfeld sein, das — wenn auch mit westlichen, so doch den kommunistischen sehr ähnlichen Methoden — dem einzelnen keine Chance mehr bietet, indem es durch ein eskaliertes Egalitätsprinzip via Steuerpolitik den Staat zum Ausbeuter seiner Bürger macht. Wir wollen eine wirtschaftliche Entwicklung, in der es sich lohnt, zu arbeiten, zu leisten und zu leben — kurz: das Leistungsprinzip und nicht das Egalitätsprinzip! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Josseck. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Grund der Budgetrede des Herrn Bundesministers Androsch könnte man im ersten Moment leicht zu der Überlegung kommen — einige Zeitungen haben das ja auch so ausgedrückt —: Wir sahen den besten Androsch,

den es je gab. (*Demonstrativer Beifall bei der SPÖ.*)

Das mag sich sicherlich auf seine Person bezogen haben, meine Herren, denn wir Freiheitlichen können uns seiner Budgetrede nicht vollinhaltlich anschließen, wie meine Kollegen ja bereits ausgeführt haben.

Herr Minister! Sie haben in Ihrer Budgetrede unter dem Titel „Ohne Saat keine Ernte“ festgestellt, daß eine vorausschauende Strukturpolitik die Grundlage für künftige wirtschaftliche Erfolge sei, und weiter: Es müssen „Anstrengungen unternommen werden, die Grundausrüstung unserer Wirtschaft zu modernisieren“. Da muß ich Sie aber, Herr Bundesminister, fragen, wie Sie sich bei der derzeitigen Steuergesetzgebung vorstellen, daß sich einzelne Unternehmer und Gewerbetreibende echt Kapital bilden sollen, um Ihrer Vorstellung über die Modernisierung von Betrieben gerecht zu werden.

Die Kapitalbildung über die Investitionsbegünstigung steht meiner Meinung nach auf etwas schwachen Beinen. Mir fehlt daher der Hinweis bei Ihrer vorausschauenden Strukturpolitik, wie die große Zahl der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden mit ihren Hunderttausenden von Angestellten eine echte Überlebenschance bekommen soll. (Abg. *Staudinger: Auch kein Wort davon in der Regierungserklärung gewesen!*) Eben.

Eines steht jedenfalls fest, daß gerade diese Berufsgruppen — das wissen Sie genauso gut wie ich —, die sich im untersten Einkommensbereich befinden, so wie die Lohnsteuerpflichtigen mit kleinen Einkommen seit Jahren auf eine entscheidende Lohn- und Einkommensteuerprogressionsmilderung warten.

Ich darf Ihnen sagen, Herr Bundesminister, daß Ihre Steuerpolitik meiner Ansicht nach um nichts besser ist als die der seinerzeitigen ÖVP-Finanzminister. (Abg. *Robert Weisz: Staudinger, Beifall!*) Denn sie hemmt und schwächt eindeutig den Leistungswillen jedes einzelnen. Ich frage auch, wo der Ansporn bleiben soll, mehr zu tun, wenn die Progression im Verhältnis zum Arbeitseinsatz jedem einzelnen zu viel wegrißt.

Ich darf hier, Herr Bundesminister, feststellen — übrigens befinden wir uns mit unseren Vorstellungen mit den Herren der Gewerkschaft in völliger Übereinstimmung —, daß die Progressionsmilderung für die Lohn- und Einkommensteuer durchaus im Bereich des Möglichen zum 1. Jänner 1972 läge.

In diesem Zusammenhang finde ich auch eine Äußerung etwas unglücklich gewählt, die ich unlängst in einer Zeitung gelesen habe

Dipl.-Vw. Jossek

und die besonders dem kleinen Mann nicht gefallen hat — mir hat es sofort der Taxifahrer draußen vor dem Parlament an den Kopf geworfen, als ob ich daran schuld wäre, nur weil ich zufällig in diesem Haus bin —, nämlich die Äußerung, daß man wegen 40 S mehr Lohn pro Kopf im Monat doch nicht auf 1 Milliarde verzichten könne, denn 40 S seien ja so gut wie nichts. Fragen Sie einmal, was der kleine Mann dazu sagt. Immerhin, die Äußerungen haben wir ja gehört, und 40 S sind immerhin 40 S. In Oberösterreich würde man ja sogar sagen, es sind 80 S, denn die Spanne, 40 S zu haben oder nicht, beträgt ja insgesamt 80 S. — Ich gebe zu, es ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, aber es wäre zumindest etwas.

Sie versuchen auch in den Schlußworten Ihrer Erklärung jede Kritik vorwegzunehmen — wie mein Kollege Broesigke schon sagte —, indem Sie erklärten, nur solchen Intentionen folgen zu können, wo echte Alternativen angeboten werden. Herr Minister! Es wäre an und für sich nicht Aufgabe einer kleinen Opposition, Ihnen handfeste Alternativvorschläge darzulegen. Sie haben bestimmt mehr Fachleute, die sich darüber den Kopf zerbrechen können, als wir. Aber etwas kann doch dazu gesagt werden.

Wenn Sie, was ich als ganz sicher annehme und wie man auch der Presse entnommen hat, spätestens in den nächsten Monaten dem Druck des Gewerkschaftsbundes werden nachgeben „müssen“ — ich möchte das betonen — und die Progressionsmilderung bringen werden, können Sie dies doch sicherlich auch schon zum 1. Jänner 1972, da Ihnen ja schließlich heute auch nur dieselben Mittel zur Verfügung stehen wie in den kommenden zwei Monaten.

Zum zweiten haben Sie das vorliegende Budget bereits vor Monaten erstellen lassen, zu einer Zeit, da Sie den Wahlausgang noch nicht kannten. Ich könnte mir daher vorstellen, daß Sie politische Überlegungen anstellten und in diesem Budget einen gewissen Spielraum eingebaut haben. Ich kann zwar nicht sagen, wo diese schwache Stelle zu finden sein wird, aber ich könnte mir vorstellen, daß sie vorhanden ist.

Zum dritten: Echte Einsparungen müßten nach meiner Meinung auch rein vom Organisatorischen her möglich sein. Wenn allein die Kosten für die Verrechnung der Lohnsteuer 1½ Milliarden Schilling ausmachen — so sagt man nach vorsichtigen Schätzungen —, so glaube ich, wäre hier ein echter Ansatz zur Einsparung möglich.

Über die Verrechnung der Lohnsteuer selbst braucht man nicht zu reden. Das würde hier ins Detail gehen. Aber sicher ist, daß dieses Problem einer dringenden Lösung bedarf.

Sie haben auch zur Verwaltungsvereinfachung gesprochen und, so wie jeder Finanzminister bisher, erwähnt, daß man auf diesem Gebiet energische Schritte setzen wird. Aber bis heute sind von keinem Finanzminister solche Schritte gesetzt worden.

Sie vertrösten uns auch mit einer Vereinfachung der Steuereinhebung auf den 1. Jänner 1973, mit Einführung der Mehrwertsteuer, setzen aber heute keine echten Taten.

Ein Beispiel gerade zur Verwaltungsverkomplizierung, das ich Ihnen bringen darf, sei folgendes: Mittels Erlaß vom 18. Oktober 1971, verlautbart im Amtsblatt der Finanzverwaltung vom 29. Oktober 1971, wurde hinsichtlich der Bewertung von beweglichen, abnutzbaren Anlagegütern eine Mindestbewertung von 20 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgeschrieben. Bisher, meine Damen und Herren, war der Mindestsatz mit 15 Prozent anzusetzen. Dieser Erlaß erscheint gerade zu einem Zeitpunkt, da bereits 90 Prozent der Steuerpflichtigen ihre Vermögenserklärung zum 1. Jänner 1971 abgegeben haben.

Ich muß sagen, Herr Bundesminister: Ein solcher Erlaß ist mir unverständlich, es sei denn, ich würde mich in Schilda befinden. Die Folge davon wird nämlich sein, daß die Finanzämter zwecks ordnungsgemäßer Erstellung der Einheitswerte eine Flut von Bedenkenvorhalten werden hinausgeben müssen und die Abgabepflichtigen im Sinne des zitierten Erlasses ihre Erklärungen zu berichtigen haben werden. Sehen Sie, Herr Bundesminister, das nennt man in Österreich Verwaltungsvereinfachung!

Ich darf aber auch auf Ihre Ausführungen verweisen, in denen Sie feststellen, daß Korrekturen am bestehenden Steuersystem neben grundlegenden Reformen notwendig sind. Sie haben uns aber die Frage offengelassen, wann, wie und wo Sie diese durchführen wollen. Etwas Neues oder gar Erleichterungen haben Sie uns nicht gebracht. — Im Gegenteil. Sie ziehen — würde ich sagen — echte Vorteile daraus, daß durch die laufende Geldentwertung und durch Anhebung der niedrigen Einkommen diese in eine Progressionsstufe hineinwachsen, die Ihnen, Herr Minister, zusätzliche Einnahmen bringt.

Wir Freiheitlichen sind aber nach wie vor der Meinung, daß eine Stärkung der Kaufkraft des Schillings wesentlich wirksamer

Dipl.-Vw. Josseck

durch eine Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression erreicht werden könnte.

Ich darf Sie vielleicht auch daran erinnern, Herr Bundesminister, daß Sie in Ihrer Budgetrede 1971 noch ausdrücklich festgehalten haben, daß Sie die Sondersteuern für keine Dauerlösung halten. Mit Befremden muß festgestellt werden, daß diese Auffassung offenbar völlig in Vergessenheit geraten ist, denn in Ihrer Budgetrede 1972 wird nun davon nicht mehr gesprochen. (*Abg. Staudinger: „... doch alle Lust will Ewigkeit“!*) Sie sagen es.

Ich darf aber auch daran erinnern, daß in der Regierungserklärung vom April 1970 eine grundlegende Reform des bestehenden Steuersystems für diese abgelaufene Gesetzgebungsperiode angekündigt war. Außer Ihrer schon angeführten Erklärung über die Reform bei der Mehrwertsteuer finde ich nirgends eine ähnliche Passage.

Ein zusätzlicher Punkt, den ich in Ihrer Budgeterklärung auch vermisste, ist ein näheres Eingehen auf eine Änderung — wie heute schon einmal hier ausgeführt wurde — des dringend notwendig gewordenen Finanzausgleiches. Es ist durchaus verständlich — sicherlich —, daß Sie diesmal die Landwirtschaft besonders hoch dotiert haben. Sie erwarten sich wahrscheinlich davon politisches Kapital und beackern damit ländliche Hoffnungsgebiete, vergessen aber dabei, daß die Städte heute in schweren finanziellen Sorgen und bis über den Hals in Schulden stecken.

Es fällt Ihnen aus diesen verschiedenen Gesichtspunkten sicherlich auch leicht, zum Beispiel etwa für den Umweltschutz einen etwas größeren Ansatz geltend zu machen. Ich habe aber auch festgestellt — wenn ich den Herrn Kollegen Sekanina hier kurz zitieren darf —, daß er zum Umweltschutz anscheinend eine andere Auffassung als Ihre Fraktion, Herr Bundesminister, im allgemeinen hat. Zum Umweltschutz haben Sie, Herr Kollege Sekanina, die 107 Punkte der Österreichischen Volkspartei zitiert. Ich erwähne ausdrücklich, ich brauche die Österreichische Volkspartei mit diesem Waschzettel bestimmt nicht zu verteidigen.

Sie haben sich hier, ich möchte fast sagen, über etwas lustig gemacht, und zwar über den Satz: Wenn ein Baum gefällt wird, seien dafür zwei andere zu pflanzen. — Dazu sei doch gesagt, daß solche Binsenweisheiten sicherlich schon im Alten Testament festgehalten waren und ein typisches Beispiel dafür sind, wie lebensnotwendig das Grün in unserer heutigen Gesellschaft ist. Ich erwähne diesen

Satz deswegen, weil ich damit zum Ausdruck bringen möchte, daß es sicherlich, Herr Sekanina, auch andere Leute gibt, die ganz gute Ideen haben können.

Herr Bundesminister! Diesen letzten meiner Sätze möchte ich zum Anlaß nehmen, Sie darum zu ersuchen — so wie es Ihr Klubobmann Gratz angekündigt hat —, Vorschläge, in diesem Fall von uns, von der kleineren, von der freiheitlichen Opposition, nicht nur anzuhören, sondern diese auch abzuwägen und zu prüfen.

Erlauben Sie mir, daß ich mit einer Anekdote hier meinen Abschluß finde: In einer Mittelschule in Oberösterreich wurde unmittelbar nach der Wahl in diesem Jahr eine Deutsch-Schularbeit gegeben mit dem Titel: „Jedes Land hat die Regierung, die es verdient!“ Einer der Schüler schrieb lediglich den lakonischen Satz: „Recht geschieht uns!“ — Dieser Schüler erhielt darauf die Note fünf, „nicht genugend“.

Herr Minister! Ich darf Sie bitten, tun Sie das Ihre dazu, damit die freiheitlichen Abgeordneten Ihnen eine bessere Note geben können und dieser Ausspruch des Schülers nicht drohend über der österreichischen Wirtschaft stehen bleibt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Dr. Gruber gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Gruber (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu dem mir selbst gestellten Thema komme, möchte ich noch auf eine Kontroverse zurückkommen, die ich am Vormittag mit Herrn Abgeordneten Lanc hatte, der aber leider nicht im Saal ist. Es scheint mir aber doch wichtig zu sein, daß ich hier eine Klarstellung mache.

Herr Abgeordneter Lanc hat von dem Ansatz Förderung für Wissenschaft und Forschung gesprochen und hier eine auf den ersten Blick sehr niedrige Ziffer genannt, die mich zu einem Zwischenruf verleitet hat. Dieser Zwischenruf ist umso leichter verständlich, als wir ja in den Beilagen, die uns der Herr Finanzminister zur Verfügung gestellt hat, auch ein Blatt finden: „Ausgaben für Wissenschaft und Forschung“. Hier heißt es auch: „Die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist ein erklärter Schwerpunkt des Regierungsprogramms.“ Es ist darauf hingewiesen, daß im Budget für diese Gruppe 3,3 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Was der Herr Abgeordnete Lanc aber gemeint hat, ist der Ansatz 141. Aber auch hier ergeben sich Punkte, die klargestellt werden müssen.

Dr. Gruber

Herr Abgeordneter Lanc hat in seinem Vergleich zwischen dem Jahre 1967 und dem Jahre 1972 nicht berücksichtigt, daß 118 Millionen Schilling für das Allgemeine Krankenhaus und 49 Millionen Schilling für Klinikbauten miteinbezogen wurden, also Ansätze, die zweifellos in ein anderes Kapitel gehören und nicht in dieses.

Ich möchte also sagen, daß einerseits mein Zwischenruf auf einem Mißverständnis beruht, andererseits aber der Herr Abgeordnete Lanc nicht korrekte Vergleiche gebracht hat, denn an sich muß man der Frau Bundesminister das Zeugnis ausstellen, daß sie für Wissenschaft und Forschung wesentlich mehr herausgeschlagen hat, als der Herr Abgeordnete Lanc in seiner Wortmeldung zum Ausdruck brachte. (Abg. Dr. Herta Firlberg: Vielen Dank!) Frau Minister, wir sind es schon gewohnt, uns gegenseitig Komplimente zu machen!

Ich möchte nun auch an eine Bemerkung des Herrn Finanzministers anschließen, die in seiner Rede enthalten ist. Er hat den Dichter Ludwig Börne zitiert:

„Die Lebenskraft eines Zeitalters liegt nicht in seiner Ernte, sondern in seiner Aussaat.“

Der Herr Minister bezieht diese Lebensweisheit wohl auch auf sein Budget. Er meint, daß dieses Budget einer Aussaat gleichkomme und die Ernte wohl später einmal folgen würde.

Herr Minister, dieser Ausspruch hat aber auch eine Kehrseite, und hier ist man geneigt, mit einem Zitat aus dem Evangelium zu erwidern: Sie, Herr Minister, gleichen jenem Mann, von dem es dort heißt, daß er erntet, wo er nicht gesät hat! (Beifall bei der ÖVP.)

Sie ernten nämlich das Wirtschaftswachstum, das Sie nicht nur nicht gesät, sondern sogar zum Teil heftig bekämpft haben. Ich denke dabei daran, welche Stellungnahme Sie seinerzeit zu den Wirtschaftswachstumsgesetzen abgegeben haben. Sie haben sich mit aller Kraft dagegengestemmt. Heute ist keine Rede mehr davon, daß diese Gesetze nutzlos wären, daß sie vielleicht sogar schädlich wären für das Budget.

Sie haben seinerzeit den Koren-Plan kritisiert und am Strukturverbesserungsgesetz Mängel entdeckt, alles Maßnahmen, die Ihnen heute die Ernte einbringen, zu der Sie selbst nichts beigetragen haben.

In allen Publikationen, Wahlausagen et cetera finden wir ein hohes Lob für das Wirtschaftswachstum von 7,1 Prozent im Jahre 1970. Auch die Regierungserklärung und die

Budgetrede des Finanzministers heben diese Tatsache besonders hervor. Nur die Frage ist nirgends beantwortet: Woher stammt denn dieses Wirtschaftswachstum? Wenn etwas feststeht, dann sicherlich die Tatsache, daß es nicht von der sozialistischen Regierung stammt! (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)

Die sozialistische Regierung kann für das Wirtschaftswachstum des Jahres 1970 nicht verantwortlich gemacht werden, wo sie doch erst in diesem Jahr ins Amt getreten ist. Zudem hat die sozialistische Regierung auch im Jahre 1970 nichts oder kaum etwas dazu beigetragen, daß das Wirtschaftswachstum tatsächlich in dieser Höhe eintritt. Auch im Jahre 1971 ist immerhin noch ein beachtliches Wirtschaftswachstum vorhanden, aber auch dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Linken, können Sie nicht die Autorschaft beanspruchen!

Mit dem Wirtschaftswachstum sind natürlich auch die Einnahmen des Staates gestiegen, und der Herr Finanzminister erntet, wo er nicht gesät hat! (Abg. Schieder: Die Schulden!) Er holt sich die Früchte, wie ich sagen möchte, aus dem Garten der ÖVP. (Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Sekanina: Aber im Garten der ÖVP gibt es schon viele welke Blätter!)

Herr Abgeordneter Sekanina! Darf ich meine Aussage an einem Beispiel demonstrieren. (Abg. Sekanina: Der ÖVP-Garten ist nicht mehr so grün! — Abg. Lanc: Der ÖVP-Garten hat ausgeschaut wie nach einem Hagelschlag in der Oststeiermark!) Herr Abgeordneter Lanc! Ich muß feststellen: Sie sind immer gerade zur Unzeit da. Wenn man sich mit Ihnen auseinandersetzt, sind Sie nicht da! (Beifall bei der ÖVP.) Wenn man schon Zwischenrufe macht, soll man auch die Höflichkeit haben, im Hause zu sein, wenn andere Redner auf die Ausführungen eingehen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Da müssen Sie mich vorher verstündigen, daß Sie sprechen!) Das werde ich nicht tun! Ich erwarte von einem Abgeordneten, daß er im Haus ist. (Abg. Lanc: Wie ich Sie gehört habe, bin ich sofort hereingeeilt!) Es wäre doch das Schönste, wenn ich Sie verstündigen würde, wenn ich die Absicht habe, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Das fällt mir gar nicht ein! (Abg. Skriek: Wenn Gruber redet, werden alle hereinrennen!)

Ich darf also an einem speziellen Beispiel die These erläutern, die ich vorhin aufgestellt habe, und zwar am Fall Wohnungsbau, mit dem sich etwas kuriosisch bereits Herr Abgeordneter Horr beschäftigt hat. Diesem Fragenkomplex ist in der Regierungserklärung ein

Dr. Gruber

ganz besonderer Platz eingeräumt worden. Er rangiert bereits an zweiter Stelle der konkreten Fragen. Man hätte nun annehmen dürfen, daß dieser besondere Rang auch im Budget und in der Budgetrede des Herrn Finanzministers zum Ausdruck kommt.

Die Passagen, die der Herr Finanzminister diesem Kapitel gewidmet hat, sind aber überhaupt nichts Eigenständiges, sondern nur ein Nachbeten der Regierungserklärungen der Jahre 1970 und 1971, wortwörtlich. Der eine Satz, der von ihm selbst stammt, ist nur der Hinweis, um wieviel die zweckgebundenen Einnahmen für den Wohnungsbau im Budget 1972 steigen werden. Das hätten wir auch selbst nachlesen können. (*Abg. Sekanina: Wer weiß, ob das bei Ihnen möglich ist!*) Herr Kollege Sekanina, so gut wie Sie kann ich auch lesen! Aber wir sind ja solche Zwischenrufe des Kollegen Sekanina schon gewöhnt, Zwischenrufe, die absichtlich unter die Gürtellinie gezielt sind. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber da müssen Sie sich dann mit anderen auseinandersetzen; mit mir können Sie auf dieser Ebene nicht reden.

Der Herr Finanzminister ist äußerst zufrieden mit seiner Feststellung, daß die zweckgebundenen Einnahmen für den Wohnungsbau von etwa 3,9 auf 4,6 Milliarden Schilling steigen werden.

Ich möchte aber eindeutig folgendes feststellen: Erstens handelt es sich hier um zweckgebundene Einnahmen, und zwar ist diese Art der Einnahmenregelung mit dem Wohnbauförderungsgesetz des Jahres 1967 von der ÖVP gegen Ihren Willen beschlossen worden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Hätten wir damals nicht alle Quellen für den Wohnungsbau weiterhin offen gehalten, die es vorher gegeben hat, und für die Zukunft abgesichert, es stünde heute nicht so günstig um die Finanzierung des Wohnungsbau. Damals waren Sie allerdings dagegen.

Es sind zweckgebundene Einnahmen, habe ich gesagt. Der Herr Finanzminister hat aus dem Budget selbst nichts dazu beigetragen.

Die finanzielle Sicherstellung, wie ich gesagt habe, erfolgte im Jahre 1967 durch das Wohnbauförderungsgesetz. Die exorbitant hohe Steigerungsrate ist aber darauf zurückzuführen, daß es eine exorbitant hohe Steuerprogression gibt, denn diese zweckgebundenen Einnahmen sind ja mit der Einkommen- und Lohnsteuer gekoppelt, und gäbe es nicht dort diese über dem Durchschnitt liegende Steigerungsrate, gäbe es auch nicht diese hohen Einnahmen für den Wohnungsbau. Es ist also das, was über die Steuerprogression im all-

gemeinen gesagt wurde, hier im speziellen noch einmal zu sagen.

Trotzdem muß die Frage sehr ernstlich erhoben werden, ob mit der höheren Summe auch tatsächlich mehr gebaut werden kann. Es ist vom Herrn Finanzminister selbst darauf hingewiesen worden, daß diese Steigerung nahezu 18 Prozent beträgt, wesentlich mehr als die Steigerung beim Budget im allgemeinen. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß wir Kostensteigerungen auf dem Bausektor haben, die auch wesentlich über dem Durchschnitt der Kostensteigerungen liegen. Wenn wir besonders im Westen Österreichs schon längst nicht mehr mit den Baukostensätzen das Auslangen finden, die wir seinerzeit festgestellt haben und die wir im Vorjahr festgestellt haben — das Land Salzburg mußte zweimal hintereinander die zulässigen Baukostenrichtsätze erhöhen —, so ist leider festzuhalten, daß Baukostensteigerungen bis zu 20 Prozent keine Seltenheit sind.

Herr Bundesminister! Wenn Sie uns auch irgendwie frohlockend diese Steigerung von 18 Prozent verkündet haben, so wird damit in Österreich um keine Wohnung mehr gebaut werden können, weil die Preissteigerungen auf dem Bausektor alle diese Erhöhungen wieder auffressen.

Ich muß auch in diesem Zusammenhang auf jene Äußerung zurückkommen, die der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung bezüglich der Wohnbauleistung gemacht hat. Er sagte:

„Im Jahre 1970 wurden nur 44.980 Wohnungen fertiggestellt. Diese Zahl wurde in der Wahlwerbung irrtümlicherweise von der Propaganda einer Partei gegen die Bundesregierung ins Treffen geführt, wobei allerdings den Autoren dieser Propaganda der Umstand entgangen sein dürfte, daß Baubeginn und Planung von Wohnungen, die im Jahr 1970 fertiggestellt worden sind, offenbar in die Ara der früheren Bundesregierung gefallen sein müssen.“

Mit diesem Absatz darf ich mich doch wohl auch ein bißchen beschäftigen. Der Herr Bundeskanzler irrt, wenn er glaubt, es sei uns hier ein Irrtum unterlaufen; er hat ja uns angesprochen, wenn er von „einer Partei“ redet. Er irrt nämlich auch, wenn er glaubt, daß Wohnungen, die im Jahre 1970 fertiggestellt worden sind, eben in der Zeit früherer Bundesregierungen geplant und begonnen worden wären. Insofern ist das natürlich richtig (*Zwischenruf bei der SPÖ*), daß die Planung schon vorher vorgenommen werden mußte, aber sie lag ja vor und sie lag in ausreichendem Ausmaß vor. Wo es gehapert hat,

Dr. Gruber

das waren die Mittelzuteilungen bestimmter Bundesländer im Jahre 1968 und im Jahre 1969. (Abg. Anton Schlagere: Slavik!) Deshalb war im Jahre 1970 die Fertigstellung von Wohnungen unter dem Stand des Jahres 1969.

Wir haben das ganz genau geprüft, wo weniger Wohnungen fertiggestellt worden sind, wo also in den Jahren 1968 und 1969 — man müßte fast an eine Sabotage des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 dabei denken — derart gezögert worden ist: ausgerechnet in den sozialistischen Bundesländern Kärnten und Wien! Das Wohnungsdefizit, das hier im Jahre 1970 mit insgesamt 4000 Wohnungen im Bund entstanden ist, dieses Wohnungsdefizit stammt zu 4500 aus Wien allein. Dazu kommt noch eine beträchtliche Defizitleistung aus Kärnten, und wir hätten nicht soviel Wohnungen im Jahre 1970 fertiggestellt, wenn nicht in anderen Bundesländern eine Steigerung der Wohnbauleistung herbeigeführt worden wäre.

Aber was ist die Schlußfolgerung daraus? — Es kann nicht das Gesetz schuld sein, und es kann auch nicht die Bundesregierung der ÖVP schuld sein, denn wenn es mit dem gleichen Gesetz, nämlich mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, etwa in Salzburg oder in Tirol oder in Oberösterreich möglich war, die Wohnbauleistung zu steigern, dann frage ich: Warum war dies nicht auch in Wien und in Kärnten möglich? (Beifall bei der ÖVP.)

Hier liegt also die Schuld eindeutig bei sozialistischen Regierungsstellen. Der Herr Bundeskanzler braucht uns nicht einen Irrtum zu unterschieben. Wir haben schon gewußt, was wir gesagt haben, als wir die Verantwortung dorthin geschoben haben, wohin sie nämlich wirklich gehört. (Abg. Gratz: „Hingeschoben“ ist richtig! — Abg. Gratz: Wo sie hingehört!) Sie gehört auch dorthin, und wenn Sie wollen, dann bleibe ich bei diesem Ausdruck, denn es ist von der Regierung zum Ausdruck gebracht worden, als man diese Ziffern in der Öffentlichkeit das erste Mal las: Man sieht also — die ÖVP hat hier ein schlechtes Gesetz gemacht! Wenn Sie uns das zugeschoben haben, Herr Abgeordneter Gratz, dann nehmen wir auch das Recht für uns in Anspruch, diese Verantwortung wieder zurückzuschieben. (Beifall bei der ÖVP.)

Im übrigen wenden wir uns mit diesem Kapitel bei der Spezialdebatte noch etwas näher zu befassen haben.

Ich darf in diesem Zusammenhang doch auch auf eine Behauptung des Herrn Abgeordneten Tull zurückkommen, weil er sich hierhergestellt und im Brustton der Überzeugung erklärt hat: Die SPÖ hat noch nie ein Wahl-

versprechen gebrochen, wir haben alles gehalten, was wir versprochen haben! — Das hat er hier erklärt.

Nun, was hat man vor der Wahl 1970 versprochen? — 100.000 Wohnungen pro Jahr durch eine Steigerung von 5000 pro Jahr zusätzlich! In der Regierungserklärung von 1970 stand auch noch das Versprechen von 5000 Wohnungen mehr pro Jahr. In der Regierungserklärung 1971 ist man schon vorsichtiger geworden, da hat man nur mehr erklärt: eine höhere Anzahl als bisher; so bescheiden ist man geworden.

Aber, Herr Abgeordneter Dr. Tull, Sie können die Tatsache nicht vom Tisch wischen, daß hier ein Versprechen, das die Sozialisten abgegeben haben, glatt gebrochen worden ist.

Ich habe vorhin auch gesagt, daß aus dem Budget direkt dem Wohnungsbau nichts zufließt. Ich muß mich hier etwas korrigieren. Es fließt tatsächlich etwas zu, nämlich der Anleihedienst für die Anleihen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Aber interessant ist: Auch dieser Anleihedienst hat eine sinkende Tendenz, und im Jahre 1972 werden dafür um 24 Millionen Schilling weniger ausgegeben als im Jahr 1971. Bemerkenswert ist ja immerhin auch die Tatsache, daß die sozialistische Regierung und ihr Finanzminister absolut nicht daran denken, etwa auch mit Anleihen und ähnlichen Maßnahmen dem Wohnungsbau zusätzliche Mittel zuzuführen, um nämlich die Wohnbauleistung wirklich steigern zu können und nicht nur die Kostensteigerung wettzumachen.

Warum ich diese Frage überhaupt anschneide? — Weil ja die Sozialisten seinerzeit im Zusammenhang mit unseren Beratungen zum Wohnbauförderungsgesetz eine Forderung erhoben haben. Sie haben nämlich damals verlangt, daß jährlich 35 Prozent jener Summe, die an zweckgebundenen Einnahmen hereinkommt, auch vom Finanzminister noch dazugelegt werden müssen. 35 Prozent! Der Antrag Weikhart, Moser und so weiter ist uns selbstverständlich noch in Erinnerung geblieben. Wir werden noch manchmal darauf zurückkommen. Wir kommen auch in dieser Stunde darauf zurück, weil der sozialistische Finanzminister weder 35 Prozent, noch 10 Prozent, noch 5 Prozent dazugelegt hat. Er hat nämlich gar nichts mehr dazugelegt.

So schaut es auch mit den sozialistischen Zielvorstellungen in einer Zeit aus, in der eine ÖVP-Alleinregierung da ist, und mit sozialistischen Vorstellungen, wenn die eigene

Dr. Gruber

Partei, nämlich die SPÖ, die Regierung zu stellen hat. Daraus kann man dann natürlich auch die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Ich glaube, daß die Bevölkerung, die der SPÖ die Mehrheit gegeben hat, ihr diese nicht zuletzt wegen der Versprechungen auf dem Wohnbausektor gegeben hat. Man sieht, daß die Regierung auch auf diesem Gebiet weder in der Lage noch gewillt ist, diese Versprechen einzulösen.

Nun noch zu einigen anderen Kapiteln aus dem Bereich des Bauwesens, weil sie auch hier angeschnitten worden sind. Der Herr Finanzminister selbst und auch der Herr Abgeordnete Horr haben heute die Sache so dargestellt, als ob wir auf dem Sektor des Schulbaues und des Hochschulbaues weiß Gott welchen Fortschritt zu verzeichnen hätten. Ich darf Ihnen doch einige Ziffern hier nennen. Die Situation ist so:

Bei den Liegenschaftsankäufen sind 62 Millionen vorgesehen gegenüber 67 Millionen im Jahre 1970, also im letzten ÖVP-Budget.

Für wertvermehrende Instandsetzung sind 81 Millionen vorgesehen gegenüber 85 Millionen im Jahr vorher und 82,7 Millionen im Jahre 1970, also auch hier eine Verminderung.

Auf dem Hochschulsektor zeigt sich das gleiche Bild; viel stärker allerdings auf dem Sektor der allgemeinbildenden Schulen. Hier ist nämlich der Ansatz für wertvermehrende Instandsetzung von 77 Millionen im Jahre 1970 über 52 Millionen 1971 auf 41 Millionen im Jahre 1972 abgesunken.

Lediglich bei den berufsbildenden höheren Schulen ist eine Steigerung zu verzeichnen, was aber nicht verhindert, daß hier ein Minus von etwa 30 Millionen Schilling gegenüber dem Jahre 1970 aufscheint.

Dasselbe Bild finden wir bei der laufenden Instandhaltung; ebenfalls eine Verminderung der Ansätze. Deshalb frage ich: Herr Finanzminister! Wie sollen die notwendigen Instandsetzungen und Instandhaltungen bei den steigenden Baupreisen bewerkstelligt werden, wenn hier nicht einmal wenigstens im Ausmaß der Kostensteigerungen nachgezogen wird, wenn man sogar die Ansätze senkt?

Der Ansatz für Einmietungen im Bereich der Unterrichtsverwaltung ist ebenfalls gestrichen worden.

Und jetzt komme ich zu der großartigen Sache Neubauten. Bei den allgemeinbildenden Schulen ist zwar eine Steigerung von etwa 5 Millionen Schilling, bei den berufsbildenden höheren Schulen ist eine größere Steigerung zu verzeichnen, insgesamt finden wir aber

unter Einbeziehung auch der Hochschulneubauten die schon mehrfach erwähnten 690 Millionen Schilling gegenüber 643 Millionen im Jahre 1971. Das ist eine Steigerung von 7 Prozent. Herr Bundesminister, ich frage: Ist das wirklich ein Fortschritt: 7 Prozent Steigerung bei 20 Prozent Baukostensteigerung?

Wir müssen leider feststellen, daß auf diesem so wichtigen Sektor im nächsten Jahr weniger gebaut werden kann als im heurigen Jahr.

Sie haben ferner darauf hingewiesen: Ja, aber dafür haben wir noch die 20 Millionen Schilling für das Leasing. Im Jahre 1971 waren es 50 Millionen, heuer sind 70 Millionen drinnen. Das würde zusätzlich ein Bauvolumen von 200 Millionen Schilling bedeuten.

Herr Finanzminister! Sie dürfen doch nicht übersehen, daß die 50 Millionen, die im Vorjahr drinnen waren, nicht heuer noch einmal sozusagen bauwirksam für Neubauten eingesetzt werden können, sondern das ist echt ein Rückgang um 30 Millionen oder um 300 Millionen Bauvolumen. Das ist die Wahrheit auf diesem Gebiet!

Man könnte hier noch manches andere Detail anführen. Ich glaube aber nicht, daß es Sache der ersten Lesung ist, schon alles vorwegzunehmen.

Ich habe diese Beispiele deshalb gebracht, um zu zeigen, daß es mit der Schwerpunktbildung, die Sie, Herr Finanzminister, groß herausgestellt haben, nicht sehr weit her ist, weder auf dem Gebiet des Wohnungsbaues noch auf dem Gebiet des Schulbaues.

Ich werde dann in der Spezialdebatte noch nachweisen, daß es in vielen Bereichen des Kapitels Unterricht und Kunst ebenfalls nicht zum besten mit dieser Schwerpunktbildung bestellt ist.

Ich bekenne mich aber dazu — hier möchte ich mich in einen gewissen Widerspruch zum Abgeordneten Broesigke stellen —, daß der Bereich Bildung und Forschung ein echter Schwerpunkt zu sein hat und daß auch die so vielfach angesprochenen klassischen Staatsaufgaben von einst etwas zurückzutreten haben gegenüber neuen Schwerpunkten, die in unserer modernen Gesellschaft stärker gesehen werden müssen als in der Vergangenheit.

Wenn es so wäre, daß hier ein echter Schwerpunkt vorhanden ist, dann könnte man ohne weiteres ja zu diesem Budget sagen. Aber dieses Budget gibt vor, besondere Schwerpunkte zu setzen, bei genauem Hinsehen aber finden wir keinen, der nicht schon

Dr. Gruber

von der ÖVP gesetzt worden wäre, und was vor allen Dingen entscheidender ist: Wir finden leider bei genauem Hinsehen auch, daß die Steigerungsraten, die zur Zeit der ÖVP gehalten werden konnten, nun unter einer sozialistischen Regierung nicht mehr gehalten werden können.

Schlimm ist, daß diese Zuwachsraten weitgehend auch durch Kostensteigerungen wieder beseitigt werden und daß in vielen Bereichen die Kostensteigerungen wesentlich über das hinausgehen, was der Finanzminister mehr an Mitteln eingesetzt hat.

Dieses Budget hält auch auf den von mir erwähnten Gebieten nicht das, was es verspricht, und darum finden wir keine Ursache, ihm zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Blenk gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im ersten Absatz der Ausführungen in der Finanz- und Budgetrede des Herrn Finanzministers ist ein Satz enthalten, dessen Gewichtigkeit zwar gelegentlich am Rande angeklungen ist, mit dem sich aber eigentlich bisher noch niemand näher befaßt hat: Es ist die Frage nach der gesellschaftspolitischen Zielsetzung des Budgets oder, ich möchte weiter greifen und sagen, nach der gesellschaftspolitischen Zielstellung dieser Regierung, nach der gesellschaftspolitischen Zielstellung der Sozialistischen Partei. „Die Bundesregierung ließ sich bei der Erstellung von gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen leiten“, so heißt es wörtlich, und zwar im Anschluß an eine Ablehnung der sogenannten konservativen Philosophie.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe, daß diese Frage bis heute hier im Rahmen dieser Debatte und auch im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung noch keinen breiteren Anklang gefunden hat, und zwar einfach deswegen, weil es beim ersten Hinsehen eine Art fast nicht entwirrbaren Zickzackkurses dieser Partei, dieser Regierungserklärung und der Budgetrede gibt.

Ich möchte Ihnen, um das zu untermauern, einige kurze Marksteine wiedergeben.

Bundeskanzler Kreisky hat im Rahmen seiner Regierungserklärung den von manchen tolerant oder abschwächend empfundenen Ausdruck „sozialdemokratische Politik“ verwendet. Er hat gemeint, daß sich die Regierung bei ihrer Reformarbeit von sozialdemokratischen Grundsätzen leiten lasse, also, wie er hinzufügte, von Ideen, die in den letzten

hundert Jahren in so maßgebender Weise die Politik der modernen Demokratie beeinflußt hätten.

Der Klubobmann der sozialistischen Fraktion, Herr Abgeordneter Gratz, hat das in dem Sinne untermauert und erweitert, daß er sagte, für die Sozialistische Partei sei die Identität von Wahlprogramm und Regierungsarbeit gegeben, der Wählerauftrag sei auf das Wahl- und Regierungsprogramm und nicht auf ein sozialistisches Österreich ausgerichtet.

Als Konsequenz dazu mußte man fast erwarten, daß sich der Abgeordnete Czernetz denn doch mit drohendem Zeigefinger zum Wort melden mußte. Herr Abgeordneter Czernetz hat sodann etwas gesagt, was mir sehr bedeutsam erscheint, und zwar nicht deswegen, weil wir ihn als einen sehr maßgeblichen Ideologen der Partei kennen, sondern deswegen, weil er tatsächlich der Wahrer gewisser Dinge ist, die man heute am liebsten vertuscht. Er hat nämlich gemeint, daß für ihn Demokratie ohne Ideologie praktisch undenkbar sei. Er hat die Österreichische Volkspartei dazu beglückwünscht — warum er dies tat, weiß ich nicht; er wird sich sicher seine Gedanken darüber gemacht haben —, daß sie nun zu einer Reideologisierung komme. Ich glaube, es war für ihn mehr der Aufhänger dafür, den Ausspruch zu tun, der mir nun sehr gewichtig erscheint, nämlich: Meine Herren, suchen Sie nur weiter! Ich wünsche Ihnen viel Glück. Wir haben, jawohl meine Damen und Herren, die SPÖ hat in Wirklichkeit eine sehr klare Ideologie.

Da muß ich vielleicht manche Verwirrungen auch im Lager der sozialistischen Abgeordneten etwas beheben.

Die SPÖ hat am 14. Mai 1958 ein Programm beschlossen, das seinerzeit nach langen Diskussionen schließlich den Weg in den Parteidtag gefunden hat, ein Programm, das auch im neuesten Wirtschaftsprogramm ausdrücklich als gültig erwähnt wurde, ein Programm, das Bundeskanzler Kreisky vor allem im Zusammenhang mit der Verstaatlichungsdebatte vor der Wahl ausdrücklich als auch für ihn gültig bezeichnet hat, jenes Programm der SPÖ — das muß man, wie ich glaube, wissen —, das neben Benedikt Kautsky, neben den damaligen Zentralsekretär Piperger, neben Professor Klenner auch den damaligen Staatssekretär im Außenministerium, Dr. Bruno Kreisky, als wesentlichen Mitautor hatte.

Der gedankliche Gehalt dieses Programmes enthebt uns, wenn wir es studieren, eigentlich der Frage, ob denn nun „sozialdemokratisch“ wichtiger als „sozialistisch“ oder ob die SPÖ

Dr. Blenk

marxistisch oder nicht marxistisch sei, denn Herr Dr. Benedikt Kautsky hat in seinen einleitenden Worten zu diesem Programm — Kollege Fischer lächelt; er kennt das wahrscheinlich genauso gut — folgendes gesagt:

Wir wollen ein Programm schaffen, das jeder übernehmen kann, Marxist und Nicht-marxist. „Wir handeln nach meiner Meinung am besten“ — das ist jenes Programm, zu dem sich Kanzler Kreisky vor wenigen Wochen bekannt hat! — „im Geiste von Marx und Engels, wenn wir nicht an ihren Worten ... festhalten, sondern wenn wir trachten, in ihrem Geist, im Geist des echten demokratischen Sozialismus weiter zu wirken.“

Meine Damen und Herren! Damit hat auch der Begriff der Sozialdemokratie auf einmal einen ganz besonderen Klang bekommen. Denn der Geist von Marx und Engels ist der Geist der Sozialdemokratie, des demokratischen Sozialismus.

Ich glaube, daß auch die Verstaatlichungsdebatte hier einen neuen Aspekt bekommt, zumal sie vor der Wahl ziemlich virulent war, als Herr Kanzler Kreisky schlußendlich gemeint hat:

Schauen Sie, ich stehe diesbezüglich auf dem Boden des Parteidoktrinärs von 1958, wo es heißt, daß dafür, was und ob verstaatlicht wird, das Gemeinwohl maßgeblich sein wird.

Er hat allerdings den nächsten Satz nicht dazugesagt, nämlich jenen Satz, der da lautet:

„Klein- und Mittelbetriebe sowie Eigentum, das der eigenen Arbeit dient, werden aber — wie beruhigend! — „keinesfalls vergesellschaftet werden.““

Meine Damen und Herren! Das sind die ideologischen Zielstellungen, die letztlich dieser Partei zugrunde liegen. Der Herr Kanzler hat vor einem Jahr, als er im Zusammenhang mit der Erstellung des Budgets für 1971 von Journalisten gefragt wurde, wo denn das Besondere dieses Budgets liege, gemeint: Ich habe noch keinen Auftrag zu einer sozialistischen Politik.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir uns das vergegenwärtigen müssen, wenn wir hören, daß dieses Programm — was sicherlich in vielen Fällen nicht stimmt — von gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen gezeichnet sei. Ich glaube aber, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es das Ziel der Politik dieser Regierung ist, daß das unverrückte und erklärte Ziel einer Umwandlung der Gesellschaft im Sinne der sozialistischen

Zielvorstellungen nach wie vor bestehen bleibt. (Abg. Dr. Fischer: Wann wird das ÖVP-Programm fertig sein?)

Ich möchte Ihnen dazu sagen: Wir haben einmal in einem zwischenparteilichen Kreis darüber gesprochen und haben gemeint: Sicherlich ist die Frage, nach welchen präzise formulierten Vorstellungen die ÖVP nun vorgeht, heute deswegen mehr in den Mittelpunkt gerückt, weil sich die SPÖ praktisch ihres eigenen Programmes im Interesse der Wahlstrategie und Wahlkampf zu entledigen versuchte. Ich sage Ihnen, Herr Dr. Fischer, noch einmal: Man muß die Entwicklung der Dinge etwas verfolgt haben. Ich darf das für mich zufällig in Anspruch nehmen (Abg. Doktor Fischer: Zufällig!), um zu wissen, wie weit alle diese Verwischungen und Verwirrungen die tatsächlichen Zielstellungen wirklich in Frage gestellt haben.

Ich bin heute nicht mehr der Meinung, daß die Frage lautet: Wird sich Herr Dr. Kreisky oder die SPÖ durchsetzen? Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß das, wozu er sich nach wie vor bekannt, auch das Programm der Sozialistischen Partei ist. Herr Häuser wird mir hier zweifellos zustimmen.

Meine Damen und Herren! In der Budgetrede, und zwar im ersten grundsätzlichen und analytischen Teil wird die Position Österreichs im internationalen Vergleichsfeld skizzieren; das war so etwas wie eine echte Würdigung und Beschönigung der derzeitigen Lage.

Herr Kollege Gruber hat schon darauf hingewiesen: Es heißt, daß alle positiven Erscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftssituation, eingeschlossen die Strukturverbesserungen, die Investitionssituation und so weiter, „zielbewußten wirtschaftspolitischen Maßnahmen“ zu verdanken seien.

Ich möchte hier an Herrn Dr. Gruber anschließen, der da gemeint hat, es werde sicherlich dem Herrn Finanzminister auch geläufig sein — so wie es jedem wirtschaftspolitisch informierten Menschen geläufig ist —, daß letztlich wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie man das heute modern gern sagt, mit einem Time lag, mit einer zeitlichen Verzögerung von durchschnittlich zwei Jahren wirksam werden. (Präsident Dr. Mälenta übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte auch den literarischen Exkurs nicht nochmals zitieren, den der Herr Finanzminister bei Börne unternommen hat, wo er vom Säen und Ernten sprach. Sicher ist, daß das, was heute die Regierung auf ihr Konto schreibt, zweifellos nicht von ihr ausgesetzt wurde.

Dr. Blenk

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Budget in wiederholender Form — dies deswegen, weil es mir einfach notwendig erscheint, gewisse Grundsätze immer wieder zu bringen — folgendes feststellen: Es ist nicht konjunkturgerecht und wird die Preissteigerung verschärfen. Es ist ein inflationäres Budget, das keine Wachstumsförderung und keine Strukturverbesserung in einem konzeptiven Sinne beinhaltet.

Für die Produktivitätssteigerung sind mehr Investitionen in leistungsfähigen Betrieben, ist eine bessere Ausbildung und sind Leistungsanreize notwendig. Das Budget gibt sie nicht. Es sucht im wesentlichen nur den Staatsanteil auszuweiten. Es werden gesunde Staatsfinanzen gefordert, diese werden aber — ich wage das so zu formulieren — auf Kosten der Wirtschaft angestrebt.

Meine Damen und Herren! Die Investitionen des Bundes sollen um 13 Prozent ausgeweitet werden. Ich glaube nicht, daß man dabei bleiben kann, weil das höher ist, als es langfristig im Investitionsprogramm vorgesehen ist. Die Struktur der Investitionen des Bundes ist auch nicht danach bestimmt — das ergibt doch eine kritische Prüfung —, wo der größte Beitrag zur Wachstumsförderung erfolgt, sondern danach, wo der stärkste Druck auf politischer, lies innerparteilicher, Ebene ausgeübt wurde. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die sehr bedeutsame Ausweitung des Investitionsprogrammes der Bundesbahnen.

Es fehlt weiters eine genaue Bedarfsuntersuchung, eine Kostennutzenanalyse der Investitionen, auf deren Grundlage ja letztlich erst ein Investitionsprogramm erstellt werden könnte, das Prioritäten nach sachlichen Gesichtspunkten setzt.

Die verstaatlichte Industrie ist immer ein Liebkind gewesen. Der Herr Staatssekretär Dr. Veselsky, der sich ja gerne als Vater der Verstaatlichten bezeichnet, hat hier sicher auch keine reine Freude, wenn er feststellt, daß nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen, daß die Verstaatlichten neuerdings auf das Konjunkturausgleichsbudget verwiesen wird.

Wir sehen bisher, meine sehr verehrten Damen und Herren, im ganzen Komplex der Reorganisation der verstaatlichten Betriebe noch keine Erfolge. Die Voraussetzung für einen Beitrag zum Wachstum ist nicht geschaffen worden, es sind die gesetzlichen Auflagen der Reorganisation, die ja befristet waren, noch nicht erfüllt worden.

Weiters: Für die Investitionen der Wirtschaft sind einige spektakuläre Ansätze vorhanden. Trotzdem wage ich auch hier die

Formulierung: Es sind keine wesentlichen Förderungen enthalten. In einzelnen Bereichen — und das begrüße ich, wenn auch darüber im Rahmen der Spezialdebatte noch sehr relativierende Worte gebraucht werden müssen —, wie beispielsweise im Fremdenverkehr, sind die Ansätze erhöht worden. Nur am Rande sei vermerkt, daß diese seltsame Interessen- und Bedeutungsverlagerung in einem spürbaren Widerspruch zu den 1400 Experten und ihren Arbeiten stand, für die gewissermaßen der Fremdenverkehr, ähnlich wie die Landwirtschaft, die heute schon zitiert wurde, nur eine Randerscheinung unserer Wirtschaft und Gesellschaft war. Es ist aber für die übrige Wirtschaft nicht mehr an Mitteln zur Verfügung gestellt worden.

Ich bin nicht gegen die kulturellen Leistungen, meine Damen und Herren, weiß Gott nicht, und ich bin der letzte, der etwa die Bundestheater in ihrer gesamtkulturellen Bedeutung anzweifeln möchte, aber ich möchte hier doch einen Vergleich ziehen. Ich möchte nämlich feststellen, daß die gesamten Förderungsmittel des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie geringer sind als das Defizit der Bundestheater. Und last not least — das scheint mir, meine Damen und Herren, am bedeutsamsten zu sein — der Begriff der Industriepolitik scheint überhaupt aus dem Sprachschatz der Regierung verschwunden zu sein; wiederum in krassem Widerspruch zu den schon zitierten 1400 Experten. Denn was wir im Budget vorfinden, ist nichts als eine Erinnerungs post von neuerdings 20 Millionen Schilling, die offenbar auch nur noch eine Art Relikt der seinerzeitigen Vorstellungen darstellt; eine Erinnerungs post, die aber auch nicht nach einem Schwerpunktprogramm irgendwie eingesetzt werden soll — zumindest ist nichts daraus zu ersehen —, nach einem Schwerpunktprogramm, von dem man früher so viel gesprochen hat. Die einzige Maßnahme, die der Finanzminister erwähnt, die man noch etwa industrielpolitisch klassifizieren könnte, ist der Ausbau des E- und E-Fonds, die Stärkung der Investitionskredit AG und die Errichtung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft, alles Dinge, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wir dem Koren-Plan entnehmen.

Auch für die Innenfinanzierung der Industrie und der gesamten Wirtschaft gibt es keine neuen Vorschläge. Wir haben heute schon hinreichend gehört, daß die Steuersenkung neuerdings verschoben ist und welche Wirkungen das hat. Ich möchte aber zusätzlich meinen, daß das Budget in seinem Optimismus, der heute auch schon, ich würde sagen, besorgt festgestellt wurde — in seinem Einnahmen-

Dr. Blenk

optimismus —, die Steuer- und Kreditmöglichkeiten so weitgehend ausschöpft, daß es auch das nächste Jahr keine Reserve mehr für den Abbau der Sondersteuern gibt, jener Sondersteuern, die von Anfang an nur zeitlich begrenzt gedacht waren. Wenn wir die gesamte Steuersituation heute vergleichen, dann stellen wir fest, daß die Steuerbelastung derzeit 35,6 Prozent des Sozialproduktes ausmacht. Im Jahre 1970 waren es noch, nebenbei gesagt, gleichviel wie im Jahre 1966, nämlich 36,1. Die ständig steigende Steuerbelastungsquote zeigt, wie systematisch die Leistungsanreize geschwächt werden. Wenn die bisherige Politik fortgesetzt wird, meine Damen und Herren, dann, glaube ich, können wir uns an den Fingern abzählen, daß das marktwirtschaftliche System, das zweifellos nicht in den gesellschaftspolitischen Fernzielen dieser Partei enthalten ist, gefährdet ist.

Ich habe mir in der Vorbereitung zu den heutigen Gedanken die Mühe gemacht, Unterlagen aus früheren Berichten und Darstellungen von Mitgliedern der Regierung durchzusehen, und es ist vor allem interessant zu sehen, was der Herr Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Veselsky, der sich ja sehr eingehend im Laufe der Jahre mit Problemen der Budgetpolitik, der Budgettechnik, der Budgetprognosen auseinandergesetzt hat, dazu gemeint hat. Ich darf Ihnen sagen, man erkennt auch daraus, bei aller Fachkenntnis des Herrn Dr. Veselsky, daß es hier um Gesellschaftspolitisches geht, daß man dem Budget primär einen Einkommensumverteilungseffekt zuerkennt. Ich habe hier einen Artikel, aus dem ich wörtlich einen Satz mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiere, worin es heißt, daß „die Budgetsanierung, die Rationalisierung einer sinnvollen Budgetpolitik nur durch einen Verzicht auf weitere Steuersenkungen möglich sei, daß im übrigen“, auch das ist nicht uninteressant zu hören, „die bestehende Einkommensumverteilung durch die Bewertungsfreiheit und ähnliche Dinge gehemmt werde“. Das, glaube ich, muß man im Zusammenhang mit diesen gesellschaftspolitischen Zielstellungen des Herrn Finanzministers auch bedenken.

Daß die kleine Steuerreform zu Beginn dieses Jahres die Progression des Gesamttarifes erheblich verschärft hat, ist bekannt, und ich möchte meinen, meine Damen und Herren — das wurde auch schon einmal vom Herrn Abgeordneten Horr, allerdings in einer, wie mir scheint, verfremdenden Weise erwähnt —, daß auch das ganze Problem des Arbeitsmarktes sehr wesentlich mit dieser Frage der Steuerprogression zusammenhängt und auch mit der Frage der ständigen Ausweitung der Lohnnebenkosten.

Ich möchte mir hier einen Gedanken vorzutragen erlauben, der möglicherweise die Widerstände gegen die Zurückdämmung der Lohnnebenkosten im Interesse einer echten, klaren Ausweitung des effektiven Reallohnes reduziert, nämlich, daß man zum Beispiel dazu übergehen könnte, den Arbeitnehmer die Abgaben mit Erlagschein selbst einzahlen zu lassen. Das würde eine Lohnpolitik im Sinne Europas wesentlich begünstigen.

Schließlich ist auch regionalpolitisch, meine Damen und Herren, nicht sehr viel Wesentliches aus dem Budgetentwurf und aus den Worten des Herrn Finanzministers zu entnehmen. Es wird zwar die Bedeutung des Finanzausgleiches herausgestrichen, es wird die Bedeutung der Investitionen der Gemeinden anerkannt, aber konkrete Vorschläge, wie der Finanzausgleich, der ja nächstes Jahr auslaufen soll, gestaltet werden soll, sind bisher nicht bekannt. Es wird lediglich auf die Raumordnungskonferenz verwiesen. Das ist eine Praxis, mit der man ja bekanntermaßen Probleme, die einem nicht sehr genehm sind oder deren Lösung man zumindest im Augenblick noch nicht absieht, auf die lange Bank schieben kann.

Wenn schließlich der Herr Finanzminister davon spricht, daß es uns gelungen sei, den Wohlstand Englands nahezu zu erreichen — wobei er wohl das Einkommen pro Kopf meint und nicht das Vermögen und Kapital —, dann meine ich, stellt das ein Lob auf die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre dar, die das erreicht hat, aber es ist zugleich auch eine Warnung, keine Wirtschaftspolitik zu betreiben, wie sie beispielsweise die Labour-Party in den vergangenen Jahren betrieben hat, die das Wachstum Englands weit zurückbleiben ließ.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nochmals wiederholen: Dieses Budget wird preissteigernd wirken, es ist inflatorisch, es bietet keine wachstumsfördernden Anreize, es hat keine konjunkturgerechte Grundstruktur.

Karl Ausch meinte einmal in einem Artikel, in dem er sehr heftig gegen die heute so leicht bagatellisierte Inflation auftrat, diese sei im Grunde genommen das Ergebnis einer Überforderung der Wirtschaft. Wir versuchen ständig, aus dem Sozialprodukt mehr herauszuholen, als drinnen ist. Das, meine Damen und Herren, ist eine falsche, weil eben eine inflatorische Politik und ein Konzept, das nicht nur die Wirtschaft überfordert, sondern das längerfristig auch dem kleinen Mann an den Lebensnerv geht.

Dr. Blenk

Die Inflation, vor der wir heute stehen — meine Damen und Herren, das macht die Problematik so komplex —, ist keine — wenn Sie so wollen — almodische, ist keine jener, die durch Nachfrageüberhang produziert wurden, sondern sie ist eine leider kaum mehr schleichende Kostendruck-Inflation. Daher müßte gerade vom Budget aus alles versucht werden, um die Kostensteigerungen und damit die Inflationstendenz nicht weiter anzuheizen.

Was geschieht aber tatsächlich, so wie das Budget vor uns liegt? Ich bin sicher, daß wir am Jahresende diese Prognosen nicht als irgendeine Hölleseherei, sondern leider als bittere Tatsache empfinden werden. Es wird nicht nur kein Gegengewicht gegen die umfassende Preissteigerungswelle geschaffen, sondern es wird selbst maßgeblich dazu beigetragen durch die Verlängerung der unmittelbar preiswirksamen Steuerarten, durch das Defizit, dessen budgetpolitische Gewichtung zusätzlich inflationsfördernd wirkt, und schließlich durch ein vorgesehenes Eventualbudget, von dem ich meine, daß es in seiner Anlage von falschen konjunkturpolitischen Zielvorstellungen und Grundüberlegungen ausgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich folgendes sagen: Sicherlich gibt es angesichts der sehr komplexen Problematik keine Patentlösung. Aber ich meine, daß die Politik, die heute betrieben wird, mehr Aspekte haben müßte, einen breiteren Katalog von Maßnahmen anzubieten hätte, die tatsächlich in Richtung auf eine Dämpfung der ganzen Entwicklung hinausgehen: im außenhandelspolitischen, im wettbewerbs- und kartellrechtlichen, im arbeitsmarktpolitischen, im regionalpolitischen Bereich und so weiter.

Diese Politik wird — so wie es Samuelson einmal genannt hat — ein ständiges Bremsen und Gasgeben im Wirtschaftsablauf sein müssen. Im Mittelpunkt aber dieser ganzen Technik des Bremsens und Gasgebens wird eine langfristig konzipierte Budgetpolitik stehen müssen. Das Wort langfristig hören wir immer wieder, aber nichts deutet darauf hin, daß eine tatsächlich längerfristige Konzeption dahintersteht. Im Mittelpunkt wird stehen müssen eine Budgetpolitik, die konjunkturgerecht, die stabilitätorientiert, die wachstumsfördernd und strukturverbessernd ist, eine Notwendigkeit, meine Damen und Herren, die der vorliegende Entwurf in seiner Grundanlage in keiner Weise erfüllt. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Stix (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Während der ganzen Debatte habe ich heute häufig den Herrn Finanzminister und seine teils gefaßte, teils ernste Miene beobachtet. Dabei wurde ich an eine humoristische Weisheit erinnert, die wir dem Amerikaner Mark Twain verdanken. Mark Twain hat gesagt: „Wir lieben jene Menschen, die frisch heraussagen, was sie denken, vorausgesetzt, sie denken dasselbe wie wir.“

In diesem Sinne möchte ich das Budget des Herrn Bundesfinanzministers unter einem ganz bestimmten Aspekt betrachten, nicht einzelne Kapitel herausgreifen, sondern einmal beurteilen, wie dieses Budget in der gesamten konjunkturpolitischen Landschaft aussieht.

Zunächst muß festgestellt werden, daß auch das vorgelegte Budget 1972 im wesentlichen eine Fortsetzung aller früheren Budgets darstellt. Es sind das die Budgets der von Jahr zu Jahr, besonders seit 1967, rasant steigenden Defizite. Entgegen der gesicherten Erkenntnis der Wirtschaftswissenschaften von der Notwendigkeit einer antizyklischen Finanzpolitik waren alle Budgets der letzten Jahre ausgesprochen konjunkturwidrig. Die steigenden Defizite waren genau das Gegenteil von dem, was die antizyklische Finanzpolitik fordert, nämlich in Zeiten der Hochkonjunktur Kassenüberschüsse im Staatshaushalt zu bilden. (Abg. J u n g w i r t h: Steuersenkung!)

Trotzdem ist ein gewisser Unterschied bei dem vorgelegten Budgetentwurf 1972 zu bemerken. Wenn man sagt: Wo viel Licht, da auch viel Schatten, so möchte ich das Zitat umdrehen und von diesem Budget sagen: Wo viel Schatten, da auch ein wenig Licht. (Abg. S k r i t e k: Das widerspricht der Natur!)

Ich möchte nicht anstehen, zunächst einmal jene Punkte positiv zu vermerken, die das bei objektiver Betrachtungsweise verdienen. Der positive Gesichtspunkt bei diesem Budget ist die äußerliche, die scheinbare Stabilisierung des Defizits. Laut Voranschlag gab es im Jahre 1971 ein Budgetdefizit von 9,8 Milliarden Schilling. Das gibt es jetzt wieder. Es ist also bei absolut gleichen Zahlen ein gewisser äußerlicher Stabilisierungseffekt festzustellen.

Die Optik scheint dem Herrn Bundesfinanzminister gelungen zu sein, die Optik nämlich, unter der mystischen Grenze eines Defizits von 10 Milliarden Schilling zu bleiben. Aber wir müssen uns damit befassen, wie es hinter dieser Optik aussieht, ob diese scheinbare Stabilität nicht einen Zustand vortäuscht, der nicht vorhanden ist.

Zunächst ist festzustellen, daß dieses Defizit von 9,8 Milliarden Schilling in der äußerlichen

Dr. Stix

Stabilisierung trotz einer Steigerung des Ausgabenvolumens um 11 Prozent zustande gekommen ist, weil Einnahmensteigerungen von rund 12 Prozent veranschlagt wurden.

Nun erhebt sich natürlich die Frage, ob diese Prognose realistisch ist. Man kann geheimer Meinung darüber sein, ob die Vorausschätzung der Entwicklung des Sozialproduktes, wie sie zuletzt vom Institut für Wirtschaftsforschung und auch vom Beirat gegeben wurden, stimmt.

Als Praktiker aus dem Wirtschaftsleben möchte ich sagen: Eines hat der Herr Finanzminister vermutlich ganz richtig einkalkuliert, daß nämlich die Einnahmen aus dem öffentlichen Abgaben, die dem Budget 1972 zufließen, ja im wesentlichen aus den enormen steuerlichen Leistungen der Hochkonjunkturjahre 1970/71 resultieren. Insofern scheint mir diese Prognose des Herrn Finanzministers nicht völlig von der Hand zu weisen zu sein.

Bevor ich nun dieses Defizit von 9,8 Milliarden Schilling auf die gegebene aktuelle Konjunktursituation projiziere, möchte ich einen Sprung machen und mich vorwegnehmend mit dem Eventualbudget, mit dem Konjunkturvorauswahl befassen. Der Finanzminister hat dafür rund 2,8 Milliarden Schilling vorgesehen, also für den Fall, daß die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1972 abflacht und stützende Maßnahmen des Staates erforderlich macht.

In diesem Konjunkturvorauswahl ist vorgesehen, daß die Ansätze in allen Gebarungsbereichen in der Höhe einheitlicher Hundertsätze praktisch erhöht werden. Das halten wir Freiheitlichen für einen konjunkturpolitischen Fehler. Wir sind der Meinung, daß ein solches Konjunkturbudget nicht gleichmäßig über alle Bereiche gestreut werden dürfte, sondern Schwerpunkte zu bilden hätte.

Ich möchte jetzt zurückgehen zu dem Defizit, das wir haben. Dieses Defizit ist nicht zuletzt daraus entstanden, daß eben in einigen Sektoren beziehungsweise Gebarungsbereichen die Ausnahmen weit über den Prozentsatz der durchschnittlichen Ausgabensteigerung des Budgets angesetzt wurden. Und da frage ich jetzt: Wäre es nicht im Sinne einer vernünftigen Konjunkturpolitik richtiger, die im Budget beabsichtigte Schwerpunktbildung zu einem Teil in jenes Konjunkturbudget, in jenen Konjunkturvorauswahl hineinzunehmen? Das würde nämlich erlauben, das Defizit des aktuellen Budgets 1972 zu senken beziehungsweise in einem bestimmten Ausmaß, auf das ich gleich eingehen werde, zu vermeiden.

Bei diesem Defizit muß bei volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise natürlich zugegeben werden, daß es nur ein inlandschwirksames Defizit von 2,2 Milliarden enthält. Das ist eine Größenordnung, die in einem Konjunkturbudget durchaus Platz hätte, auch im Sinne der von der Regierung beabsichtigten Schwerpunktbildung untergebracht zu werden.

Wir fragen daher den Herrn Finanzminister, warum er eine solche konjunkturpolitisch sicher zweckmäßige Überlegung nicht in seinem Konzept mit einbezogen hat.

Aber auch dieses inlandschwirksame Defizit von „nur“ 2,2 Milliarden ist angesichts der aktuellen Konjunkturlage problematisch. Der Herr Finanzminister hatte im Oktober dieses Jahres selber erklärt, daß wir nicht nur Vollbeschäftigung, sondern eine überhitze Konjunktur haben. In der Zeit einer solchen überhitzen Konjunktur gilt also die Regel, daß der Staat an sich Überschüsse zu bilden hätte. Das ist genau das Gegenteil von dem, was hier mit einem Defizit, wenn auch nur von 2,2 Milliarden, gemacht wird. Es ist umso naheliegender, diese 2,2 Milliarden einer harren Kritik zu unterziehen. Der Rechnungsabschluß 1970 beweist, daß es auch anders geht, denn im Rechnungsabschluß 1970 war das inlandschwirksame Defizit auf 0,2 Milliarden abgesenkt.

Ich frage daher den Herrn Finanzminister: Warum glaubt er, es im Budget 1972 nicht fertigbringen zu können, trotz einer überhitzen Konjunktur, wie er es selber so beurteilt hat, trotz einer äußerst angespannten Preissituation auch für das Budget 1972 das inlandschwirksame Defizit zu senken, nach unserer Meinung mindestens auf Null? (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte drei Beispiele für die hinter der scheinbar günstigen Defizitstabilisierung stehende inflatorische Finanzgebarung herausgreifen; drei Beispiele, die nur zeigen, daß die Abwicklung der Budgets, die praktische Finanzgebarung der Regierung keineswegs so konjunkturbedacht ist, wie das in theoretischen Äußerungen, sei es in der Regierungsklärung, sei es in der Budgetrede, uns hier weismacht wird.

Da ist einmal das kleine Beispiel der Auflösung der Rücklagen im Budget. Ich möchte nur die Zahlen nennen: 1971 wurden Rücklagen in der Höhe von einer dreiviertel Milliarde Schilling aufgelöst. Für das Budget 1972 ist die Auflösung von 1,04 Milliarden Rücklagen vorgesehen. Das sind Nettozahlen, denn weder 1971 noch 1972 ist eine Zuführung zu Rücklagen vorgesehen. Diese Auflösung von Rücklagen ist hier nur ein Symptom für

Dr. Stix

die inflatorische Finanzgebarung, die wir diesem Bundesminister trotz allem vorwerfen müssen.

Ein zweites Beispiel aus dem Gebiet der Finanzschuld des Bundes betreffend die Bundesschatzscheine. Die Bundesschatzscheine dienen dazu, einer kurz- und mittelfristigen Budgetfinanzierung vorzuhelfen. Ich habe mir die Zahlen aus den Mitteilungen des Direktoriums der Nationalbank ausgehoben. Es ergibt sich folgende Steigerungsrate bei den Bundesschatzscheinen, also bei der kurzfristigen Bundesschuldfinanzierung. 1968 waren es 681 Millionen Schilling an Zuwachsnaten, 1969 waren es 1,7 Milliarden Schilling, 1970 1,386 Milliarden Schilling und im ersten Halbjahr 1971 4,67 Milliarden Schilling Zuwachs an kurzfristigen Bundesschatzscheinen. Meine Damen und Herren! Das ist Kreditgeldschöpfung im Bankensystem und ein evident inflatorischer Vorgang. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Als drittes Beispiel ein vielleicht deswegen heißes Eisen, weil es auch die Rechte des Hohen Hauses berührt. Es handelt sich um die Handhabung der sogenannten Verwaltungsschulden, jener Schulden, die nicht zu den ordentlichen, genehmigten Finanzschulden des Bundes gehören, sondern die die Dienststellen aus eigenem machen, indem sie Auszahlungsrückstände oder Zahlungsrückstände eingehen. Wissen Sie, wie hoch diese Zahlen sind? — Im Rechnungsabschluß für 1970 finden Sie diese illegale Schuldenuausweitung des Bundes im Wege von Verwaltungsschulden mit über zwei Milliarden Schilling ausgewiesen.

Diese zwei Milliarden Schilling sind nicht nur eine Aushöhlung der Budgetrechte des Hohen Hauses, denn diese zwei Milliarden Schilling sind nicht genehmigt, sie stellen außerdem einen weiteren Beitrag zu einer inflationären Finanzgebarung dar. Warum? Weil diese Verwaltungsschulden in einer Art Dreiecksverhältnis zwischen Dienststelle, Auftragnehmer beziehungsweise Lieferanten und den Banken ganz normal im Wege der Banken vorfinanziert werden. Es handelt sich um vorfinanzierte Ausgaben des Bundes, die keine Deckung durch Beschlüsse dieses Hohen Hauses finden.

Ich meine, daß wir eigentlich alle aufgerufen wären, diesen Praktiken, der Bildung von Verwaltungsschulden neben der Finanzschuldengebarung des Bundes, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das waren drei Beispiele, die zeigen, wie sich hinter einem auch äußerlich nicht schlecht aussehenden Budget in Wahrheit doch eine konjunkturwidrige inflatorische Finanzgebarung abwickelt.

Ich möchte aber auch auf das Kapitel der Auslandsverschuldung zu sprechen kommen, denn auch hier ist die in den letzten Jahren eingerissene Auslandsverschuldung ganz sicherlich konjunkturwidrig. Die Zahlen für die Auslandsverschuldung lauten folgendermaßen: Der Stand war 1967 noch 7,2 Milliarden, er ist 1968 auf 11,8 Milliarden angewachsen, 1969 auf 12,7 Milliarden und hat 1970 den Stand von 13,4 Milliarden erreicht.

Es ist nun als positiv zu vermerken, daß im Rechnungsabschluß 1970 eine Verlangsamung dieser beunruhigend zunehmenden Auslandsverschuldung nachgewiesen ist. Es ist begrüßenswert, daß sich im Jahre 1970 die Nettoverschuldung im Ausland nur mehr um 719 Millionen Schilling gesteigert hat.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß es angesichts der konjunkturellen Lage einer überheizten Hochkonjunktur richtig und zweckmäßig wäre, Auslandsschulden verstärkt zu tilgen.

Wenn Herr Bundesfinanzminister Androsch vor zwei Tagen — wenn ich mich nicht irre — die Äußerung getan hat, er wolle diese rund 1,7 Milliarden Mehreinnahmen, die unerwartet im Rechnungsjahr 1970 eingetreten sind, dazu verwenden, um gewisse Auslandsschulden vorzeitig zu tilgen, dann sagen wir Freiheitlichen dazu ja, weil es konjunkturpolitisch richtig ist. Wir müssen aber noch einen Vorbehalt anbringen, den Vorbehalt: Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. — Aber es liegt ja in der Hand des Finanzministers, uns hier zu Gläubigen zu machen.

Abschließend zur konjunkturpolitischen Beurteilung des Budgets 1972 möchte ich sagen: Es zeigt einen schwachen Ansatz zu einer Besserung gegenüber der bisherigen konjunkturwidrigen Praxis der zurückliegenden Budgets. Aber dieser schwache Ansatz ist ungenügend, und wir verurteilen ihn deswegen hart, weil er nicht so schwach sein müßte; er könnte stärker sein.

Das inlandswirksame Defizit im Ausmaß von 2,2 Milliarden Schilling ist angesichts des erhitzten Preisklimas untragbar. Wir fordern, daß im Budget 1972 dieses inlandswirksame Defizit auf Null herabgesetzt wird. Andernfalls müßte sich die Bundesregierung mit Recht den Vorwurf gefallen lassen, daß ihr Budget im Endeffekt unsozial ist, denn — das wurde heute ja schon gesagt — nichts ist unsozialer als eine inflationäre Politik, nichts ist unsozialer als Preissteigerungen, nicht nur gegenüber den Beziehern fester Einkommen, also gegenüber den Gehalts- und Lohnempfängern und gegenüber den Rentnern, sondern auch — das

Dr. Stix

trifft wieder uns alle — gegenüber dem Späner, von dem wir doch eigentlich erwarten, daß er durch seinen Verzicht auf den Verbrauch seiner Ersparnisse die notwendigen Wachstumsinvestitionen finanziert. Wenn wir aber nicht bald von einer Preissteigerungsrate von 5 Prozent herunterkommen, werden wir diesen Späner entmutigen, und das kann sich für das Wachstum unserer Wirtschaft schlecht auswirken. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun möchte ich zum Abschluß ein Kapitel aus dem Budget herausgreifen, über das heute noch nicht entsprechend gesprochen wurde, ich meine das Kapitel Landesverteidigung. Ich bin weiß Gott kein Wehrexperte. Aber wenn ich mir die Zahlen ansehe, die im Budget für die Landesverteidigung angesetzt sind, dann bleibt mir nur noch das Kopfschütteln übrig. Im Jahre 1970 wurden für die Landesverteidigung 4,13 Milliarden angesetzt, 1971 waren es 4,14 Milliarden — praktisch keine Steigerung —, und im Budget 1972 werden für die Landesverteidigung wieder nur ganze 4,4 Milliarden Schilling angesetzt. Dies ist eine Steigerung von etwas über 6 Prozent angesichts einer Steigerung der Gesamtausgaben im Budget von rund 11 Prozent.

Ich frage die Bundesregierung: Will sie wirklich das Bundesheer aushungern? Will sie wirklich die österreichische Landesverteidigung auf kaltem Wege total ruinieren? Ich erinnere mich noch genau an die ORF-Konfrontation Kreisky—Schleinzer, und wie Herr Doktor Kreisky das erste Mal diese Diskrepanz erwähnte: 60 Tage Waffenübungen haben wir beschlossen, aber wir werden ja nur 30 durchführen können. — Das ist etwas, was uns ungemein beunruhigt. Wenn ich mir aber hier die Zahlen im Budget 1972 ansehe, dann glaube ich dem Herrn Dr. Kreisky, daß er die 60 Tage Waffenübungen nicht durchführen kann, denn er sorgt im Wege seines Finanzministers dafür, daß das Geld für das Bundesheer überhaupt nicht vorhanden ist. (Zwischenruf des Abg. Schieder.) Aber Sie wissen ganz genau, daß heute und in diesen Jahren die Voraussetzungen, nämlich der Kader des Bundesheeres kaputtgehen. Und ohne diesen Kader können Sie auch in 5 Jahren keine 30 Tage Waffenübungen mehr machen. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Schieder.)

Ich möchte das Kapitel Landesverteidigung mit einem staatspolitischen Appell schließen: Die Bundesregierung möge nicht die Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung verspielen! Sie möge damit nicht die Glaubwürdigkeit unserer militärischen Neutralität in Zweifel ziehen, und sie möge — und das gebe ich staatspolitisch zu bedenken — nicht

jene Österreicher entmutigen, die bereit sind, diesen Staat ernst zu nehmen und notfalls auch zu verteidigen! (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Tull: Endlich ein Staatspolitiker! Ein Glück, daß Sie gekommen sind!)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Zittmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (OVP): Herr Präsident! Holles Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin heute offensichtlich wieder einmal der letzte, nicht nur im Alphabet unter 183 Abgeordneten, sondern ich bin heute bei dieser ersten Lesung angeblich auch der letzte Redner. (Abg. Peter: Der letzte Redner der ersten Runde! — Abg. Zeillinger: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben! — Heiterkeit.) Das ist richtig. Ich möchte mich bemühen, nach Möglichkeit ganz kurz zu sein, sofern ich dazu die Gelegenheit habe.

Ich möchte feststellen, daß der Herr Finanzminister im allgemeinen Teil seiner Budgetrede mit Eigenlob und Selbstbewirrührung nicht gespart und insbesondere die Wirtschaftsdaten des Jahres 1970 als Bestätigung herangezogen hat. Er hat es aber wohlweislich verschwiegen, daß die gesetzlichen Grundlagen dafür in der Zeit der OVP-Regierung geschaffen und die auslösenden Initiativen ergriffen wurden und daß eigentlich sehr viele wirtschaftspolitische Maßnahmen, die im Budget 1972 auch ihren Niederschlag finden, auf die Zeit der OVP-Regierung zurückgehen.

Das Budget für 1970 wurde von der OVP-Alleinregierung so verantwortungsbewußt erstellt, daß 2 Milliarden Schilling Mehreinnahmen im Jahre 1970 erzielt wurden. (Zwischenruf des Abg. Ing. Häuser.) Ja, Herr Vizekanzler, das stimmt. Vielleicht haben Sie das damals nicht richtig verfolgt, vielleicht hat Ihnen dafür die Zeit gefehlt.

Diesen Erfolg nimmt in übertriebener Bescheidenheit auch Minister Androsch für sich in Anspruch. Der Finanzminister spricht von zielbewußten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zu einer Belebung der Bautätigkeit, zur Ausweitung der Industrieproduktion sowie zur Strukturverbesserung geführt hätten. Die Tatsachen sind jedoch etwas anders und zeigen das Gegenteil.

Schon in der Preisdebatte hier im Parlament am 8. Juli des heurigen Jahres haben die Vertreter der Österreichischen Volkspartei, aber auch die der Freiheitlichen Partei der sozialistischen Minderheitsregierung ihre

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Versäumnisse und Fehler auf wirtschaftspolitischem Gebiet nachgewiesen und vorgehalten.

In der Budgetrede spricht der Finanzminister von dem Schatten, der auf die Preisentwicklung fällt, und von dem außerordentlich unsozialen Charakter einer inflationären Entwicklung. Es wurden hier von meinem Voredner schon sehr richtige Ausführungen gemacht, und es wurde nachgewiesen, daß es sich tatsächlich um eine inflationäre Entwicklung größten Ausmaßes handelt. Ich kann das nur unterstreichen. Auf meine diesbezüglichen Äußerungen am 8. Juli des heurigen Jahres haben die sozialistischen Abgeordneten sehr heftig reagiert. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch erinnern. Schon allein auf das Wort „Inflation“ hat man sehr sauer reagiert, und jetzt gebraucht es der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede und bestätigt damit meine Ausführungen. So ändern sich die Zeiten!

In der Zwischenzeit wurde auch meine damalige Feststellung, daß durch die über fünfprozentige Geldwertverdünnung der Zuwachs der Spareinlagen zurückgeht und die Kreditinanspruchnahme zunimmt, von allen Bankinstitutsgruppen mehr oder minder offen zugegeben. Damals haben Sie auf meine Feststellungen heftig reagiert. Ich möchte das nur in Erinnerung rufen, damit Sie sehen, daß unsere Behauptungen nicht aus der Luft geholt waren.

Zum Weltspartag hat der Herr Finanzminister sehr optimistische Aussagen über die Spartätigkeit gemacht. Allerdings haben sie nicht ganz gestimmt. Der Herr Bundespräsident Jonas hat richtigerweise gewisse Besorgnisse über die Entwicklung der Spartätigkeit zum Ausdruck gebracht. Auch das, glaube ich, sollte man hier festhalten.

Wenn gegenwärtig schon durch Monate hindurch der Verbraucherpreisindex jeweils um über 5,3 Prozent über dem Vergleichsmonat des Vorjahres liegt und die Steigerung gegenüber dem April 1970, also dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme, schon rund 8 Prozent beträgt, dann darf sich die Regierung nicht wundern, wenn die Österreicher darauf negativ reagieren, auch wenn die sozialistische Propaganda diese Tatsache verniedlicht und immer auf das Ausland hinweist und wenn die sozialistische Mundpropaganda in den Betrieben die Schuld an dieser Entwicklung anderen zuschiebt. Die krassen Fehlleistungen und Versäumnisse der SPÖ-Regierung können aber nicht verheimlicht werden.

Dabei stehen ja den Österreichern weitere Belastungen bevor: Benzinpreis, Strompreis, Eisenbahn, Wiener Straßenbahn und andere

Preiserhöhungen. (*Abg. Skritek: Sie haben aber viel abgeschrieben!*) Ja, Sie haben das heute schon gehört. Mir ist aber, meine sehr geehrten Herren von der linken Seite, nur aufgefallen, daß sich vom Gewerkschaftsbund eigentlich überhaupt niemand zum Wort gemeldet und daß kein einziger Redner auf die Ausführungen des Abgeordneten Sandmeier geantwortet hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Offensichtlich hat Kollege Sandmeier mit seinen Ausführungen den Nagel sehr auf den Kopf getroffen (*Heiterkeit bei der SPÖ*), weil sich Ihre sehr geehrten Damen und Herren so ruhig verhalten haben und keine Wortmeldung erfolgt ist. (*Abg. Gratz: Weil Sie nie etwas Neues sagen, deswegen melden wir uns nicht!*) Nein, weil Ihnen diese Dinge sehr weh tun. Das verstehe ich sehr gut, Herr neuer Klubobmann! (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Jedenfalls ist das eingetroffen, was vor der Wahl gesagt wurde, daß es einen sehr starken Aufstau verschiedener Preise gibt und daß uns in den nächsten Monaten weitere wahnsinnige Kostensteigerungen auf allen Gebieten bevorstehen und durch Tariferhöhungen eine besondere Verschärfung eintritt. Diese Tariferhöhungen sind auch für die Land- und Forstwirtschaft von außerordentlich großer Bedeutung — auch das wurde schon angedeutet —, weil die Land- und Forstwirtschaft nicht in der Lage ist, solche gestiegenen Tarife auf die Preise ihrer Produkte umzulegen.

Wenn es so weitergeht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann wird die Regierung Kreisky einen traurigen Weltrekord aufstellen, denn man rechnet, daß in den zwei Jahren von April 1970 bis April 1972 die Preissteigerungen rund 11 Prozent ausmachen werden, und es ist ein echter Rekord, der damit aufgestellt wird.

Fehler und Versäumnisse der sozialistischen Regierung allein hätten aber noch nicht zu dieser Entwicklung geführt, sondern die Preissteigerungen wurden zum Teil durch die Regierung direkt oder indirekt ausgelöst. Auch darauf hat mein Voredner bereits hingewiesen. Ein Budgetdefizit im Ausmaß von 10 Milliarden Schilling in der Höchstkonjunktur, eine massive Erhöhung des Dieselölpreises ab 1. Jänner 1971, eine Mehrbelastung der Wirtschaft mit Kosten aller Art, eine abnormale Überhitzung des Bausektors und viele andere Maßnahmen müssen der SPÖ-Minderheitsregierung in diesem Zusammenhang vorgeworfen werden. Das Budget 1972 und die bevorstehenden Tarif- und Preiserhöhungen sind nicht geeignet, eine Eindämmung des Preisauftriebes und eine Stabilisierung des Geldwertes in Österreich zu erreichen.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Ich möchte am Beispiel der Kostensteigerung auf dem Bausektor zeigen, daß die Steigerung der Budgetausgaben im Jahre 1972 um 12 Milliarden Schilling oder 10,9 Prozent nicht ausreicht, um dieselben Bauleistungen und Infrastrukturinvestitionen wie 1971 zu erbringen. In der Zeit von Oktober 1970 bis September 1971 haben sich die Baukosten in Österreich laut ÖNORM und den vom Finanzministerium anerkannten Lohn- und Materialpreiserhöhungen um durchschnittlich 24 Prozent erhöht. Ich kann das beweisen, weil mir diese Unterlagen für ein großes Bauvorhaben vorgelegt wurden. Der Herr Finanzminister wird es sicherlich auch bestätigen können, denn diese Erhöhungen im Ausmaß von 24 Prozent innerhalb eines Jahres sind, wie gesagt, laut ÖNORM und laut den vom Finanzministerium anerkannten Lohn- und Materialpreiserhöhungen eingetreten. Ausgelöst wurde diese Erhöhung durch Versäumnisse der Regierung, die keine Anpassung der öffentlichen Investitionen an die Kapazität der Baufirmen vorgenommen hat, vielleicht auch deshalb, weil es unpopulär gewesen wäre und am 10. Oktober 1971 die absolute Mehrheit gefährdet hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns nun die einzelnen Ansätze im Budget ansehen ... (Abg. Dr. Fischer: *Nicht alle!*) Beruhigen Sie sich, Herr Abgeordneter Fischer! Sie sind noch zu jung da, als Abgeordneter haben Sie noch zuwenig Sitzfleisch, Sie sind noch an das Herumlaufen gewöhnt! (*Heiterkeit.*)

Wenn jetzt zum Beispiel im Budget 1972 für die Wohnbauförderung um 18 Prozent höhere Geldmittel, für den Straßenbau um 8 Prozent mehr, für Agrarinvestitionskredite um null Prozent mehr, also die gleichen Mittel wie für 1971, und für Infrastrukturinvestitionen um 13 Prozent mehr Mittel zur Verfügung stehen, dann ist es so, daß mit diesen größeren Geldmitteln die Kostensteigerung im gleichen Zeitraum in der Höhe von 24 Prozent nicht ausgeglichen werden kann. Das heißt mit anderen Worten, daß um den größeren Geldbetrag weniger gebaut werden kann als ein Jahr vorher. Das stimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie es auch nicht zugeben wollen. Das heißt, mit dem gleichen Geld können weniger Schulklassen gebaut werden, es können weniger Spitäler gebaut werden, es können weniger Wirtschaftsgebäude gebaut werden, und es kann auch weniger in den Fremdenverkehr investiert werden. Wenn das der Weg in die Europareife ist, den die Regierung angedeutet hat, dann weiß ich nicht, was das für ein Weg ist.

Diese Entwicklung — das möchte ich besonders unterstreichen — trifft natürlich die Landwirtschaft besonders hart. Wegen der gestiegenen Baukosten steigen die Beträge in den Kreditansuchen. Der zur Verfügung stehende Agrarinvestitionskreditbetrag ist jedoch gleichgeblieben. Daher können mit dem gleichen Kreditbetrag statt zum Beispiel 1000 Stallungen im Jahre 1971 im Jahre 1972 nur mehr 760 Stallungen gebaut werden. Das ist ja auch der Grund, warum die Geldmittel bei den Landesregierungen und Landwirtschaftskammern immer zuwenig werden.

Dann behauptet die sozialistische Propaganda in den Belangsendungen, daß die Ansuchen nicht erledigt werden. Sie werden aber deshalb nicht erledigt, weil vom Landwirtschaftsministerium für diesen Zweck zuwenig Geld zur Verfügung steht beziehungsweise weil sich die Kreditbeträge in den Ansuchen — Herr Minister, Sie können das sicherlich bestätigen — von Jahr zu Jahr wesentlich erhöhen, weil die Baukosten eben stark gestiegen sind.

Bei der Betrachtung des Kapitels Land- und Forstwirtschaft und der Preisausgleiche für Jahr 1972 fällt auf, daß abgesehen vom Bergbauernsonderprogramm in der Höhe von 300 Millionen Schilling praktisch alle anderen Ansätze gesenkt oder in gleicher Höhe wie 1971 aufscheinen, obwohl, wie schon angeführt, die Kaufkraft der zur Verfügung stehenden Beträge insbesondere bei Maschinen und Baumaßnahmen beträchtlich abgesunken ist.

Ich darf auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pfeifer hinweisen, der festgestellt hat, daß für die Bergbauern erstmals etwas geschieht. Ich möchte darauf hinweisen, daß es das Bergbauernsonderprogramm schon seit vielen Jahren in der österreichischen Agrarpolitik gibt. (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Herren Abgeordneten! Das zeigt wiederum in aller Deutlichkeit, daß Sie in den abgelaufenen Jahren das Kapitel Landwirtschaft und Grüner Plan offensichtlich nicht gelesen haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich würde an Ihrer Stelle sehr ruhig sein und nicht zeigen, daß ich mich in den abgelaufenen Jahren mit diesen Fragen überhaupt nie beschäftigt habe. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen ganz genau, daß schon seit Jahren diese Mittel für das Bergbauernsonderprogramm aus der Futtermittelpreisabgabe und aus dem Grünen Plan finanziert wurden und daß diese Mittel bereits vorher in die Agrar-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

förderung eingebaut werden. Sie haben sich vielleicht nur einen schönen Gag geleistet, indem Sie die Mittel getrennt haben, die bisher schon ins Bergbauerngebiet geflossen sind, in ein eigenes Programm und die anderen in ein anderes Programm. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) So kann man es natürlich auch machen. Herr Minister! Sie dürfen mir glauben, daß ich mich in diesen Dingen halbwegs auskenne.

Wenn Sie glauben, daß das so wunderbar ist, daß der Grüne Plan 1972 mit 780 Millionen Schilling um 0,7 Prozent des Gesamtbudgets niedriger angesetzt ist als 1971 und nur mehr 0,63 Prozent des Gesamtbudgets erreicht (*Abg. Gratz: Das ist nur wesentlich mehr Geld!*): Im Jahre 1968, Herr Minister, also vor vier Jahren, waren es 814 Millionen Schilling, das war 1 Prozent des Gesamtbudgets. Damals waren 84 Milliarden Gesamtbudget, jetzt 122 Milliarden. So schaut die „Bauernfreundlichkeit“ Ihrer Regierung aus! (*Beifall bei der ÖVP.*)

An Treibstoffverbilligung werden für 1972 insgesamt 308 Millionen Schilling vorgesehen, obwohl zur Abgeltung der Dieselpreiserhöhung mit 1. Jänner 1971 482 Millionen Schilling erforderlich gewesen wären. 174 Millionen Schilling werden auch 1972 dank des grandiosen Beschlusses über die Erhöhung der Dieselpreise der österreichischen Land- und Forstwirtschaft vorenthalten und damit ihrem Einkommen entzogen. Auch das gehört hierher.

Daneben bestehen ungedeckte Mehrerfordernisse in diesem Budget beim Milchpreisausgleich in der Höhe von 265 Millionen Schilling. Um 11,3 Millionen Schilling wurde der Preisausgleich für Schlachttiere und tierische Produkte gekürzt, obwohl wir schon heuer zuwenig Geld für diese Kapitel haben. Außerdem haben wir das Nichtauslaufen der Alkoholsondersteuer, das die Weinbauern mit rund 500 Millionen Schilling belastet. Also das sind die „Geschenke“ für die Landwirtschaft im Jahre 1972.

Diese Auswirkungen und allgemeine Preissteigerungen um 5 bis 6 Prozent sowie die Steigerung der Betriebsmittelpreise insbesondere der Maschinen und der Baumaßnahmen bedeuten eine Mehrlastung für die österreichische Landwirtschaft im Jahre 1972 in der Größenordnung von rund 2 Milliarden Schilling. Daß wir uns dafür bei der sozialistischen Regierung nicht bedanken, sondern heftig gegen diese Benachteiligung protestieren, werden Sie verstehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchte ich auch einmal ganz klar

und deutlich aussprechen: Ein gerechter Preis für land- und forstwirtschaftliche Produkte ist der Arbeitslohn für den Bauern genauso wie der Lohn für den Arbeiter oder das Gehalt für den Angestellten oder die Pension für den Pensionisten. Die Landwirtschaft hat also vom Preis her ihren Arbeitslohn. Sie müssen verstehen, daß sich die Landwirtschaft gezwungen sieht, auf Grund der Kostensteigerungen eine Anpassung ihrer Erzeugerpreise zu verlangen. Man kann nicht die Landwirtschaft für die Stabilität im Lande verantwortlich machen, und rundherum erhöhen sich täglich Preise und Kosten. Ebenso wie die Löhne, Gehälter und Pensionen steigen, müssen daher auch die Preise beziehungsweise die Erlöse der Bauern angehoben werden.

Es war in den Jahren nach dem Kriege möglich, durch Erzeugungssteigerung, Spezialisierung und Rationalisierung gewisse Reserven auszuschöpfen und das Einkommen zu verbessern. Diese Rationalisierungsmöglichkeiten und die Möglichkeit der Erzeugungssteigerung sind heute nicht mehr gegeben. Daher muß die Landwirtschaft darauf bestehen, daß auch ihre Preise regelmäßig der Kostenentwicklung angepaßt und entsprechend reguliert werden.

Vergeblich sucht man in der Budgetrede des Finanzministers nach Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes. Bei der Behandlung des Finanzausgleiches erwähnt er zwar die schweren finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden, ohne auf nähere Einzelheiten einzugehen, spricht jedoch nicht von der größten Ungerechtigkeit, die gegenwärtig beim Finanzausgleich besteht.

Wir haben kein Verständnis dafür, daß kleine und mittlere Gemeinden, wie sie überwiegend im ländlichen Raum bestehen, pro Einwohner nur den halben Betrag aus den Mitteln des Steueraufkommens im Rahmen des Finanzausgleiches erhalten als Großgemeinden mit über 50.000 Einwohnern. Bei allem Verständnis für die Aufgaben der Großgemeinden in den Ballungszentren muß zur Erfüllung der vielseitigen Aufgaben der kleinen und mittleren Gemeinden diese Ungerechtigkeit beseitigt werden. Ein Einwohner soll auch im ländlichen Raum soviel wert sein wie in der Großstadt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wissen, daß auf die Landgemeinden große Belastungen zukommen und daß sie finanziell in großen Schwierigkeiten sind. Schulbauten, Wasserversorgung, Abwasseranlagen, Straßenbau und -instandhaltung, Sportanlagen und vieles andere ist im ländlichen Raum äußerst vordringlich und kann wegen

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

finanzieller Schwierigkeiten oftmals nicht in Angriff genommen werden.

Der Städter erwartet sich ebenso wie der in- und ausländische Urlauber ein gepflegtes Land mit entsprechenden Straßen und kommunalen Einrichtungen, eine funktionierende ärztliche Versorgung, eine reine Umwelt und bewirtschaftete Kulturländer in Berg und Tal. Dafür muß aber die Allgemeinheit und damit der Staat und die Regierung bereit sein, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, sonst wird das Land bald brachliegen, wie wir ja an Beispielen in anderen Ländern sehen. Die Flächen werden verwildern, und in kleinen Dörfern und Gemeinden werden entsiedelt und damit die Tragfähigkeit des ländlichen Raumes in Frage gestellt. Aus den Fehlern anderer Länder, insbesondere auch der Vereinigten Staaten, sollten wir rechtzeitig lernen. (*Abg. Doktor Mussi l, auf die SPÖ weisend: Die lernen überhaupt nichts!*) Leider kann man beim Budgetentwurf für das Jahr 1972 keine diesbezüglichen Ansätze erkennen.

Abschließend möchte ich noch ein wichtiges und sehr aktuelles Kapitel anschneiden. Wie Sie wissen, ist nach dem beschlossenen Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt für die neutralen Staaten Schweden, Österreich und die Schweiz ein Verhandlungsmandat bei der EWG in Ausarbeitung.

Die sozialistische Regierung stellt die bisher bekannten Ergebnisse im schönsten Licht dar, obwohl unseres Wissens sehr schwerwiegende Nachteile und Mängel gegeben sind. Neben der Regelung für Gewerbe und Industrie, die ebenfalls für einige Sektoren schwere Nachteile und Schwierigkeiten erwarten läßt, soll die Landwirtschaft mit ihrem Außenhandel vollkommen ausgeklammert werden. Darüber hinaus soll von EWG-Seite angeblich verlangt werden, daß Österreichs Landwirtschaft noch dazu einige Nachteile zugunsten gewisser Industriezugeständnisse in Kauf nehmen soll. Anscheinend sind die Herren in Brüssel von allen guten Geistern verlassen, und offensichtlich tritt auch unsere sozialistische Regierung solchen Ansichten nicht sofort und energisch genug entgegen.

Die große EWG mit ihrer leistungsfähigen Industrie und ihrer leistungsfähigen Landwirtschaft könnte dem kleinen neutralen Österreich, das am Schnittpunkt zwischen Ost und West liegt, sicherlich auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor entgegenkommen, ohne die EWG-Agrarmarktordnung in Frage zu stellen.

Für die wichtigsten Gruppen von Agrarprodukten, die strukturell in Österreich in

größerer Menge produziert werden, wie Milchprodukte, Vieh und Wein, könnte mit einer mengenmäßigen Festlegung von Kontingenten der jährlichen Lieferung an verschiedenen Produkten zu einem vereinbarten Mindestpreis bei einem Wegfall der EWG-Abschöpfung oder bei Festlegung einer geringfügigeren Abschöpfung eine Lösung erzielt werden, wie sie teilweise jetzt schon besteht. Damit würde keine Gefährdung des EWG-internen Agrarpreisgefüges eintreten, und unsere Landwirtschaft hätte keine Preiseinbußen durch den Wegfall der Abschöpfung an der EWG-Grenze.

Ebenso könnte auf Gegenseitigkeit die gleiche Regelung für verschiedene Produkte, die wir aus der EWG einführen, wie Südfrüchte, Tabak, Olkuchen, Fischmehl, Käse und so weiter, in Erwägung gezogen werden. (*Abg. Dr. Weih s: Die Gerste nicht vergessen!*) Oder die Gerste. Herr Minister, Ihrer Phantasie ist hier breiterer Spielraum gelassen, wenn Sie eine Lösung zustande bringen. (*Abg. Dr. Weih s: Keine Phantasie! Sie werden von den Tatsachen überrascht werden!*) Im Interesse der österreichischen Landwirtschaft möchte ich daher den zuständigen Minister auffordern, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit eine tragbare Lösung zustande kommt.

Ein vollkommener Ausschluß der Landwirtschaft aus einer künftigen EWG-Regelung würde Schrumpfung und Tod für diesen Berufszweig bedeuten. Ob es ein neutraler Staat, der außerdem ein Fremdenverkehrsland im Herzen Europas ist, darauf ankommen lassen kann, wage ich zu bezweifeln.

Wir müssen daher mehr Nachdruck unserer Regierung bei ihren Verhandlungen in Brüssel verlangen, denn bisher fühlt sich die Landwirtschaft verlassen und nicht entsprechend vertreten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß das vorliegende Budget in der gegenwärtigen Form nicht geeignet ist, die schwierigen wirtschaftlichen Probleme unseres Landes einer Lösung zuzuführen, die unsoziale Preissteigerung zu dämpfen und den Geldwert zu stabilisieren und auch die leistungsfeindliche Steuerprogression zu mildern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Abgeordnete Gratz hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 dem Finanz- und Budgetausschuß zu zuweisen.

314

Nationalrat XIII. GP — 6. Sitzung — 17. November 1971

Präsident Dr. Maleta

Ich lasse über diesen Antrag a b s t i m m e n.
Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu
ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen
zu erheben. — E i n s t i m m i g a n g e n o m -
m e n.

Die Regierungsvorlage ist somit dem Finanz-
und Budgetausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die n ä c h s t e Sitzung berufe ich für
Donnerstag, den 2. Dezember 1971, um 9 Uhr
ein.

Diese Sitzung findet zur Abhaltung einer
Fragestunde statt. Außerdem erfolgen die in
der Geschäftsordnung vorgesehenen Verlaut-
barungen des Präsidenten.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 15 Minuten